

Offene Fragen der Geschichte Band 4

Chronik von 1900 bis 1933

Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

Band 4/008

Chronik vom 28. Oktober 1918 bis November 1918

28.10.1918

Deutsches Reich: Am 28. Oktober 1918 wird die deutsche Reichsverfassung per Gesetz geändert (x243/12): >>... Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich.

Friedensverträge sowie ... Verträge mit fremden Staaten ... bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags. ...

Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser ... vornimmt. Der Reichskanzler und sein Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich. ...<<

CSR: Die Tschechoslowakische Republik (Tschechoslowakei) bzw. Ceskoslovenska Republica (CSR) wird am 28. Oktober 1918 offiziell in Prag gegründet.

Ceskoslovenska Republica (CSR)

Das Kernland des neuen Staates Böhmen war im Mittelalter ein selbständiges Königreich und kam im Jahre 1526 zur habsburgischen Krone.

Im neuen Vielvölkerstaat Tschechoslowakei lebten 1919 rd. 46 % Tschechen, 28 % Deutsche (3,3 Mio), 13 % Slowaken, 8 % Magyaren, 3 % Ukrainer und 2 % sonstige Minderheiten (x061/435). Die Bevölkerung bezifferte sich 1934 auf 15.057.000 Einwohner (x019/79).

Konfessionsgliederung in der Tschechoslowakei im Jahre 1930 (x019/080): 73,6 % römisch-katholisch, 7,6 % protestantisch, 2,4 % israelitisch und 10,5 % andere Konfessionen.

Die Gebiete der Tschechoslowakei stammten zu rd. 55 % von Österreich (österreichische Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien) und zu rd. 45 % von Ungarn (oberungarische Komitate der Slowakei und Karpato-Rußland). Das Deutsche Reich mußte außerdem Teile des Hultschiner Ländchens (oberschlesisches Industriegebiet zwischen Oder und Oppa) abtreten (x019/79).

Die Sudetendeutschen siedelten damals in Deutsch Böhmen (am Rande des böhmischen Beckens, in den Grenzgebieten der Sudeten, des Erzgebirges und des Böhmerwaldes) und in Mähren-Schlesien. Sie wohnten überwiegend in geschlossenen Siedlungsgebieten (Größe = rd. 26.000 qkm). Im Jahre 1920 gab es in der westlichen Tschechoslowakei insgesamt 3.397

deutsche Gemeinden (x206/26). 987 Gemeinden hatten einen deutschen Bevölkerungsanteil von 100 %, 2.133 Gemeinden hatten einen deutschen Bevölkerungsanteil von über 80 % und 277 Gemeinden von 50-80 %.

Die ersten Siedlungen der Sudetendeutschen entstanden im 12. Jahrhundert. Sie gehörten seit 1526 ununterbrochen zum Herrschaftsbereich der Habsburger Monarchie (Erzherzog Ferdinand von Österreich, König von Böhmen und Ungarn), die bis 1866 Mitglied des Deutschen Bundes war. Das politische Bewußtsein der deutschen Minderheiten wurde eindeutig durch Österreich und das Deutsche Reich geprägt. Die Sudetendeutschen sprachen überwiegend bayerische, schlesische und österreichische Dialekte.

In der Slowakei (Ober- und Unterzip) entstanden die ersten deutschen Siedlungen im 12. Jahrhundert. Die Karpatendeutschen siedelten überwiegend in weitverzweigten slowakischen Streusiedlungen. In der Slowakei existierten deshalb hauptsächlich deutsche Streusiedlungen ("Volkstumsinseln").

Im Jahre 1920 lebten die deutschen Minderheiten in 148 Gemeinden mit einem deutschen Bevölkerungsanteil von 10-50 %. Im Jahre 1940 lebten rd. 155.000 Karpatendeutsche in der Slowakei (x004/141).

Die bekanntesten und größten deutschen Sprachinseln waren: Die Ober- und Unterzip in der Ostslowakei (Deutschendorf, Leutschau, Käsmark, Neudorf u.a.), das Hauerland in der Mittelslowakei (Kremnitz, Turz Sankt Martin, Hochwies und Paulisch) und der Preßburger Raum (in der slowakischen Hauptstadt Preßburg wohnten rd. 19.000 Deutsche).

Minderheitenprobleme in der CSR

Dr. Eduard Benesch (1884-1948, 1918-35 tschechischer Außenminister, 1945-48 Präsident der Tschechoslowakei) verkündete bei der Pariser Friedenskonferenz, das demokratische "Schweizer Modell" zu verwirklichen.

Die Sudetendeutschen wurden aber nach der Staatsgründung der Tschechoslowakischen Republik überall ausgeschlossen. Während die Slowaken (ehemals ungarische Staatsbürger) und Polen eine gewisse Autonomie, Selbstbestimmung und andere Vorteile erhielten, gab es für die Sudetendeutschen keine derartigen Regelungen.

Obwohl die Tschechen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und später in Österreich-Ungarn traditionell jahrhundertlang großzügige Vorrechte und eine gewisse Unabhängigkeit erhielten, gewährten sie den Deutschen grundsätzlich keine Freiheiten.

Für die neue Regierung der Tschechoslowakei waren die Deutschen nie gleichberechtigte Staatsbürger, sondern in erster Linie wichtige Arbeitskräfte. Die nationalen Minderheiten sollten zwar offiziell in den tschechischen Staat eingegliedert werden ("Schweizer Modell"), aber tatsächlich setzte man im Sudetenland konsequent radikale, rücksichtslose Druckmittel ein, um eine schnelle "Entdeutschung" durchzusetzen.

Der absolute tschechische Herrschaftsanspruch duldeten keinen Widerspruch und mißachteten vertraglich zugesicherte Minderheitsrechte. Die Deutschen, die pauschal als illoyale "Fünfte Kolonne" eingestuft wurden, und andere Minderheiten wurden systematisch schikaniert und diskriminiert, falls sie sich nicht vollständig unterordneten.

Die angekündigte demokratische "neue Schweiz", die allen Einwohnern, ohne Unterschied der Geburt, Staatsangehörigkeit, Sprache, Rasse, oder Religion, "vollen und ganzen Schutz" von Leben und Freiheit garantieren sollte, wurde jedenfalls nicht verwirklicht, so daß die Mehrheit der Sudetendeutschen die tschechoslowakische Zugehörigkeit grundsätzlich ablehnte. Nach der Zwangsentzignung des deutschen Großgrundbesitzes ("Bodenreform" im Jahre 1919) forderten die Sudetendeutschen vergeblich nationale Selbstbestimmungsrechte.

Da die tschechoslowakischen Behörden im Sudetenland vielerorts tschechische Beamte, Angestellte und Kaufleute einsetzten sowie tschechische Bauern "ansiedelten", wanderten bis Ende 1920 ca. 300.000 Sudetendeutsche nach Österreich und in das Deutsche Reich aus

(x028/47). Bis 1938 wurden rd. 400.000 Tschechen systematisch in den deutschen Siedlungsgebieten angesiedelt, um die Deutschen zu verdrängen (x206/27).

Die Sudetendeutschen lebten jedoch größtenteils in geschlossenen deutschen Siedlungen und verfügten weiterhin über enge österreichisch-deutsche Verbindungen, deshalb konnten sie ihre jahrhundertealte Heimat jahrelang erfolgreich verteidigen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschtum in der Tschechoslowakischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg (x004/3-11): >>... I. Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl.

Die Sudetendeutschen sind die größte Gruppe der außerhalb des Reiches in den Grenzen von 1937 ansässigen Deutschen, die nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Ihre Siedlungsgebiete, die sich in einem im 11./12. Jahrhundert beginnenden geschichtlichen Prozeß geformt haben, zogen sich in einem bald breiter, bald schmaler werdenden Streifen entlang der Böhmen und Mähren-Schlesien umschließenden Randgebirge; in einzelnen Sprachinseln ragten sie ins Innere Böhmens und Mährens hinein.

Während sie in ihrem Hauptbestand einen Teil des geschlossenen deutschen Sprachgebietes bildeten, war das von Deutschen bewohnte Gebiet um Zwittau, Landskron und Mährisch Trübau, der sogenannte Schönhengstgau, durch den tschechisch besiedelten Streifen von Hohenstadt und Senftenberg vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet getrennt.

Südwestlich davon, auf der Böhmischemährischen Höhe, lag um Stecken und Iglau eine weitere größere Sprachinsel. Kleinere Inseln bildeten noch in Innermähren die geschlossenen Siedlungen bei Konitz, Wischau und südlich von Olmütz und Brünn. Außerdem befanden sich starke Kolonien alteingesessener Deutscher in den städtischen Zentren Prag, Brünn und Olmütz und in den Bezirken um Mährisch Ostrau, Pilsen und Budweis.

Infolge der weiten Verstreutheit ihrer Heimatgebiete mit zum Teil engnachbarlicher Anlehnung an die verschiedenen deutschen Stammlandschaften erhielt sich bei den Sudetendeutschen stammesmäßige Vielfalt und landsmannschaftliche Eigenart. Wenn sie auch in der alten österreichischen Monarchie durch gemeinsame Schicksale verbunden waren, so war doch ihr politisches Bewußtsein bis 1918 mehr gesamtösterreichisch oder gesamtdeutsch als böhmisch oder "sudetendeutsch".

Erst nach der Errichtung der Tschechoslowakischen Republik, die sich ohne ihre Beteiligung vollzog, und in der Auseinandersetzung mit deren nationalstaatlichem Zentralismus wurde ein Gemeinschaftsbewußtsein der Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien geweckt. Jetzt erst setzte sich der Sammelbegriff "Sudetendeutsche" durch, der allerdings schon seit Beginn dieses Jahrhunderts in wissenschaftlichen und politischen Publikationen als Bezeichnung für alle Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien aufgetaucht war.

Mit den in den dreißiger Jahren verstärkt einsetzenden innen- und außenpolitischen Diskussionen um den Status der deutschen Volksgruppe in der CSR wurde diese Bezeichnung ein fester Begriff der internationalen Publizistik.

Die Sudetenländer - Böhmen und Mähren-Schlesien - sind das klassische Feld des Nationalitätenkampfes innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie seit der Revolution von 1848 und später innerhalb der I. Tschechoslowakischen Republik von 1918-1938 gewesen. Eine Lösung ist weder in jener noch in dieser geglückt, abgesehen von Teilentscheidungen wie dem sogenannten Mährischen Ausgleich von 1905.

Während es in der alten Monarchie nicht gelang, zwischen dem Anspruch der Tschechen auf das "Böhmische Staatsrecht", d.h. die staatsrechtliche Einheit der Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien und ihre Heraushebung aus den übrigen Ländern der westlichen Reichshälfte, und auf der anderen Seite dem ererbten Führungsanspruch der Deutschen im österreichischen Gesamtstaat einen Ausweg zu finden, ist später das Sudetendeutschtum nicht zum echten Partner der Staatsgründung von 1918/19, höchstens zur tolerierten Minderheit geworden.

Das von Eduard Benes auf der Pariser Friedenskonferenz beschworene Modell einer neuen Schweiz wurde nicht verwirklicht; die tschechische Nation ging grundsätzlich nicht davon ab, den tschechoslowakischen Staat als ihren Nationalstaat zu betrachten und unternahm keine Schritte, ihn zu einem föderalistischen Nationalitätenstaat umzugestalten.

Die Sudetendeutschen waren an der Staatsschöpfung der Republik nicht beteiligt worden, und sie lehnten ihrerseits anfangs die Zugehörigkeit zu ihr ab. Sie standen zunächst fast geschlossen auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechtes und gingen später zur Forderung der nationalen Autonomie innerhalb der CSR über.

Seit 1926 beteiligten sich "aktivistische" deutsche Parteien (Bund der Landwirte, Christlich-soziale Volkspartei, Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei) an Koalitionsregierungen der Republik; an den staatlichen Grundverhältnissen vermochten sie im Prinzip kaum etwas zu ändern, wenn sich auch einige neue Möglichkeiten für eine Neugestaltung des Verhältnisses der Deutschen zum tschechoslowakischen Staat zu öffnen schienen.

Seit 1933 und dann 1938 begann mit der nationalsozialistischen Expansionspolitik eine neue Phase: Die sudetendeutsche Autonomieforderung, aus der eigenen politischen Tradition erwachsen und lange festgehalten, wird überspielt von Hitlers Willen zur Angliederung der böhmischen Randgebiete an das Reich und zur Zerschlagung der Tschechoslowakei.

Das Sudetendeutschtum, das sich bei den Parlamentswahlen von 1935 zu zwei Dritteln zur Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins bekannt hatte, hat, enttäuscht von den Erwartungen auf eine Lösung des deutschen Problems im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik und in besonderem Maße von der Wirtschaftskrise betroffen, den Gedanken des Anschlusses an das "Großdeutsche Reich" aufgenommen, wenn dies auch - selbst innerhalb der Sudetendeutschen Partei - keineswegs einhellig geschah.

Aber spätestens seit dem Frühjahr 1938 hatte die politische Führung des Sudetendeutschtums die Initiative an Hitler und die nationalsozialistische Reichspolitik verloren, die im Münchener Abkommen vom 29. September 1938 die Abtretung der sudetendeutschen Randgebiete an das Reich erzwang.

Das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet in Böhmen und Mähren-Schlesien mit einer erheblichen tschechischen Minderheit fiel damit an das Deutsche Reich; nur eine deutsche Minderheit, die hauptsächlich in den größeren Städten Innerböhmens und -mährens wie Prag und Brunn und in den von tschechischem Siedlungsgebiet umgebenen Sprachinseln Stecken-Iglau, Wischau und Konitz beheimatet war, verblieb im tschechoslowakischen Reststaat bzw. nach dessen Auflösung im "Protektorat Böhmen und Mähren", innerhalb dessen ihre Glieder die unmittelbare Staatsangehörigkeit des Reiches erhielten.

Bei der Eingliederung in das Deutsche Reich konnte infolge der geographischen Lage das auseinandergezogene und im Osten durch tschechische Bezirke unterbrochene sudetendeutsche Gebiet nicht zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt werden. Aus den Kreisen längs der schlesischen Gebirge, des Erzgebirges und Oberpfälzer Waldes, in denen der größte Teil der Sudetendeutschen wohnte, wurde der "Reichsgau Sudetenland" mit den Regierungsbezirken Troppau, Aussig und Eger und der Hauptstadt Reichenberg gebildet. Der Regierungsbezirk Troppau blieb durch das von Tschechen bis zur alten Reichsgrenze bewohnte Gebiet zwischen Oberelbe und Glatzer Kessel von dem übrigen Sudetenland getrennt.

Das Hultschiner Ländchen, das im Versailler Vertrag 1919 vom Deutschen Reich abgetrennt worden war, kam wieder an den oberschlesischen Regierungsbezirk Oppeln zurück. Das nördliche Böhmerwaldgebiet mit den Kreisen Markt Eisenstein, Bergreichenstein und Prachatitz wurde in den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz, im südlichen Böhmerwaldgebiet die Kreise Kaplitz und Krumau in den "Reichsgau Oberdonau", der Kreis Neubistritz mit dem sudetendeutschen Teil von Gmünd und die südmährischen Kreise Znaim und Nikolsburg mit den sudetendeutschen Teilen von Horn und Waidhofen in den "Reichsgau Niederdonau" ein-

gegliedert.

Der Teil des Teschener Landes (Olsa-Gebiet), der nach dem polnischen Ultimatum vom 30. September 1938 von der CSR an Polen abgetreten worden war, wurde nach der deutschen Okkupation Polens im September 1939 dem neugebildeten Regierungsbezirk Kattowitz zuge-schlagen.

Um eine Grundlage für die Ermittlung der im Gesamtgebiet von Böhmen und Mähren-Schlesien 1945 vorhandenen deutschen Bevölkerung zu schaffen, geht man zweckmäßigerweise von der tschechoslowakischen Volkszählung vom 1. Dezember 1930 aus. Diese enthält die letzte amtliche Nationalitätenstatistik für die I. Tschechoslowakische Republik und zu-gleich die letzten amtlich ermittelten Zahlen der Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit in ganz Böhmen und Mähren-Schlesien.

Nach den Ergebnissen dieser Zählung betrug die Zahl der in Böhmen und Mähren-Schlesien anwesenden Personen deutscher Volkszugehörigkeit 3.149.820; von diesen wohnten in Böh-men 2.326.090, in Mähren 823.730, d.h. 30,38 % der Gesamteinwohnerzahl dieser Gebiete (10.674 386) bekannten sich zum Deutschtum.

Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Zählung von 1930 mit denen der amtlichen Volkszäh-lung vom 15. Februar 1921, bei der in Böhmen und Mähren-Schlesien 3.061.369 Personen deutscher Nationalität ermittelt wurden, ergibt sich für die Deutschen eine Zunahme um 88.451, für die Tschechen und Slowaken um 574.324 Personen. Der deutsche Bevölkerungszuwachs (2,6 %) war demnach wesentlich geringer als der tschechoslowakische (8,5 %).

Der Unterschied erklärt sich einmal aus dem verhältnismäßig geringen Geburtenzuwachs bei den Sudetendeutschen. Er ist zum anderen aber auch auf die unterschiedliche Praxis in den beiden Volkszählungen bei der Ermittlung der Nationalität zurückzuführen. Im Jahre 1921 wurde in der "Anleitung zur Ausfüllung der einzelnen Bogenspalten" in § 8 bestimmt:

"Unter Nationalität ist die Stammeszugehörigkeit zu verstehen, deren äußeres Hauptmerkmal in der Regel die Muttersprache ist. Juden können die jüdische Nationalität anführen. Es ist unzulässig, statt der Nationalität die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Gebiet anzuführen; es darf somit z.B. nicht eingetragen werden: Hanake, Schlesier und dgl."

In der "Regierungsverordnung vom 26. Juni 1930" wurde dagegen unter § 21 angeordnet: "Die Nationalität wird in der Regel nach der Muttersprache eingetragen. Eine andere Nationa-lität als jene, für welche die Muttersprache zeugt, kann nur dann eingetragen werden, wenn die gezählte Person ihre Muttersprache weder in ihrer Familie noch im Haushalt spricht und wenn sie die Sprache jener Nationalität vollkommen beherrscht.

Juden können jedoch immer die jüdische Nationalität einbekennen. - Es darf nur eine Nationa-lität eingetragen werden. Bekennt jemand zwei Nationalitäten ein oder keine, so ist die Natio-nalität nach der Muttersprache einzutragen."

Die Verordnung von 1930 "objektivierte" den Begriff der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einem Volkstum, indem sie die Muttersprache als allein entscheidendes Kriterium für die Er-mittlung der Nationalität und die Beherrschung der Sprache als Norm für die Änderung der Nationalität festsetzte. Den politischen Behörden wurde dadurch die Möglichkeit gegeben, in dem gemischtsprachigen Gebiet entlang der Sprachgrenze, in dem ein Teil der Bevölkerung beide Sprachen beherrschte, und in den Fällen von nationalen Mischehen oder von schwan-kendem Nationalbewußtsein zu Gunsten der tschechischen und slowakischen Nationalität zu entscheiden.

Die verschiedene Dynamik der Bevölkerungsbewegung bei Tschechen und Sudetendeutschen, wie sie in den Volkszählungsergebnissen zum Ausdruck kommt, war also zum Teil nur ein statistischer Vorgang, zum Teil wurde sie durch die Zählpraktiken im Dienste des Staatsvol-kes herbeigeführt, zum anderen Teil allerdings war sie der Ausdruck der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Sudetendeutschtums, wie sie seit der Auflösung der

alten Monarchie sich vor allem für die deutsche Industrie in den böhmischen Randgebieten ergeben hatte.

Diese hatte 1918 das große Absatzgebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verloren und sah sich, besonders seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, vor wachsenden Schwierigkeiten. So waren die sudetendeutschen Gebiete am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Bevölkerungsverhältnisse in den sudetendeutschen Gebieten sind aber auch noch in anderer Weise durch die Begründung des tschechoslowakischen Nationalstaats beeinflusst worden: seit 1918 beginnt ein starker Einstrom tschechischer Bevölkerung in das geschlossene deutsche Sprachgebiet, in erster Linie von Militärpersonen, Verwaltungs- und Polizeibeamten mit ihren Familien.

Die deutschen Sprachinseln Innerböhmens und Mährens waren in besonderem Maße von einer teilweise planmäßig gelenkten tschechischen Expansionsbewegung und Bodenpolitik gefährdet, eine Tatsache, die schon vor dem I. Weltkrieg zu verfolgen war, sich nach der tschechischen Staatsgründung aber noch erheblich verstärkte. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl der Slowakei-Deutschen (x004/137-147):

>>... **I. Siedlungsgebiete, Bevölkerungszahl und soziale Struktur der Deutschen in der Slowakei.**

... Im Gegensatz zu den Sudetendeutschen, deren Siedlungsgebiete sich fast ausschließlich unmittelbar an das geschlossene deutsche Sprachgebiet anlehnten, lebten die Karpatendeutschen in einzelnen Streusiedlungen, als kleine Splittergruppen in den auf deutsche Gründungen zurückgehenden und nun slowakischen Städten und in den schon stark von Slowaken durchsetzten Sprachinseln: der Zips, dem Hauerland und dem Preßburger Raum.

Mit ihrer bis ins 12. Jahrhundert zurückreichenden historischen und kulturellen Tradition kann die Zips als die bekannteste deutsche Sprachinsel in der Slowakei gelten. Sie teilte sich in zwei geschlosseneren und nur lose zusammenhängende Gebiete. Im Tal der Popper und ihren Nebentälern am Fuße der Hohen Tatra zog sich von Poprad (Deutschendorf) im Westen und Leutschau im Süden bis über den politischen und kulturellen Mittelpunkt Käsmark nach Nordosten auslaufend die siedlungsgeschichtlich ältere Oberzips hin. Südlich davon, im Flußgebiet der Hernad und Göllnitz, dehnte sich von Zipser Neudorf im Norden bis Untermetzenseifen im Süden die Unterzips oder der Gründner Boden aus.

Ober- und Unterzips, die bereits seit dem 13. Jahrhundert von Deutschen besiedelt waren, bildeten ursprünglich ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet, das jedoch schon verhältnismäßig früh wieder eingeengt wurde.

Die Hussiteneinfälle in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts vernichteten die deutschen Siedlungen zwischen den beiden Sprachinseln ebenso wie die im oberen Waagtal, die bis dahin die Verbindung zum Hauerland aufrechterhalten hatten. Später dezimierten die Kämpfe des protestantischen Adels gegen die katholische Dynastie die Zahl der deutschen Ortschaften, und die Konfessionspolitik der Habsburger, die ganze Gemeinden der evangelischen Zipser aussiedelten und durch katholische Slowaken ersetzten, trug viel zur Entdeutschung einzelner Landstriche bei.

In den einst deutschen Städten der weiteren Umgebung der Zips - zwischen Dobschau im Westen, Kaschau im Süden und Preschau im Osten - hatten sich nur kleinere deutsche Splittergruppen gehalten. Ebenso bekannten sich in Bartfeld, Homenau und Michalovce in der Ostslowakei nur noch einige Hundert Einwohner zum Deutschtum. Aber auch das Kerngebiet der Zips war von Slowaken und im Süden von Madjaren durchsetzt.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1930 ergaben folgendes Zahlenbild: Oberzips 25.162 Deutsche, Unterzips 13.141 Deutsche.

Zu diesen 38.303 Zipser Deutschen müssen noch Splittergruppen des Vorlandes hinzugerechnet werden.

Von den im 13. Jahrhundert gegründeten Bergbaustädten der Mittelslowakei waren im 14. Jahrhundert in den waldreichen Flußtätern deutsche Rodungsdörfer angelegt worden. Die für die Rodungen gebräuchliche Bezeichnung "Hau" kehrt in den Ortsnamen häufig wieder, und danach erhielt diese Sprachinsel den Namen Hauerland.

Das Deutschtum in den Städten, als den wirtschaftlichen Mittelpunkten, ist im Laufe der Jahrhunderte fast verschwunden: es wanderte aus oder wurde slowakisiert. Nur die abgelegenen dörflichen Siedlungen hatten ihren deutschen Charakter auch in der Zusammensetzung der Bevölkerung fast rein bewahrt. Es sind dies 25 Ortschaften, die in zwei benachbarten Sprachinseln um die Hauptorte Kremnitz im Quellgebiet der Turz und Deutsch Proben am Oberlauf der Neutra liegen.

Die zahlenmäßig stärkste deutsche Gruppe mit 24.415 Seelen wohnte um Deutsch Proben; in der Kremnitzer Sprachinsel lebten 10.622, in der etwas abseits liegenden Siedlung Hochwies-Paulisch 4.692 und verstreut in einzelnen slowakischen Orten der Umgebung, besonders in den Städten, noch 1.226 Deutsche. Insgesamt lebten (1930) im Hauerland 41.255 Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit.

Preßburg, die Hauptstadt der Slowakei, gehört noch zu den Ausläufern des geschlossenen bayrisch-österreichischen Siedlungsgebietes. Der während des Mittelalters rein deutsche Charakter der Stadt begann zu verblassen, als sie nach der Schlacht von Mohacs (1526) die Hauptstadt des Königreichs Ungarn wurde und ihre Tore den madjarischen Untertanen öffnete, die dann besonders in den letzten Dezennien der ungarischen Herrschaft immer zahlreicher einströmten. Gleichzeitig setzte die Zuwanderung der umwohnenden Slowaken und auch der Tschechen ein; sie vervielfachte sich, als die Grenzziehung von 1919 die Stadt aus ihren alten politischen Bindungen löste und zur Tschechoslowakei schlug.

Die Deutschen, durch Seuchen und Kriege dezimiert, konnten wohl gleichfalls durch Zuzug aus dem benachbarten geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet ihren Bestand von rund 32.000 Seelen kontinuierlich halten, ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung sank aber gegenüber dem sprunghaft anwachsenden Slowaken- und Tschechentum stark ab und betrug 1930 nur noch 28 vom Hundert. Trotzdem blieb Preßburg bis 1945 die Stadt mit dem größten deutschen Bevölkerungsanteil in der Slowakei.

In der Umgebung Preßburgs befand sich in den von Slowaken durchsetzten Weinbauerndörfern am Südosthang; der Kleinen Karpaten und im Westzipfel der hauptsächlich von Madjaren bewohnten Großen Schüttinsel eine dichtere deutsche Streusiedlung, die sich eng an die Hauptstadt anlehnte. Die deutsche Bevölkerung der Umgebung Preßburgs kann mit etwa 19.000 Personen angegeben werden. -

Die Zahl der Deutschen in und um Preßburg betrug damit ca. 52.000. Insgesamt lebten in der Slowakei - nach den Ergebnissen der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 - 154.821 Deutsche, von denen 147.501 tschechoslowakische Staatsbürger waren. Zum Zeitpunkt der slowakischen Volkszählung von 1940 betrug die Zahl der Deutschen in der Slowakei nach dem Gebietsstand von 1937 rund 155.000.

Uneinheitlich wie Herkommen und Siedlungsgeschichte der einzelnen deutschen Sprachgruppen in der Slowakei war auch ihre soziologische Struktur. Die deutsche Bevölkerung der Zips stellte einen entsprechenden Anteil an allen Berufsgruppen: Kaufleute, Handwerker, Bauern, Fabrik- und Waldarbeiter. Im Hauerland dagegen hielten sich die Deutschen nur in dem Rückzugsgebiet der abgelegenen Rodungsdörfer als Kleinbauern, Kätner und Wanderarbeiter. Die städtischen Berufsschichten waren fast völlig im Slowakentum aufgegangen.

Das Preßburger deutsche Bürgertum jedoch hatte trotz starker madjarischer, slowakischer und tschechischer Konkurrenz einen Teil der städtischen Berufe des Handels und Gewerbes in

seiner Hand behalten. Daneben fristete aber ein erheblicher Teil der Deutschen sein Dasein als Arbeiter und Häusler. Die in der Umgebung der Stadt lebende deutsche Bevölkerung gehörte bis auf wenige Ausnahmen dem Bauern- (Weinbauern-) und Arbeiterstand an. - An der Zivil- und Militärverwaltung hatte das Slowakeideutschtum kaum einen Anteil.

Auch in der Verteilung des religiösen Bekenntnisses glich keine der einzelnen Sprachinseln der anderen. Die Zipser Deutschen gehörten zu 60 bis 70 % der evangelischen Kirche an, der Rest der römisch-katholischen. Im Hauerland dagegen bekannte sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen zum römisch-katholischen Glauben. Das Preßburger Deutschtum war zu zwei Dritteln römisch-katholisch, zu einem Drittel evangelisch.

II. Die politische Struktur des Karpatendeutschtums.

Für das Verständnis der politischen Situation, in der sich die Karpaten-deutschen befanden, ist es notwendig, die politischen Verhältnisse und Kräfte in der Slowakei selbst zu skizzieren. Bei der Zerschlagung der habsburgischen Doppelmonarchie am Ende des Ersten Weltkrieges, die in den Friedensverträgen von Saint Germain und Trianon sanktioniert wurde, wurden die in der überwiegenden Mehrheit von Slowaken und im Ostteil von Ukrainern (Ruthenen) bewohnten oberungarischen Komitate der Nordkarpaten und des Karpatenvorlandes aus dem Staatsverband des Königreiches Ungarn herausgelöst und der neugegründeten Tschechoslowakischen Republik eingegliedert.

Die in dem neuen Staat offenbar werdenden zentralistischen Tendenzen, die vor allem von den das politische Geschehen beherrschenden tschechischen Politikern und Parteien und der von ihnen unterstützten und geförderten slowakischen zentralistischen Parteien, von denen die Agrar-Partei unter Milan Hodza die bedeutendste war, durchgesetzt wurden, riefen bald die Opposition der politischen Kräfte hervor, die für eine Eigenständigkeit der Slowakei eintraten. Das Ringen um die den Slowaken vor der Errichtung des Staates versprochene, aber bis 1938 nicht gewährte Autonomie prägte die innenpolitische Situation des Landes bis zur Zerschlagung der Tschechoslowakei.

Träger der Autonomiebewegung war die von Monsignore Andrej Hlinka gegründete Slowakische Volkspartei und daneben die unbedeutendere Slowakische Nationalpartei unter Martin Ruza. Beiden Parteien gelang es zunächst nicht, die Slowaken, deren Mehrheit kaum am öffentlichen Leben teilnahm, für sich zu gewinnen. Das slowakische Volk, zu einem großen Teil ohne eine eigene historische und politische Tradition, war jahrhundertlang durch die ungarische Politik bevormundet worden.

Erst im Laufe der Jahre konnten die Autonomisten durch ihre intensive, auf die nationale Eigenständigkeit der Slowaken gegenüber der tschechischen politischen und kulturellen Bevormundung gerichtete Propaganda die Zahl ihrer Anhänger vermehren. Der starke Zustrom tschechischer Beamter und Lehrer, hervorgerufen und begünstigt durch das Fehlen einer ausreichenden slowakischen Intelligenzschicht, die fast gänzlich im Madjarentum aufgegangen war, gab ihnen gegen den Zentralismus gerichteten Argumenten neue Nahrung.

Das innenpolitische Spannungsfeld wurde noch durch das Vorhandensein einer starken madjarischen Minderheit bestimmt, die, bekannt für ihr stark ausgeprägtes Nationalgefühl und ihre irredentistische Politik, eine schwere Belastung für den neuen Staat bedeutete.

Da die slowakisch-ungarische Grenze ausschließlich zugunsten der Slowakei gezogen worden war, schloß sie im Süden des Landes ein fast geschlossenes madjarisches Siedlungsgebiet in die CSR ein. Bis zum Ende der I. Tschechoslowakischen Republik besaß das Problem der madjarischen Minderheit im slowakischen Teil des Staates die gleiche Bedeutung wie die sudetendeutsche Frage im tschechischen.

Der Zurückdrängung des madjarischen Einflusses im kulturellen und politischen Bereich der Slowaken galt daher das besondere Interesse der tschechoslowakischen Behörden, und aus dieser Politik konnte die zahlenmäßig geringe und politisch wenig hervortretende deutsche

Minderheit zunächst großen Nutzen ziehen.

Der Prozeß ihres Zusammenwachsens vollzog sich allerdings nur allmählich, denn die weit auseinandergezogenen, von Slowaken durchsetzten deutschen Sprachinseln, voneinander getrennt durch die bewaldeten und schwer passierbaren Höhenzüge der Nordkarpaten, hatten bis zur staatlichen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein isoliertes Dasein geführt und vermochten es nicht, nun aus eigener Kraft zu einer einheitlichen Gruppe zusammenzufinden. Die großartige Vergangenheit, wie sie in der reichen Architektur, den Urkunden und Museen der mit wenigen Ausnahmen schon lange slowakisierten Städte in die Gegenwart herüberreichte oder in der Fülle des Brauchtums und der Volkstrachten der Zips oder des Hauerlandes lebte, änderte nichts an der Tatsache, daß das Deutschtum in der Slowakei eine in ihrem Bestand schwer gefährdete Volksgruppe war. Die Gründe hierfür waren mannigfaltig.

Die Veränderung der wirtschaftlichen Struktur im Nordkarpatenraum, vor allem das Versiegen des Bergbaus, die Verlagerung der Handelswege, die beginnende Industrialisierung und die damit verbundene soziologische Umschichtung hatten die frühere Sonderstellung des Deutschtums schon lange aufgehoben.

Dazu kam, daß eine tatkräftige geistige und materielle Unterstützung aus den kerndeutschen Gebieten fehlte. Zum geschlossenen deutschen Volksgebiet bestanden kaum noch Beziehungen; das Verhältnis zu Österreich war mit starken Ressentiments belastet, denn gerade die Konfessions-, Handels- und Verwaltungspolitik der Habsburger hatte in den letzten drei Jahrhunderten wesentlich zum Niedergang des Slowakeideutschtums beigetragen.

Die Folge dieser Entwicklung war auf der einen Seite eine durch die wirtschaftliche Zwangslage bedingte starke Auswanderung in die ungarischen Städte, vorwiegend in das um Budapest liegende Industriegebiet, aber auch nach Amerika, auf der anderen Seite eine stärkere Anlehnung an das Staatsvolkstum, die bis 1918, gefördert durch die ungarische Verwaltungspraxis und Schulpolitik, zur Madjarisierung insbesondere der Intelligenz- und Bürgerschicht geführt hatte.

Diesem Prozeß wurde durch die Errichtung der Tschechoslowakischen Republik Einhalt geboten, denn der neue Staat versuchte - zumindest in den ersten Jahren - durch Errichtung deutscher Minderheitsschulen die engen Beziehungen zwischen der deutschen und der wegen ihrer Irredentapolitik gefährlicheren madjarischen Minderheit zu unterbrechen.

Dieses Wohlwollen der tschechoslowakischen Behörden gegenüber dem deutschen Schulwesen in der Slowakei sticht erheblich von der Praxis gegenüber den deutschen Schulen in den Sudetenländern ab. Wie weit aber die Madjarisierung bereits fortgeschritten war, zeigen die Widerstände einzelner deutscher Gemeinden gegen die Errichtung deutscher Schulen; sie forderten statt dessen die Beibehaltung der madjarischen.

Erst allmählich wurde sich die deutsche Minderheit ihrer nationalen Eigenständigkeit bewußt. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den starken Rückhalt, den sie im neuen Staat beim Sudetendeutschtum fand. Der Deutsche Kulturverband dehnte seine Tätigkeit auch auf die Slowakei aus und trug durch geistige und materielle Unterstützung der Schulen und durch Gründung deutscher Kulturvereinigungen und Ausbau des Genossenschaftswesens wesentlich zur Stärkung des deutschen Volksbewußtseins bei.

Da das geeignete Lehrpersonal für die errichteten Schulen fehlte, kam eine beträchtliche Anzahl sudetendeutscher Lehrer ins Land. Auch das Genossenschaftswesen konnte auf Grund der langjährigen Erfahrungen des Sudetendeutschtums ausgebaut werden.

Wie sehr sich aber das in mehrere Gruppen zerfallende Slowakeideutschtum von dem geschlossenen Block der Sudetendeutschen unterschied, geht aus seiner parteipolitischen Struktur hervor. Gerade hier blieb die alte Anhänglichkeit an das Madjarentum erhalten. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre sah ein großer Teil der deutschen Wähler seine politische Vertretung in der "Deutschen Sektion" der Madjarischen Christlichsozialen Partei und - soweit es

die Zips betraf - in der Zipser Deutschen Partei, deren Abhängigkeit von der Madjarischen Nationalpartei offenkundig war. Ein nicht geringer Teil der deutschen Stimmen fiel auch den slowakischen und tschechoslowakischen Parteien zu.

Um den madjarischen kultur- und parteipolitischen Einflüssen innerhalb der deutschen Minderheit zu begegnen und dem Slowakeideutschtum eine geschlossenerere parteipolitische Repräsentation zu verschaffen, gründeten einige um die Erhaltung und Förderung des Deutschums verdiente Männer kurz vor den Parlamentswahlen von 1929 die Karpatendeutsche Partei. Sie schloß mit der "aktivistischen", in der tschechoslowakischen Regierung mitwirkenden sudetendeutschen Partei des Bundes der Landwirte (Minister Spina) und der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (Rosche-Gruppe) ein Wahlbündnis, ohne aber ein Mandat erringen zu können.

Erst nach dem von der jüngeren Generation durchgesetzten Wahlbündnis mit der Sudetendeutschen Heimatfront (späteren Sudetendeutsche Partei - SdP) Konrad Henleins vor den Wahlen von 1935 konnte sie die Zahl ihrer Anhänger vermehren.

Die weitere Folge der Anlehnung an die nach dem Führerprinzip aufgebaute SdP war die im November 1935 vollzogene Union mit dieser Partei. Konrad Henlein übernahm auch den Vorsitz in der Karpatendeutschen Partei, sein Stellvertreter für die Karpatenländer wurde der spätere Volksgruppenführer Franz Karmasin. Die Karpatendeutsche Partei wurde organisatorisch der SdP angeglichen und schließlich im September 1938 gleichzeitig mit dieser verboten.

Das darf aber nicht zu der Annahme führen, als ob die Karpatendeutsche Partei für das Deutschtum der Slowakei die gleiche Bedeutung besessen hätte wie die SdP in den Sudetenländern. Als Repräsentantin der großen Mehrheit der Slowakeideutschen konnte sie zu diesem Zeitpunkt nicht gelten. Die entscheidende Veränderung der politischen Struktur des Karpatendeutschtums brachte erst die Zerschlagung der Tschechoslowakei, die durch das Münchener Abkommen eingeleitet wurde. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Gründung der "Tschechoslowakei" (x051/588): >>Tschechoslowakei, östlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 140.485 km² und rund 14,7 Millionen Einwohnern (1930).

Die Tschechoslowakische Republik (CSR) wurde als Nachfolgestaat Österreich-Ungarns am 28.10.18 gegründet aus den "historischen Ländern" Böhmen, Mähren und Schlesien sowie der Slowakei und der Karpato-Ukraine. Erhebliche Nationalitätenprobleme (nur 50 % Tschechen, aber 22,4 % Deutsche und 15,6 % Slowaken), starke nationale und kulturgeschichtliche Unterschiede und ein deutliches sozioökonomisches Gefälle zwischen industrialisiertem Westen und bäuerlichem Osten hatte die Tschechoslowakei zu bewältigen.

In ständigem Widerstreit zwischen dem staatsrechtlich, geostrategisch und wirtschaftlich begründeten tschechischen Programm eines zentralisierten Einheitsstaates und den Autonomieforderungen der Slowaken und der nationalen Minderheiten verfehlten die Tschechen als Staatsvolk das ursprünglich versprochene Modell einer "mitteleuropäischen Schweiz" und brachen damit v.a. die 1918 den Slowaken gemachten Versprechungen: 29.2.20 Verabschiedung einer zentralistischen Verfassung durch eine ernannte provisorische "Revolutionäre Nationalversammlung" ohne Mitwirkung der Minderheiten, Tschechisierung der Beamtenschaft, Sprachengesetze.

Dennoch besaß die Tschechoslowakei unter Masaryk (Staatspräsident 1918-35) und Beneš durch gesunde Wirtschaftsentwicklung, innere Festigkeit und Koalitionsfähigkeit ihrer Parteien, Loyalität ihrer Minderheiten und Bereitschaft der "aktivistischen" deutschen Parteien zur Übernahme von Regierungsverantwortung seit 1926 im Vergleich zu anderen Staaten Ostmitteleuropas große parlamentarisch-demokratische Stabilität.

Außenpolitisch stützte sie sich gegen die Gebietsansprüche Ungarns (Südteil der Slowakei, Karpato-Ukraine) und Polens (Teschen) und gegen monarchistische Restaurationsbestrebun-

gen in Österreich auf die Kleine Entente und Bündnisse mit Frankreich (25.1.24) und der Sowjetunion (16.5.25).

Die Beziehungen zur Weimarer Republik waren korrekt infolge des relativ geringen Interesses Berlins an der Sudetenfrage. ...<<

29.10.1918

Österreich: In Wien werden am 29. Oktober 1918 die Provinzen Deutschböhmen und Sudetenland gegründet.

30.10.1918

Osmanisches Reich: Nach Zerschlagung der türkischen Palästinafront gibt das Osmanische Reich den erbitterten Widerstand auf und schließt am 30. Oktober 1918 einen Waffenstillstand.

Oktober 1918

Westkrieg: Im Oktober 1918 gerät Hitler in einen britischen Gasangriff und erblindet vorübergehend. Hitler beendet den Ersten Weltkrieg als Gefreiter in einem Lazarett in Pasewalk/Pommern.

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Adolf Hitler in den Jahren 1918-1933" (x051/260-262): >>(Hitler, Adolf) ... In Pasewalk erlebte Hitler das Kriegsende und faßte den Entschluß, "Politiker zu werden", um die "Schmach" der Kapitulation zu rächen ("Mein Kampf"); er glaubte fest an den "Dolchstoß" der marxistisch verseuchten Heimat in den Rücken der unbesiegten Front.

Im Mai 19 stellte sich Hitler der Reichswehr zur Verfügung und fiel Vorgesetzten als "national zuverlässig" auf. Erste Rednererfolge hatte er im Lager Lechfeld vor heimgekehrten Kriegsgefangenen, die revolutionär anfällig waren.

12.9.19: Hitler sollte über eine der zahllosen Münchner Rechtsparteien und -gruppen, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus eigener Anschauung berichten. Er fiel dort durch einen leidenschaftlichen Diskussionsbeitrag auf und trat nach einiger Bedenkzeit dieser Partei als 55. Mitglied bei; Funktion: Werbeobmann. In einer noch ganz unbekanntenen Partei sah er ein formbares Instrument für seine Zwecke – statt des Hochdienens in einer der altetablierten. Dies war der Beginn von Hitlers Karriere.

Sofort entfaltete er eine lärmende Öffentlichkeitsarbeit. Organisatorisch einfallsreich, demagogisch geschickt, rednerisch aufhetzend in radikaler Schwarz-Weiß-Manier, alle Übel auf einfache Formeln und klare Schuldzuweisung verdichtend ("Novemberverbrecher", "Schandvertrag von Versailles", "internationales Judentum"), zog er wachsende Zuhörerscharen an die DAP heran. Deren Umbenennung in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) erfolgte im Februar 20. Zugleich wurde das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet – ohne wesentliche Beteiligung Hitlers.

Inhaltlich aber war das Programm seinem Weltbild gemäß, besonders hinsichtlich der Punkte 1 (Großdeutsches Reich), 2 (Ausschluß der Juden besonders aus öffentlichen Ämtern und der Presse). Im Juli 21 riß er die Parteiführung an sich. Ergebene Anhänger leiteten den Führerkult ein, die NSDAP verbreitete sich organisatorisch in ganz Deutschland.

Der nationalistische Konfrontationskurs der bayerischen Landesregierung (Ritter von Kahr) gegen die Reichsregierung, unter deutlich hochverräterischen Tendenzen, ließ Hitler die Kräfteverhältnisse im Reich falsch einschätzen. Er hielt die Zeit reif für den Umsturz, wollte dabei Kahrs mutmaßliche eigene Absichten – ihm zuvorkommend – für sich nutzen, ihn also "rechts überholen".

So kam es am 8./9.11.23, übereilt und mangelhaft vorbereitet, zum Hitlerputsch. Der nachfolgende Prozeß glich streckenweise einer Farce, da die Richter Hitler weltanschaulich nahestanden und ihm ausgiebige Selbstdarstellung erlaubten. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Festungshaft mit Aussicht auf vorzeitige Entlassung.

In Landsberg am Lech diktierte der Vorzugshäftling den 1. Band von "Mein Kampf". Zur Rassenfrage heißt es darin, die nationalsozialistische Bewegung müsse das Judentum, "den bösen Feind der Menschheit, als den wirklichen Urheber allen Leides, dem allgemeinen Zorne weihen"; die künftige "Lebensraum"-Politik wird vorgezeichnet mit dem Satz: "Wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken."

Unbeirrt also von seiner politischen Niederlage und ohne jede Erfolgsaussicht entwarf Hitler selbstbewußt sein Zukunftsprogramm (Weltanschauung Hitlers).

Nach neun Monaten freigelassen, gründete er die zerfallene nationalsozialistische Bewegung 1925 neu. Richtungskämpfe zwischen Nord und Süd entschied er gegen Gregor Strasser und Joseph Goebbels in Bamberg mit klarem Sieg für sich (Februar 26).

Hitler gewann danach Goebbels als Parteigänger und schickte den fähigen Organisator und Demagogen als Gauleiter nach Berlin. Insgesamt waren diese Jahre infolge relativer wirtschaftlicher Erholung Deutschlands die politisch erfolglosesten für Hitler.

Dies erweist: Die NSDAP war eine Krisenpartei. Sie warb weniger durch überzeugendes Ideengut für sich als durch radikale Absage an das "System" von Weimar, war Ausdruck gebündelten Unmuts.

Erst die Weltwirtschaftskrise ab Herbst 29 brachte ihr die zweite, entscheidende Aufschwungphase mit sprunghaften Zuwachsraten an Mitgliedern und Wählern: all jene, die zweifelten, daß die parlamentarische Demokratie die Not meistern könne. Hitler, der aus dem ersten Fehlschlag gelernt hatte, wollte die Republik mit ihrem eigenen Instrumentarium – legal – erobern (Legalitätseid 1930).

Er wurde erst jetzt über einen fiktiven Posten als Regierungsrat in Braunschweig deutscher Staatsbürger und errang im Frühjahr 32 bei der Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten einen Achtungserfolg (über 13 Millionen Stimmen) gegen den siegreichen Hindenburg.

1932 wurde die Republik unregierbar. Gegen die NSDAP als stärkste Reichstagsfraktion und gegen die gleichfalls total verneinende KPD war keine gesetzesfähige Mehrheit aufzubringen; und dies vor dem Hintergrund von sechs Millionen Arbeitslosen.

Reichspräsident Hindenburg, nach zwei glücklosen Kanzlerernennungen (Papen, Schleicher), überwand unter dem Einfluß engster Berater (Machtergreifung) sein Zögern gegenüber Hitler, dessen Person und Zielen er mißtraute, dessen nationalem Vokabular und soldatischer Gesinnung er andererseits nahe stand. Am 30.1.33 ernannte er Hitler zum Reichskanzler. ...<<

01.11.1918

Ungarn: Graf Michael Károlyi gründet am 1. November 1918 eine selbständige ungarische Regierung.

03.11.1918

Deutsches Reich: Matrosen der Kriegsmarine rufen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergreift.

Ein Matrose berichtet damals über die Meuterei der Kriegsflotte in Kiel (x191/22): >>Der Kommandant (des Kriegsschiffes) "Thüringen" sagte: "Wir verfeuern unsere letzten 2.000 Schuß und wollen mit wehender Flagge untergehen." Darauf haben sie (die Soldaten) ihm gesagt, er solle allein losfahren und nun ging der Krach los. ...

Den Zweck haben sie ja erreicht, die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen, aber unsere Zeit kommt bald, oder der Friede muß bald kommen, sonst machen wir ihn uns selber. Die Marine macht nicht mehr mit. ...<<

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

Österreich: Österreich und die Ententemächte schließen am 3. November 1918 einen Waffenstillstand (x041/77). Damit beendet Österreich den Ersten Weltkrieg genauso eigenmächtig wie es den Krieg eröffnet hatte.

05.11.1918

Deutsches Reich: Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 5. November 1918 über die unge- wisse Zukunft des deutschen Kaisers (x267/315-317): >>... Denn, was in diesen fünf Wochen vor sich gegangen ist, das ist, nach innen und nach außen, die Liquidation der dreißigjährigen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., oder dessen, was von ihr noch übrig geblieben ist in der fürchterlichen Katastrophe dieses Krieges, die eben auch die Katastrophe des Kaisers ist.

Was wir jetzt erleben, ist Ende und Abschluß: unmöglich schien der Gedanke, daß der Anfang des Neuen, das nun kommen muß, unter demselben Zeichen der Regierung Wilhelms II. (oder seines Sohnes) begonnen werden könnte.

Nicht um die schwere Frage der Schuld handelt es sich dabei in erster Reihe; denn ebenso schuldig wie der Kaiser waren die Jämmerlichen, die ihm knechtisch dienten, statt ihn mann- haft in die Grenzen seiner Rechte und seiner Fähigkeiten zu verweisen.

Aber der Kaiser selbst hat sich vor der ganzen Welt zum Symbol der Politik gemacht, die Deutschland in den Abgrund geführt hat; als sein System hatte diese immer in der Ichform geführte Politik vor der Zeit und vor der Geschichte gelten sollen – so gebietet es die Würde, daß er verzichte, wenn diese furchtbare Politik zusammenbricht.

Was jetzt geschieht, ist das diametrale Gegenteil von dem, was er dreißig Jahre hindurch, nur allzu oft und allzu laut, als seinen Glauben bekundet, gelehrt, gehandelt hat. Wohl bekundet er jetzt, daß es ihm ernst sei auch mit dem Neuen, und wir achten in dieser Bekundung die späte Einsicht – aber kann der Sechzigjährige wirklich selbst glauben, daß er nochmals berufen sei, uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen?<<

Frankreich: Die deutsche Waffenstillstandskommission wird am 5. November 1918 durch Marschall Foch empfangen.

07.11.1918

Deutsches Reich: In Berlin verlangt die SPD am 7. November 1918 den sofortigen Rücktritt des Kaisers.

Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erklärt während eines Gespräches mit Reichskanzler Prinz Max von Baden (x149/33): >>... Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Aber ich will sie nicht. Ja ich hasse sie wie die Sünde.<<

In München bricht am 7. November 1918 eine Revolution aus. Als in München ein Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat gebildet wird, flieht der König von Bayern.

08.11.1918

Deutsches Reich: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin fordert am 8. November 1918 die Einführung eines Rätestaates (x243/19): >>Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern (die) Republik! Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen. ...

Heraus aus den Betrieben, heraus aus den Kasernen! ...<<

Der radikale USPD-Politiker Kurt Eisner (1867-1919) proklamiert am 8. November 1918 in München die Räterepublik Bayern.

Ernst F. Däumig (1866-1922, Journalist und USPD-Politiker) setzt sich damals für die Ein- führung des Räteystems ein (x149/34): >>... Wie der Sozialismus als neues Grundprinzip der Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß (der) bürgerlichen Demo- kratie die proletarische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in

dem Rätssystem findet. ...

Ich weiß, daß diesem System der Ludergeruch des Bolschewismus anhaftet ... Die Diktatur ist zweifellos mit dem Rätssystem verbunden; aber was in Rußland geschehen ist, braucht nicht in Deutschland nachgeahmt zu werden.<<

Der damalige Kölner Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann (1851-1919, ein persönlicher Freund des deutschen Kaisers Wilhelm II.) schreibt am 8. November 1918 an den damaligen Münchener Erzbischof Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. (x340/116): >>Seine Majestät der Kaiser läßt mir soeben mitteilen, daß nach ihm gestern zugegangenen Nachrichten der Groß-Orient beschlossen habe, zunächst alle Souveräne in erster Linie ihn, den Kaiser, abzusetzen etc. und schließlich eine Weltrepublik unter Führung des amerikanischen Großkapitals auf den Trümmern der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufzurichten. Die deutschen Freimaurer seien dem Kaiser treu (was sehr zu bezweifeln ist!) und hätten ihn das wissen lassen. ...

Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, dies Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen, und muß Eurem weisen Ermessen überlassen, ob ihr die Mitteilung nach Rom weitergeben wollt. Das stürmische Verlangen der Sozialdemokraten, der Kaiser solle abdanken, gibt der Nachricht eine gewisse Bestätigung. ...<<

Frankreich: Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wird später als "Novemberverbrecher" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelt vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen.

Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnt während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

09.11.1918

Deutsches Reich: In Berlin bricht eine Revolution aus. Am Morgen ruft der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhält das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt am 9. November 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und tritt danach ebenfalls zurück.

Die 2. Extraausgabe der SPD-Zeitung "Vorwärts" (Berliner Volksblatt) berichtet am 9. November 1918 (x256/38): >>Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte; bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.

Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volks einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.

Prinz Max von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.<<

Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, ab 1903 Mitglied des Reichstages, seit Februar 1919 erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, lehnte die Unterzeichnung des Versailler Vertrages ab und trat Juni 1919 als Ministerpräsident zurück, von 1920-1933 Mitglied des Reichstages) ruft am 9. November 1918 die Deutsche Republik aus,

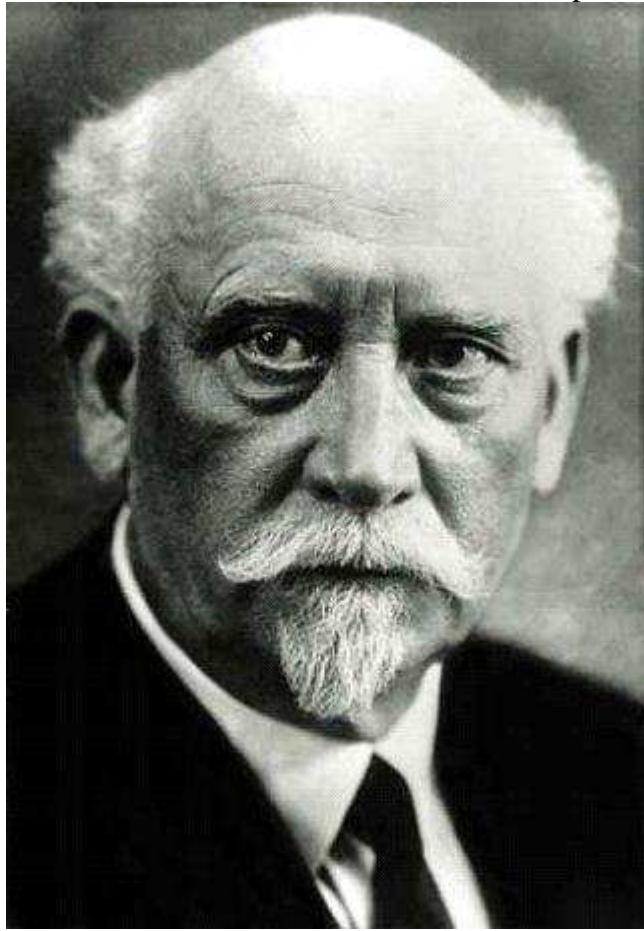


Abb. 53 (x051/514): Philipp Scheidemann

Philipp Scheidemann verkündet am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und überträgt die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25): >>Arbeiter und Soldaten!

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt!

Es lebe die Deutsche Republik!

Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete!

Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ist das, was wir jetzt brauchen! ...

Es lebe die Deutsche Republik!<<

Der neue Reichskanzler Friedrich Ebert fordert am 9. November 1918 die Bevölkerung in einer schriftlichen "Kundgebung" zur Ruhe und Ordnung auf (x256/67):

>>Mahnung zur Ruhe und Ordnung!

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger!

Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören, es muß erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu verhindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Not mit Elend für Alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich auf das Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger!

Ich bitte euch dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler

Ebert.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Friedrich Ebert (x051/136):
>>Ebert, Friedrich, geboren in Heidelberg 4.2.1871, gestorben in Berlin 28.2.1925, deutscher Politiker.

Der gelernte Sattler Ebert wurde 1893 Redakteur der "Bremer Bürger-Zeitung" und 1900 Mitglied der Bürgerschaft, 1905 Sekretär des SPD-Parteivorstands in Berlin. Seit 1912 war Ebert MdR und wurde 1913 auf dem Jenaer Parteitag der SPD als Nachfolger A. Bebels zum Parteivorstand gewählt.

Er war ein pragmatischer Politiker, kein Freund ideologischer Auseinandersetzungen. Im Januar 18 versuchte Ebert vergeblich, den Munitionsarbeiterstreik zu verhindern; danach stellte er sich an dessen Spitze, um ihn in gesetzlichen Rahmen zu lenken.

Als Gegner revolutionärer Umwälzungen und Vorsitzender der stärksten deutschen Partei schien er bei Kriegsende der einzige geeignete Regierungschef für die Liquidation des Kaiserreiches und einen Neuaufbau.

Reichskanzler Max von Baden übergab daher Ebert am 9.11.18 die Geschäfte. Durch Wahl zum Vorsitz des Rats der Volksbeauftragten am 10.11. bestätigt, bemühte sich Ebert um Überwindung der revolutionären Nachkriegsphase und scheute dabei nicht das Bündnis mit den alten Eliten, insbesondere dem Militär.

Am 11.2.19 wählte ihn die Weimarer Nationalversammlung zum ersten Reichspräsidenten. Ebert wurde Zielscheibe heftiger Attacken der nationalen Rechten. Wegen seiner Teilnahme am Januarstreik 1918 wurde er am 23.12.24 nach der Klage eines Redakteurs von einem Magdeburger Gericht im juristischen Sinne des Landesverrats für schuldig befunden. Dennoch wurde Ebert mit seiner natürlichen Autorität und persönlichen Integrität zu einem wichtigen Halt der jungen Republik.<<

Die Unabhängigen Sozialdemokraten (der Spartakusbund und andere radikale Gruppen) verlangten am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-

Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, fordern die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft. Der Spartakusbund-Mitbegründer Karl Liebknecht proklamiert am 9. November 1918, um 16 Uhr, vom kaiserlichen Schloß in Berlin die "Freie Sozialistische Republik Deutschland" (x191/25-26): >>Der Tag der Revolution ist gekommen ...

Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland, ... die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. ...

Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.<<

Der "Vorwärts" (Zentralorgan der SPD) berichtet in der 3. Extraausgabe am 9. November 1918 (x149/33): >>Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!

Der freie Volksstaat ist da!

Kaiser und Kronprinz haben abgedankt! Fritz Ebert der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen.

Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger!

Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrecht erhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die deutsche Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.<<

Die große Mehrheit der SPD lehnt gewaltsame, undemokratische Veränderungen (wie z.B. eine Diktatur der Arbeiterklasse) entschieden ab, deshalb bildet man eine demokratische Republik. Diese neue deutsche Republik ist keine Staatsgründung, denn die staats- und völkerrechtliche Persönlichkeit des Deutschen Reiches ändert sich nicht (x063/512).

Der SPD-Vorstand schreibt am 9. November 1918, abends um 20.30 Uhr, an den Vorstand der USPD (x128/101): >>... Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.

Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik. Indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller Mitglieder aus der Regierung.

Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde. - -

Es ist von der Einsicht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erhoffen, daß sie mit der Sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.<<

Die Abendausgabe des "Berliner Tageblatts" berichtet am 9. November 1918 über die Abdankung des deutschen Kaisers Wilhelm II. (x267/323-324): >>So sicher es ist, daß der von der Höhe herabfallende Stein nicht in der Luft hängen bleiben kann, so sicher stand, nach dem Gesetz der Schwere, seit Wochen diese Lösung der großen Frage fest. Besser wäre es auch hier gewesen, dem Willen des Volkes nicht hinterdrein zu folgen, sondern ihm mit Herrscherwürde voranzugehen.

Aber trifft die Könige die alleinige Schuld, wenn sie zu lange glauben, das ganze Volk sei in liebender Anhänglichkeit um sie geschart? Wann tritt, zwischen huldigenden Bürgermeistern, Ehrenjungfrauen, Spalierenthusiasten, Lakaien und Triariern (altrömische Legionsveteranen), die Wahrheit an sie heran? Und wie sollen sie verstehen, daß plötzlich so mancher, der gestern noch den Roten Adlerorden vierter Klasse glückstrahlend entgegennahm, heute die demokratische Überzeugung möglichst sichtbar ins Knopfloch steckt?

Es ist verzeihlich, wenn sie an eine so schnelle Wandlung nicht glauben wollen, die doch nur dartut, daß selbst in der furchtbarsten geschichtlichen Tragödie die menschliche Komödie unverändert weitergeht.

Wer dem Kaiser nie die Rosen, die aus den Gärten von Byzanz stammen, dargebracht hat, wird in diesem Augenblick verzichten, auf die Schwelle, über die er hinausschreitet, nur Beschuldigungen zu streuen.

Er hat dreißig Jahre lang regiert, und er ist das Opfer von Eigenschaften geworden, die ein Teil seiner Natur waren und von fatalen Persönlichkeiten falscher Ziele ausgebeutet worden sind. Man kann ihn nicht mit wenigen Worten und Strichen zeichnen, denn sein Wesen ist sehr gemischt, und es geht in ihm vieles, was unvereinbar scheint, durcheinander und nebeneinander. Er schien, wie ein moderner Mensch, überall Wissen und Berührung zu suchen, und er war doch offenbar überzeugt, Gott habe ihn und sein Haus zu Sendboten, zu Vollstreckern seines Willens gewählt. ...

Es wäre eine gewaltsame Ungerechtigkeit, zu behaupten, er habe alle Fehler selbst begangen, uns allein so weit gebracht. In der Marokkopolitik hatte Wilhelm II. instinktiv richtiger als Fürst Bülow gesehen. Aber er operierte doch auch mit phantastischer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse auf eigene Hand. ... Die Reden, die vielen Reden kamen hinzu.

Wilhelm II. war kein "Alldeutscher" er ist von den Alldeutschen lange als ein friedliebender Schwächling angesehen worden, und er hat doch das alldeutsche Vokabularium abwechselnd bereichert und ausgeschöpft. Wie er Berlin mit Statuen anfüllte, so waren seine Reden mit historischen Bildern und Symbolen angefüllt. ... Kriegerische Worte zählten, wenn er sie ausgesprochen hatte, gewöhnlich nicht mehr für ihn. Aber der Eindruck im Ausland blieb.

Kann man behaupten, er habe diesen entsetzlichen Krieg gewollt?

Er war nie der "Attila", dessen blutgieriges, grausames Bild die Entente-Prese so rastlos malt. Über den Ursprung dieser Menschheitskatastrophe werden wir sprechen, wenn der Frieden geschlossen sein wird.

Wilhelm II. hat dabei nicht die Rolle des Führenden und Voranschreitenden, sondern nur die Rolle des Gedrängten und Geschobenen gespielt. Seine Ratgeber, verantwortliche und unverantwortliche, hielten, wenn man die Aktion bis ans Ende durchführte, in ihrer Ahnungslosigkeit einen glänzenden diplomatischen Erfolg für gewiß. Andere flüsterten, wenn der Krieg doch einmal kommen müsse, sei es besser, er komme jetzt. Die offizielle Weisheit spielte Va-

banque (alles aufs Spiel setzen). Der Kaiser wich schrittweise zurück. Bis zu dem entscheidenden Schritt. ...

Das alles wird später in Ruhe – denn einmal werden wir doch wieder zur Ruhe kommen müssen – besser und gründlicher zu zeigen sein. Wilhelm II. war nicht der alleinige Urheber, aber der Repräsentant einer aberwitzig kurzsichtigen, alle Kräfte und Ideen des Auslands falsch schätzenden Politik, und war das Symbol einer Zeit und eines Geistes, der, in Machtbegehren und Selbstüberhebung, die Katastrophe herbeigeführt hat. Er mußte abdanken, auch wenn die Aufstandsbewegung im ganzen Land nicht so brausend und unbezwingbar angeschwollen wäre, wie es niemand erwartet hat.

Nur diejenigen sollten ihn heute nicht anklagen, die Hurra gerufen haben, als er ihnen "herrliche Zeiten" und, im August 1914, die glanzvollsten Siege versprach.<<

Der Unternehmer und spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt später über die "Novemberrevolution 1918" (x128/104): >>Mißtrauen gebührt jedem Zufallsgeschenk und jedem Verzweiflungsprodukt.

Nicht eine Kette wurde aufgesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloß ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen und mußten sich wider Willen rühren. Am schnellsten rührten sich, die ihren Vorteil erkannten.

Den Generalstreik einer besiegten Armee nennen wir deutsche Revolution. Die Arbeitsaufnahme einer neuen Versucharmee nennen wir die deutsche Gegenrevolution.

Die Arbeiterschaft ließ sich in den Sattel setzen und reitet den alten Streiktrab. Das Volk blieb abseits und wählte ein bürgerliches Parlament. Die verbürgerlichte Sozialdemokratie ließ sich im Bürgerhause bewirten und die Führung aufnötigen. Führung ohne Macht. Die Extremisten laufen neben dem Gaul und peitschen ihn mit der Knute des Bolschewismus.

Kein Wunder, denn nichts war vorbereitet.

Noch vor 5 Jahren wußte die deutsche Sozialdemokratie nicht, ob sie auch nur die parlamentarische Regierungsform ernstlich wünschen sollte. Sie stimmte dem Kriege zu, weil sie fühlte, daß ihre Massen es verlangten. Sie billigten den Unterseekrieg. Noch im letzten Kriegsjahr ließ die Frage des preußischen Wahlrechts die Massen vollkommen gleichgültig. Die beiden russischen Revolutionen von 1917 und der Friede von Brest wurden unbewegt hingenommen. Bis in die Novembertage 1918 gab es keine Revolutionsstimmung, nur Müdigkeit im Lande und Verdrossenheit an der Front.

Die äußere Revolution ist der inneren vorausgeeilt. Deshalb trägt sie schon heute alle entwürdigenden Zeichen des Interessenkampfes. Interessierte Romantik herrscht auf der Rechten, interessierter Radikalismus auf der Linken, und in der Mitte wird um Besitz und Einkommen gehandelt. Ein spießiges Parlament bürgerlichen Mittelmaßes, verkrampft und erstarrt in unversöhnlichen Gegensätzlichkeiten, entkernt und entgeistet jede seiner Aufgaben und rüstet die Gegenrevolution. Die verbürgte Gefahrlosigkeit radikaler Tiraden ermutigt ungelernete Tribunen, das Pathos ihrer früheren Kriegsberichte und die Schlagworte Sozialisierung und Rätssystem abzustellen.

Das zerfleischte, blutleere Land aber verkommt von Tag zu Tag. Wille und Arbeitskraft sind gebrochen. Widerliche Leidenschaften wachsen, Spekulationen, Genußsucht, Spiel, Bestechung, Müßigkeit und Geschwätz gedeihen, Arbeitsmittel und Werte, Häuser, Felder, Vieh verderben, die Jugend erwächst roh und unwissend. Dämmernde Gleichgültigkeit und Verzagtheit sinkt herab. Zuversicht, Vertrauen und Respekt sind gewesen, der Geist erstickt im endlosen Gerede. ...

Gelingt es nicht, die Revolution aus den Fesseln der Interessen, des Wahns und der Schlagwörter zu reißen, so erleben wir eine aufgeklärte Demokratie der Verlogenheit, des bösen Gewissens und der Unterdrückung, die alles übertrifft, was der alte Westen an verhülltem und

beschönigtem Klassen- und Cliquenwesen geschaffen hat.<<

10.11.1918

Westkrieg: Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) telegraphiert am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. flieht am 10. November 1918 nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten treten anschließend widerstandslos zurück.

Die Deutschen fühlen sich von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regt sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert sind, reagieren ratlos und verwirrt.

Das "Berliner Tageblatt" berichtet am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den letzten deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x051/645): >>Wilhelm II., geboren in Potsdam, 27.1.1859, gestorben in Doorn (Niederlande) 4.6.1941, deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).

Der von starkem monarchischem Sendungsbewußtsein durchdrungene Wilhelm geriet nach der Thronbesteigung rasch in Konflikt mit dem Reichsgründer Bismarck, der im Innern seinem Popularitätsdrang (sozialpolitische Scheinprogressivität) entgegenstand und es nach außen nach Wilhelms Meinung an selbstbewußtem Auftreten fehlen ließ.

Die Nach-Bismarck-Ära war dann auch gekennzeichnet von sozialpolitischen Rückzügen und konzeptlos-martialischem Auftreten. Konnten die innenpolitischen Gegensätze noch durch eine relative Prosperität unter Kontrolle gehalten werden, so führte das außenpolitische Draufgängertum (Flottenrüstung, wechselnde Annäherungen, "Nibelungentreue" zu Wien, naive Taktlosigkeiten) zur außenpolitischen Isolierung des Reiches und in den Ersten Weltkrieg.

Nach dem Sturz der Monarchie ging Wilhelm am 10.11.18 ins holländische Exil, dankte am 28.11.18 ab und setzte auf baldige Restauration in Deutschland. V.a. vom nationalsozialistischen Aufstieg erhoffte er sich die Rückberufung (Januar 31 und Mai 32 Besuche Görings in Doorn), mußte aber nach Hindenburgs Tod (2.8.34) diese Illusion begraben und sprach vom Dritten Reich fortan nur als "Mostrichrepublik" ("braun und scharf").

Beim Einmarsch deutscher Truppen in Holland 1940 war höheren Offizieren der Kontakt mit Wilhelm untersagt, dem aber militärische Ehren bei der Beisetzung gewährt wurden. Den heutigen Leser der Reden und Notizen Wilhelms erstaunt die Ähnlichkeit mit Hitlers Simplifizierungen, nur waren sie im Gegensatz zum Diktator beim Kaiser bloße Pose.<<

Die Spartakisten rufen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101): >>Arbeiter und Soldaten!

Eine jahrtausende alte Knechtschaft geht zu Ende; aus den unsäglichen Leiden eines Krieges steigt die neue Freiheit empor. Vier lange Jahre haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten, euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse "das Vaterland" verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte.

Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.

Es darf kein "Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft

mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten! Es lebe die Revolution! Es lebe die Internationale!<<

Die "Rote Fahne" veröffentlicht am 10. November 1918 in Berlin das Kampfprogramm der Spartakusgruppe (x128/102):

>>1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.

2. Übernahme sämtlicher militärischen und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.

6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.

7. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.

8. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.

9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes. ...<<

General Wilhelm Groener (1867-1939, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitet nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres) führt am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.

General Wilhelm Groener berichtet später über dieses Gespräch mit Friedrich Ebert (x058/-322-323): >>Die Aufgabe der Heeresleitung mußte es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen und dem Offizierskorps als dem Träger des Wehgedankens einen Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen.

Die seit Jahrhunderten im preußisch-deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft mußte in ihrem Kern für die Wehmacht der Zukunft erhalten werden.

Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtungspunkt. Es mußte ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es mußte das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin. Daß Hindenburg auf seinem Posten blieb und den Oberbefehl über das gesamte Heer übernahm, ja daß dieser ihm vom Kaiser übertragen worden war, machte den Übergang möglich und erleichterte ihn.

Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe über den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näherliegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres und des Of-

fizierskorps anzubieten? ...

Am Abend (des 10. November) rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, daß das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, daß dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit.

Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.

Für den Schritt des 10. November habe ich allein die Verantwortung zu übernehmen. Hindenburg wußte nichts von ihm, billigte ihn aber, nachdem ich die innenpolitische Lage in der Heimat eingehend mit ihm besprochen hatte. ...

Wir (die Offiziere der O. H. L.) hofften, durch unsere Tätigkeit einen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierskorps zu bringen, gelang das, so war der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet.

Zunächst galt es freilich, Zugeständnisse zu machen, denn die Entwicklung im Heer und in der Heimat war solche Wege gegangen, daß es sich vorerst nicht um rücksichtsloses Befehlen von seiten der O. H. L. handeln konnte, sondern um Auffangen und Unschädlichenmachen der revolutionären Strömungen.<<

Ein Göttinger Student berichtet am 10. November 1918 über die revolutionären Umsturzbewegungen im Deutschen Reich (x149/32-33): >>Deutsche Republik! Man gewöhnt sich recht schnell an den ungewohnten Klang der Worte. ...

Die bisherige Entwicklung schmeckt verdammt nach Rußland. Ausgangspunkt der Revolution: Die Flotte. Überall Arbeiter- und Soldatenräte. Zersetzung der Front, während gleichzeitig der Feind im Westen militärisch nachdringt und die Lage zur äußersten Steigerung seiner Friedensforderung ausbeutet.

Dies alles ist ganz wie in Rußland im Herbst 1917. Ganz wie dort erscheint auch hier alles auf den Gegensatz zweier Parteien gegründet: der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, unsere Mehrheitssozialisten, und der Bolschewiki, unsere Unabhängigen.

Freilich ist der Gegensatz nicht hoffnungslos; abgesehen davon, daß in vielen Arbeiter- und Soldatenräten eine Einigung der Parteien erzielt ist, sind die Unabhängigen-Sozialisten zum Eintritt in die Regierung bereit, wenn dieselbe rein sozialistisch ist, während ... Ebert und Scheidemann auch zur Aufnahme bürgerlicher Kabinettsmitglieder geneigt sind.<<

Polen: Pilsudski trifft nach der Haftentlassung am 10. November 1918 in Warschau ein.

11.11.1918

Westkrieg: Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichnen die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthält. Danach schweigen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhält, schreibt damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>...

Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<

Der Abschluß des Waffenstillstandes ist völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen sind zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand können fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen sind bereits von französischen Truppen besetzt.

Nach dem 11. November 1918 ist das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte sind ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade bleibt weiterhin in Kraft.

Die Deutschen müssen innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wird termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befinden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich muß alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren dürfen.

Der Waffenstillstand wird monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen können (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes muß das ausgehungerte Deutsche Reich später 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.

Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".

Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den 1. Weltkrieg des 20. Jahrhunderts (x364/105-114): >>... **Der Glanz von Visionen**

Während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts beschloß der Wiener Zweig des Hauses Rothschild, die Aktivitäten eines intelligenten und ehrgeizigen jungen Fürsten namens Otto von Bismarck zu finanzieren.

Mit ihrer Unterstützung ergriff der Fürst die Kontrolle über Preußen, dem größten der deutschsprachigen Kleinstaaten in Mitteleuropa und machte sich an die Expansion seiner Domäne. Im Jahre 1866 beseitigte Bismarck mit einem Sieg über Österreich den Einfluß dieses Landes in Deutschland und zog mit einer 700.000 Mann starken Armee zum Sieg gegen die Franzosen in die Schlacht bei Sedan.

Die Geschichtsschreibung belegt, daß die internationalen Banker die Ereignisse gelenkt haben, die zu der Schlacht führten.

Am 9. Januar 1871 wurde König Wilhelm I. von Preußen formal zum Kaiser des neuen Deutschen Reiches ausgerufen - worin sich vier Königreiche und 21 Fürstentümer in Mitteleuropa vereinigt hatten. Bismarck wurde der erste Kanzler Deutschlands.

Nachdem er, der "Eiserne Kanzler", von Wilhelm II. im Jahr 1880 demissioniert worden war, zeigten sich die deutschen Kanzler zunehmend aggressiver gegenüber den anderen Nationen. Rothschilds Plan begann fehlzuschlagen.

Deutschland war vor der scheinbar unüberwindlichen Macht des englischen Imperiums nicht in völliger Ehrfurcht erstarrt. Die Deutschen glaubten an die früher von Bismarck geäußerte Meinung: "England mit all seinem Getue und Gehabe hat hundert schwache Stellen und es

weiß, daß ein Konflikt mit einer fast gleichstarken Macht seinen Untergang bedeutet." Das militärische Fieber war in den Anfangsjahren dieses Jahrhunderts so stark, daß deutsche Offiziere häufig auf "Den Tag" tranken, an dem England der Krieg erklärt werden würde. Nicht wenige erkannten "den Glanz der Vision vor deutschen Augen", der dafür sorgte, daß "der Sieg so nah schien, um deutsches Blut in Erwartung des Triumphes schneller zirkulieren zu lassen".

Als eine Folge des unerwartet schnellen Aufstiegs des Deutschen Reiches in den Rang einer Weltgroßmacht fing das berühmte "Gleichgewicht der Mächte" in Europa an, abzubrockeln. Viele Nationen begannen, "ihren eigenen Kram zu machen".

Wie Nicholas John Spykman in seinem Buch "America's Strategy in World Politics", 1940, ausführt, hatte England "eine aktive Rolle bei den meisten Koalitionen gespielt, die zur Einschränkung der aufstrebenden Kontinentalmächte gebildet worden waren. Derjenige, der das Gleichgewicht der Mächte ausspielt, kann keine Freunde von Dauer haben.

Seine Hingabe kann für keinen spezifischen Staat bestimmt sein, sondern nur für das Machtgleichgewicht. Der Verbündete von Heute ist der Feind von Morgen. Es gehört zum Zauber der Machtpolitik, daß er einem keine Zeit läßt, seiner Freunde überdrüssig zu werden. Englands Ruf als perfides Albion ist das unvermeidliche Ergebnis seiner Lieblingsbeschäftigung, das Gleichgewicht der Mächte aufrecht zu erhalten."

Mit dem Zusammenbruch der Struktur dieses Gleichgewichtes ging die Schwächung der wirtschaftlichen Hebelwirkung einher, die die Geldmonopolisten auf eine Nation ausüben konnten, die aus der Reihe tanzte.

V. Krieg der Welt

Der Zusammenschluß der deutschen Staaten unter Bismarck störte das "Gleichgewicht der Mächte", das seit über zwei Jahrhunderten in Europa bestanden hatte. Bis 1871 hatte England - oder richtiger, die Krone - die Beherrschung des europäischen Kontinents genossen.

Jene Oberherrschaft war zwar wiederholt von Mächten wie Spanien und Frankreich angegriffen worden, aber England war immer wieder siegreich gewesen.

Das Erstarken der Deutschen stellte eine schwerwiegende Bedrohung für die Krone und ihre Beherrschung Europas dar, und zwar wirtschaftlich und militärisch. Sehr zu ihrem Verdruß "stellten die Engländer fest, daß die deutschen Lieferanten und ihre Vertreter bessere Dienstleistungen, bessere Bedingungen und niedrigere Preise für Güter von mindestens gleicher Qualität anboten".

Die Krone fürchtete um ihre Interessen

Nach 1884 erwarb Deutschland Kolonien in Afrika, die sich von Ost nach West quer über den Kontinent zu erstrecken und die Pläne der Krone zur weiteren Expansion auf dem schwarzen Erdteil schachmatt zu setzen drohten. Deutschland ermutigte ebenfalls die Buren im Transvaal und dem Freistaat Oranien, ehe es zum Krieg mit England 1889 bis 1902 kam. Im Pazifischen Ozean hatte Deutschland bis zum Jahre 1902 die Karolinischen-, Marschall- und die Marianen-Inseln erworben, Teile von Neu Guinea und Samoa sowie eine wichtige Marine- und Handelsbasis auf der Halbinsel Shantung in China.

Und weiter reckte sich der deutsche Löwe mit der Verabschiedung einer Reihe von Marinegesetzen in den Jahren 1898, 1900 und 1902, die für den Bau von vierzehn neuen Schlachtschiffen grünes Licht gaben. Diese Entwicklung stellte eindeutig eine ernsthafte Bedrohung für die Pläne der Krone dar.

Um der Gefahr entgegenzuwirken, suchten die internationalen Banker, die "weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ausgeschlossen waren", nach Mitteln und Wegen, um Deutschland einzudämmen und zu kontrollieren. Zwischen 1894 und 1907 wurden eine Reihe von Staatsverträgen und Abkommen geschlossen, die sicherstellten, daß Rußland, Frankreich, England und andere europäische Nationen sich im Falle eines Krieges gegen

Deutschland vereinigen würden.

Alle Nationen mußten auf die Knie gezwungen werden

Zu denjenigen, die in diesem geheimen Abkommen schwerwiegende Folgen erkannten, gehörte W. Lyon Blease. In seinem bemerkenswerten tiefblickenden Buch "A Short History of English Liberalism", erschienen 1913, erklärte er, daß England "direkt auf einen Konflikt zusteuert, von dem nicht ein Engländer unter Zehntausend irgend etwas Bestimmtes und keiner unter Tausend überhaupt weiß".

Des weiteren warf er der englischen Regierung vor, "ihr eigenes Volk zu korrumpieren, indem sie sich letztendlich mit Regierungen einläßt, deren Methoden nicht nur verschieden, sondern absolut fremdartig von den eigenen sind. Eine Allianz mit Frankreich ist insofern schlecht, als sie in einen Zusammenschluß gegen Deutschland verwandelt wird. Eine Allianz mit Rußland ist an sich unnatürlich und erschreckend."

Äußerlich gesehen, befand sich die Welt zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Frieden. Allerdings wurden hinter den Kulissen fieberhafte Vorbereitungen getroffen, die Welt in ein internationales Blutbad zu tauchen, das die Zivilisation bis in ihr Mark erschüttern würde. Die Illuminaten hatten erkannt, daß sie, um ihren Plan zur Schaffung einer Eine-Welt-Regierung erfolgreich durchführen zu können, einen Zustand von solch niederträchtiger Verwüstung hervorrufen mußten, daß davon keine Nation unberührt bliebe. Alle Nationen dieser Welt mußten auf die Knie gezwungen werden, so daß sie nach Frieden um jeden Preis betteln würden.

Die meisten Historiker sind sich einig, daß der Funke, der den großen Krieg von 1914 bis 1918 entzündete, ein trivialer, lokal begrenzter Streitfall zwischen Österreich und Serbien war. Gewöhnlich hätte man diese Zänkereien in wenigen Tagen, wenn nicht Stunden beigelegt. Dieses Gezanke war anders.

Es wurde von den Mächten hinter den Kulissen benutzt, um den Weltkrieg zu bringen, den der Illuminat Albert Pike mehr als 40 Jahre zuvor geplant hatte.

Österreich und Serbien eröffneten feindliche Handlungen am 2. August. Bereits zum 3. August waren Frankreich, und Belgien am 4. August daran beteiligt. Am 4. August erklärte England Deutschland den Krieg, obwohl das englische Kabinett sich einig war, daß die Ereignisse auf dem Kontinent "England rechtlich nicht zum Kriegseintritt verpflichteten". Es ist klar, daß die internationalen Banker alle Großmächte beteiligt sehen wollten. Sie wußten, daß ohne Englands sofortige Teilnahme die deutschen Streitkräfte nicht aufzuhalten waren.

Das sich anschließende Blutbad kennzeichnete das Ende einer Kriegsführung, die Hunderte, vielleicht Tausende Jahre alt war. Es führte zum ersten Mal in der Geschichte der Kriegsführung zum Einsatz von Maschinengewehren, Panzern und U-Booten. Es stimmt zwar, daß viele der historischen Kriege zu großen Gemetzeln geführt haben, aber im Ersten Weltkrieg hat das Wort "Gemetzeln" eine tiefere und ernüchternde Bedeutung erlangt.

Ein sinnloses Blutbad

Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Militärs auf beiden Seiten sich weigerten anzuerkennen, daß ihre konventionellen Kriegsmethoden nunmehr veraltet waren und aufgegeben werden mußten. Die Tatsache, daß Angriffe einer mit Bajonetten ausgerüsteten Kavallerie und Infanterie angesichts der neu entwickelten Techniken wie Stacheldrahtfallen, tiefen Schützengräben und MGs nutzlos war, schien einfach nicht eher in das Bewußtsein von "Militär-Experten" zu dringen, als bis die meisten ihrer Truppen vernichtet worden waren.

Die Militärs auf beiden Seiten waren überzeugt, daß der Krieg unmöglich länger als höchstens 6 bis 8 Wochen dauern könnte und daß der Sieg für die Seite gesichert wäre, die den massivsten Angriff mit einem Minimum an Mobilmachungsfrist vornehmen könnte. Ein Vorsprung am Anfang wurde als entscheidend angesehen, da dies den Truppen einen psychologischen Vorteil gegenüber dem Feind verschaffen würde.

Nach der Invasion in Frankreich am 3. August durch die Deutschen setzten die Franzosen ih-

ren Plan in Kraft, die Invasion in Lothringen aufzuhalten und in Süddeutschland zum Gegenangriff überzugehen. In nur 16 Tagen wurden knapp vier Millionen Soldaten in 7.000 Zügen an ihre vordere Front transportiert.

Zwischen dem 6. und 12. August brachte das deutsche Oberkommando 1,5 Millionen Truppen über den Rhein, den täglich 550 Züge passierten. Die Franzosen starteten am 14. August einen Massivangriff, aber mit katastrophalem Ergebnis. Innerhalb weniger Stunden hatte die französische Armee einen demoralisierenden Schlag von 300.000 Gefallenen erlitten (25 Prozent der gesamten Armee) und befand sich auf dem Rückzug. Das englische Expeditionskorps, das den Franzosen Beistand leisten sollte, trat den Rückzug noch schneller an als seine Verbündeten.

Der Rückzug wurde am 3. September zum Stillstand gebracht und am folgenden Tag eine allgemeine Gegenoffensive gestartet.

Die Deutschen wurden unter diesem Ansturm bis zur Aisne zurückgeworfen. Sie glaubten, sie würden ihren Vormarsch wiederaufnehmen können, sobald ihre Frontlinie verstärkt und ihre Nachschublinien besser funktionieren würden. Aber in den folgenden Monaten waren weder die Deutschen noch die "Verbündeten" in ihren Bemühungen erfolgreich, einen entscheidenden Vorteil zu erringen. Keiner der beiden Seiten gelang es, gegen die Feuerkraft der anderen anzukommen.

Eine Reihe von unnützen Anstrengungen beider Seiten, die Stellungen der anderen zu umgehen, führten dazu, daß sich die Gefechtslinie vom Ärmelkanal im Norden bis hin zur Schweizer Grenze im Süden zog. Heftige Kämpfe, mit Millionen Menschenopfern, tobten in den nächsten drei Jahren entlang der ganzen Front, ohne daß eine der beiden Seiten einen wirklichen Vorteil errungen hätte.

Ein blindes Völkermorden

Nach konventioneller Kriegsführung wird mit schwerem Artilleriefeuer die Verteidigungslinie des Gegners aufgeweicht, dann folgen massive Kavallerie- oder Infanterieausfälle, die durch die Linie brechen und die feindlichen Kommunikations- und Versorgungslinien unterbrechen. Im Ersten Weltkrieg wurden derartige Truppenausfälle auf die am stärksten verteidigten Abschnitte der gegnerischen Front geworfen.

Einige wenige Zahlenbeispiele sind ausreichend, um die katastrophalen Menschenverluste zu zeigen, die mit diesen Wahnsinnsaktionen erlitten wurden.

In der Schlacht von Verdun im Jahre 1916 verloren die Franzosen insgesamt 350.000 und die Deutschen 300.000 Soldaten. In der Schlacht an der Somme im selben Jahr verloren die Engländer 410.000 und ihre Verbündeten, die Franzosen, 190.000 Männer. In derselben Schlacht verloren die Deutschen 450.000 Soldaten und das für einen Gewinn von höchstens sieben Meilen auf einer Front von nur 20 Meilen.

Auch 1917 wurde das sinnlose Abschlachten fortgesetzt. Im April des Jahres ging die französische Armee unter Robert Nivelle zu einem erbitterten Angriff bei Chemin des Dames über. Bei einem Artilleriegefecht, dessen Stärke in der ganzen Geschichte beispiellos ist, wurden von den Franzosen 11 Millionen Geschosse auf die deutschen Stellungen über eine 30 Meilen lange Front in nur 10 Tagen abgefeuert. In der anschließenden Infanterieattacke wurde das französische Heer zerschmettert. Viele der übriggebliebenen Soldaten meuterten gegen ihre Offiziere und wurden erschossen, um die Disziplin aufrechtzuerhalten.

Damit er in diesem Wettrennen um den Titel des Militäridioten des Jahrzehnts nicht zurückbliebe, bemühte sich der englische Kommandant Douglas Haig verzweifelt, Nivelles Akt des Völkermordes zu übertrumpfen. Nur wenige Wochen später hat Frankreichs Nationaltragöde, Haig, in Mißachtung der tragischen Lektion, die mit französischem Blut so beredt geschrieben stand, und der höchst genauen Nachrichtenberichte über die relative Stärke der Deutschen an seinem Abschnitt der Front, ein Artilleriebombardement und Infanterieangriff ähnlicher Art unternommen.

An der Front bei Passchendaele ließ Haig seine Artillerie einen Feuerteppich von 4.250.000 Geschossen legen und zwar auf einer 11 Meilen langen Front (das sind fünf Tonnen hochbrisanten Sprengstoff und Schrapnell pro Meter und ein Kostenaufwand von rund 100 Millionen Dollar) und verlor 400.000 Mann in der anschließenden Infanterieattacke.

Das englische Volk war über dieses sinnlose Morden von Hunderttausenden seiner besten jungen Männer derart empört, daß General Haig in Form einer Puppe auf dem Trafalgar Square in London aufgehängt wurde.

Rußland materiell unterlegen

An der Ostfront war der Aderlaß noch schrecklicher. Nachdem Japan Rußland 1905 besiegt hatte, erkannte der Zar, daß sein Land nicht für einen modernen Krieg vorbereitet war. Während sich die Kriegswolken über dem europäischen Kontinent zusammenbrauten, wurde klar, daß, wenn Rußland in der Lage sein sollte, sich zu verteidigen und seine vertraglichen Verpflichtungen ... einzuhalten, seine gesamte Armee neu organisiert, neu ausgerüstet und neu ausgebildet werden müßte.

Der Zar erklärte seinen Generälen, daß diese Mammutaufgabe, trotz eines sofortigen Bargeldprogrammes, nicht vor 1920 vollständig abgeschlossen werden könnte und daß es notwendig sei, den Frieden so lange zu erhalten, bis dieser Stand erreicht sei. Als der Krieg 1914 ausbrach, war Rußland, obwohl es die größte Armee der Welt besaß, für eine größere Auseinandersetzung erbarmungswürdig unvorbereitet.

Rußland sah sich vor eine schwere Entscheidung gestellt. Entweder mußte man zurückstehen, seine Vertragsverpflichtungen widerrufen, das Gesicht verlieren, zum Gespött der Welt und eine fünftklassige Macht werden - oder man mußte kämpfen. Rußland entschied sich zum letzteren, und zwar in dem Bewußtsein, daß der Sieg schnell erreicht werden müsse oder daß eine beispiellose nationale Katastrophe folgen werde.

Abgesehen von seiner Truppenstärke war Rußland materiell unterlegen. Das beste russische Geschütz konnte nur vier Meilen weit schießen, während die deutschen sieben Meilen erreichten: Artillerieduelle kamen einem Massenmord gleich. Rußlands elendes Los wurde noch durch die veralteten Kanonen verschlimmert, die nur einige Geschosse pro Tag abfeuern konnten. Das deutsche Heer verfügte über modernes Kriegsgerät, während viele russische Divisionen nur ein Gewehr je vier Mann hatten. Der Rest war mit Mistgabeln und Äxten bewaffnet.

Den Ruf, den die russischen Truppen weltweit besaßen, hat Professor Usher 1913 veranschaulicht, als er schrieb: "Die größten Schwierigkeiten für die russischen Generäle bestanden in der Qualität des Menschenmaterials, das ihnen zur Verfügung stand. Die Soldaten und selbst die Unteroffiziere waren häufig nicht intelligent genug, um eine Bewegung durchzuführen, die mehr verlangte als bloßen Gehorsam, einen Befehl buchstabengetreu auszuführen. Blinder Mut, die Fähigkeit, Hunger und Kälte zu erdulden, die die deutsche Armee zur Meuterei veranlaßt hätten, die Dumpfheit des wilden Tieres.

All dies besaßen die russischen Truppen. Intelligenz, Urteilsvermögen, Können und Initiative, all dies und vieles andere, für eine so komplexe Organisation wie eine moderne Armee lebenswichtigen Fähigkeiten fehlten der Masse der russischen Truppen ganz und gar."

Die Krone verrät Rußland

Vor Ausbruch der Feindhandlungen im Jahre 1914 hatte die Krone volle Hilfe und militärische Unterstützung an Rußland im Kriegsfall versprochen. Mit Kriegsbeginn verringerte England seine Hilfeleistungen an Rußland auf 10 Prozent der Vorkriegsleistung. Offensichtlich wollten die Geldmonopolisten - in perfekter Übereinstimmung mit dem von Albert Pike in seinem Brief vom 15. August 1871 aufgezeichneten Illuminatenplan - Rußland in eine möglichst gefährvolle Situation bringen.

General Nicholas, der Onkel des Zaren, erkannte, daß Rußlands einzige Hoffnung in einem

sofortigen, entscheidenden Sieg lag. Mit dieser Zielsetzung vor Augen begann er unmittelbar mit zwei russischen Heeren einen rasanten Angriff auf Ostpreußen. Er wollte eine Bresche nach Berlin schlagen und den Sieg durch die Einnahme der deutschen Hauptstadt erringen.

In der Schlacht bei Tannenberg

(23. August bis 31. August 1914) brachte die russische Nordarmee Hindenburg zum Stillstand, während die Südarmee sich durch den Wald in Hindenburgs Rücken schlich. Als es sicher schien, daß Hindenburg zermalmt und Berlin eingenommen werden würde, kamen Befehle aus London, den Vormarsch zu stoppen und die Stellungen auf beiden Seiten zu halten. Klar, ein derartig verblüffender Sieg hätte für die Geldgeier sich als höchst unglücklich erwiesen, die eine unschätzbare Ernte aus dem Blutbad einzubringen gedachten, welches sie erst vor einigen Wochen in Europa angeheizt hatten.

Was dann an der Ostfront geschah, ist von allergrößter Bedeutung und beweist die Macht der "verborgenen Hand" im internationalen Ränkespiel um die Macht. Während die russische Armee unter dem Stillhaltebefehl stand, gab von Hindenburg, der später als ein "brillanter Militärstrategie" hochgejubelt wurde, die Front im Norden praktisch auf, indem er seine Truppen an den Südabschnitt verlegte - so daß seine Nordfront offen und ungedeckt vor der russischen Armee lag - und griff an. Von Hindenburgs vereinte Streitkräfte vernichteten die russische Südarmee in einem Kampf, dessen Todesopfer zahlenmäßig alles bisher an der Westfront Erlebte bei weitem übertraf.

Da die Hälfte ihrer regulären Streitmacht andernorts aufmarschiert war, warfen die Russen alles, was sie nur auftreiben konnten, zur Verstärkung an die Südfront, um in einem Verzweigungskampf die anstürmenden Heere von Hindenburgs aufzuhalten. Ihr Kampf war vergebens. Die internationalen Banker bewerkstelligten die Niederlage bei Tannenberg und den Masurischen Seen und vernichteten die zweite russische Armee und gaben den Deutschen einen klaren Vorsprung für die folgenden Monate. Die Russen wurden von vielen Slawen unterstützt, die von der deutschen Seite abfielen.

Daher konnte Rußland eine "Tschechische Legion" von mehr als 100.000 Mann aufstellen.

Rußland setzte seinen Kampf des Verlierers noch weitere zweieinhalb Jahre fort. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen.

Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen.

In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern

Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Élysées entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.

Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknochigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldet und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".

Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zureufend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte). ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schreibt später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/40-44): >>**Falsche Versprechungen**

Deutschland willigte nur in den Waffenstillstand ein, weil es sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten verließ, die in einem diplomatischen Notenwechsel gegeben worden waren.

... Zwei Pläne für die zukünftige Gestaltung der Welt machten sich den Platz streitig: die 14 Punkte des Präsidenten und der Karthago-Friede* Clemenceaus. ...

* Anspielung auf die totale Zerstörung Karthagos durch das Römische Reich. ...

Wilson's Erklärung

Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch* bevollmächtigt worden sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". ...

Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer

Anwendung zu erörtern".

Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, die es wehrlos machen würden. Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.

* Ferdinand Jean Marie Foch (1851-1929), Marschall von Frankreich im Ersten Weltkrieg. ... Die deutsche Antwort

Die deutschen Bemerkungen über den Friedensvertragsentwurf bestanden größtenteils in einem Vergleich zwischen den Bedingungen des Abkommens, aufgrund dessen das deutsche Volk eingewilligt hatte, die Waffen niederzulegen, und den wirklichen Bestimmungen der Urkunde, die ihm dann zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Den deutschen Auslegern fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und internationaler Sittlichkeit bedeute, der mit ihrer eigenen Schuld am Einfall in Belgien zu vergleichen sei. ...

Der Vertrag bezweckte die systematische Vernichtung der deutschen Wirtschaft.

... Das Wirtschaftssystem Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf drei Hauptfaktoren: I. seinem Überseehandel, verkörpert in seiner Handelsflotte, seinen Kolonien, seinen Auslandsanlagen, seiner Ausfuhr und den Überseeverbindungen seiner Kaufleute; II. der Ausbeutung seiner Kohle und seines Eisens und der darauf gegründeten Industrien; III. seinem Verkehrs- und Zollsystem.

Von diesen Faktoren war der erste zwar nicht der wenigst wichtige, aber sicher der verwundbarste. Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller drei, vornehmlich jedoch der ersten beiden.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen:

"Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."

Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. ...<<

Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtet später über Abschluß des Waffenstillstands vom 11. November 1918 (x1.035/...): >>Der Beginn unserer Katastrophe

Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918

Wenn die ehemaligen Siegermächte des Ersten Weltkriegs den 11. November feierlich begehen, so hat das seinen Grund nicht nur darin, daß man am "Waffenstillstandstag" oder "Tag des Sieges und des Friedens" der Gefallenen gedenken will, sondern auch darin, daß das Erinnerungsbild von Briten und Franzosen ein anderes ist als das der Deutschen.

Um genau zu sein: ein anderes war als das der Deutschen. Denn hierzulande verliert sich im Zeichen gelungener Verwestlichung allmählich das Bewußtsein, daß die Deutschen nichts zu feiern haben, wenn es um das Datum 1918 geht, noch weniger, als im Hinblick auf das Datum 1945.

Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918,

weil die Politik der Sieger von Anfang an auf Irreführung beruhte und die deutsche auf Illusion, weil die Verhetzung der Briten, Franzosen, Italiener und Belgier, denen man die Deutschen als "Menschheitsfeinde", "Hunnen" und "Schweine" präsentiert hatte, nicht rückgängig zu machen war,

weil der Krieg gegen Deutschland nach dem Abschluß des Waffenstillstands fortgesetzt wurde, "alle gegen einen, wenn auch ohne Sprengstoffe" (Walther Rathenau),

weil man die Entwaffnung der Deutschen betrieb, um sie jeder Forderung unterwerfen zu können,

weil die von Großbritannien gegen Deutschland bis zum Juni 1919 aufrechterhaltene Hungerblockade 1 Million Ziviltote forderte - vor allem Kinder, Frauen, Alte und Kranke,

weil die Alliierten die ersten großen Vertreibungen in Mitteleuropa ins Werk setzten oder duldeten,

weil man unsere Nation demütigte und ihr alle Rechte vorenthielt, die großartig als "universal" und "ewig" deklariert worden waren,

weil man Deutschland den Versailler Vertrag - diese "Friedensvertrag genannte Kriegserklärung" (Gustav Bauer) - aufzwang,

weil man damit ein tiefes Mißtrauen gegen die westliche Demokratie einpflanzte, die offenbar nur ein Herrschaftsmittel wie alle anderen war.

Der 11. November 1918 beendete das Sterben an den Fronten im Westen, der Kampf im Osten dauerte an und wurde von deutschen Soldaten getragen, die unter Befehl der Entente gegen bolschewistische Truppen zu fechten hatten, er begann neu in den Gebieten, die fremden Herren ausgeliefert wurden, und an den inneren Fronten eines Bürgerkrieges, den die Sieger wesentlich mitverursacht hatten.

Zwischen dem Waffenstillstand und dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags stand Deutschland unter der dauernden Drohung eines alliierten Einmarschs, mußte mit schwächer werdenden Kräften Aufstands- und Separationsversuche abwehren, die mit fremdem Geld finanziert wurden, und einen vollständigen Kollaps der inneren Ordnung verhindern. Das alles in dem Bewußtsein, daß die Sieger - so oder so - den Vorwand deutscher Alleinkriegsschuld nutzen würden, um das Land wirtschaftlich auszubluten.

Ein Amerikaner, der Ölmagnat Paul Getty, hat geurteilt: Der Vertrag von Versailles "war rachsüchtig, er legte Deutschland unbezahlbare Reparationen auf, der dümmste Student der Wirtschaftswissenschaften sah sogleich, daß eine nur notdürftig funktionierende deutsche Wirtschaft auf diese Weise total zerrüttet werden mußte. Die als Strafe gedachten Artikel dieses Vertrags mußten in Deutschland eine heftige nationalistische Reaktion in Gang setzen. Ein vernünftigerer und gerechterer Friede an Stelle des Vertrages von Versailles hätte zwischen 1919 und 1932 in Deutschland ein demokratisches System befestigt."

Fazit

Der 11. November mag Deutsche an eine nationale Katastrophe erinnern, auch an die erste Phase des "Dreißigjährigen Krieges" zwischen 1914-1945. Zu feiern gibt es nichts. Wer das erkennt, hat - gegen jede Beteuerung - nichts verstanden vom Besonderen unserer Geschichte im 20. Jahrhundert. ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schreiben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber bleibt (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgrößkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital.

Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Die Verluste des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche) - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen (Kampfhandlungen, Luftangriffe etc.) verschont (Ausnahme: Ostpreußen), aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermessliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien (obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug). Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und Holzmehl vermischte.

Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstieß, verhungerten nochmals etwa 300.000 deutsche Zivilisten, bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten (x063/521). In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 10. November 2018): >>Die Urkatastrophe

von Thorsten Hinz

Der November 1918 bescherte den Deutschen die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die Revolution. Er markierte ein Ende und zugleich den Übergang in einen Latenzzustand, der noch hundert Jahre danach sein beunruhigendes Potential freisetzt. Um die Bedeutung und Dimension des Endes zu erschließen, muß man über den Kriegsausbruch 1914 hinaus wenigstens bis zur Reichsgründung 1871 zurückgehen.

Bis zu dem Zeitpunkt waren die deutschen Kleinstaaten und selbst Preußen als die kleinste unter den europäischen Großmächten vor allem Durchmarschgebiet, Manövriermasse, jedenfalls Objekte im europäischen Mächtespiel gewesen. Nun lebten die Deutschen im mächtigsten Land Europas, das allerdings aus geographischen, geschichtlichen und politischen Gründen permanent gefährdet war. Dieser Konflikt bildete den Ausgangspunkt für Bismarcks ausgleichende Politik, während die meisten Deutschen den rasanten Aufstieg, den das Deutsche Reich in der Wirtschaft, der Wissenschaft und dem Geistesleben nahm, für selbstverständlich und den Garanten seiner selbst hielten.

Das illusorische Gefühl der Unangreifbarkeit zeigte sich in der Erwartung eines heute vergessenen Historikers, der nächste Krieg würde "das rechte Exempel werden auf die Echtheit unserer Macht, auf die Zukunft unserer Kultur". Dieses Exempel war im November 1918 mit Aplomb gescheitert. Die deutsche Staatskunst in Berlin hatte nicht verhindern können, daß Deutschland von der halben Welt als Feind bekämpft wurde. Die Nation wurde brutal auf die Einsicht gestoßen, wie fragil der Erfolg und der Bestand ihres Nationalstaates waren.

Max Weber tobte vor Zorn

Die Reaktionen waren gespalten. Max Weber geriet außer sich vor Zorn über ein "Literatenvolk", das sich in Beichtigungen einer deutschen "Kriegsschuld" erging und den unversöhnlichen Kriegsgegnern als Kronzeuge anbot. Die Niederlage, schrieb er im Januar 1919, mußte für diese Leute unbedingt die Folge einer Schuld sein, "dann nur entsprach sie jener 'Weltordnung', welche alle solche schwachen, dem Antlitz der Wirklichkeit nicht gewachsenen Naturen allein ertragen".

Weber skizzierte hier den Typus des Unpolitischen, der die Politik aus einer rein idealistischen Perspektive betrachtet und damit verkennt. Die Neigung, politischen Herausforderungen durch moralische Selbstanklagen, den Nachweis eigener Harmlosigkeit und durch exzessive Nachgiebigkeit zu begegnen, ist bis heute eine verbreitete deutsche Eigenschaft.

Ergänzend wies der Sozialpsychologe Kurt Baschwitz auf die Wirksamkeit des "Spiegelgedankens" hin. Als die alliierte Kriegspropaganda von abgehackten belgischen Kinderhänden berichtete, projizierte sie die Praxis der belgischen Kolonialtruppen im Kongo auf Deutschland. Gleichzeitig dienten solche Greuelberichte der moralischen Selbstentlastung angesichts der über Deutschland verhängten Hungerblockade, die tatsächlich Hunderttausende deutsche Kinder Leben und Gesundheit kostete. Trotzdem waren solche Spiegelprojektionen so übermächtig - und war die deutsche Gegenpropaganda derart hilflos -, daß sie sogar bei vielen Deutschen auf Resonanz stießen.

Die Folge in der Weimarer Republik war die unversöhnliche Konfrontation zwischen Linken und Rechten, zwischen "Novemberverbrechern" und "Kriegsverbrechern", zwischen erbitterten Stahlhelmen und "Soldaten sind Mörder-Skandierern", zwischen kosmopolitischen Überzeugungstätern, die sich lieber mit dem revolutionären Rußland oder den idealisierten westlichen Demokratien identifizierten, und den zunehmend aggressiven Nationalisten. Einen nationalen Konsens für ein Gefallenen-Gedenken gab es nicht.

Es war eine europäisch-abendländische Niederlage

Diesen nach innen und außen unerträglichen Zustand hätte man nur durch eine länderübergrei-

fende "Staatsklugheit" (Baschwitz) überwinden können. Der braune Zampano aber, der 1933 die Macht ergriff, führte die innere Befriedung dadurch herbei, daß er das Pazifisten-Lager kurzerhand mit Gewalt zum Schweigen brachte. Um die Position Deutschlands im internationalen Gefüge wirklich unangreifbar zu machen, ging er mit Kontrahenten und Kriegsgegnern in einer Weise um, die jenem Horrorbild entsprach, das die Alliierten im Ersten Weltkrieg fälschlich von den Deutschen gezeichnet hatten. 1945 erschien die Propaganda von damals als eine hellsichtige Prophezeiung und damit gerechtfertigt.

Entsprechend frißt die manische Vergangenheitsbewältigung, die zunächst dem NS-Jahrzwölft galt, sich immer tiefer in die deutsche Geschichte ein. Der Erste Weltkrieg ist heute in der kollektiven Erinnerung weitgehend in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs eingeschmolzen und gilt als zu Recht verloren. Bei den französischen Gedenkfeiern am 11. November 2009 übertrug Kanzlerin Merkel die deutschen Bußformeln, die dem Gedenken an die NS-Zeit vorbehalten sind, unbekümmert auf das Jahr 1918.

Aufmerksame Zeitgenossen bemerkten damals schon, daß die europäischen Gewinner des Krieges genauso in den Abgrund gezogen wurden wie die unterlegenen Mittelmächte. Besonders eindrücklich hat Oswald Spengler formuliert, daß die deutsche in Wahrheit eine europäisch-abendländische Niederlage war.

Indem die Nachbarländer Deutschlands sogar Hilfstruppen aus Afrika und Asien mobilisierten, um das Herzland des eigenen Kontinents zu erstürmen, hätten die europäischen Völker die Achtung der anderen verspielt und seien "von ihrem einstigen Rang herabgestiegen. Sie verhandeln heute, wo sie gestern befahlen, und werden morgen schmeicheln müssen, um verhandeln zu dürfen. Sie haben das Bewußtsein der Selbstverständlichkeit ihrer Macht verloren und merken es nicht einmal." Heute wird Wirklichkeit, was vor hundert Jahren als Flammenschrift an der Wand erschien.<<

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 28.07.1914 bis zum 11.11.1918)

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

<u>Kriegsparteien</u>	<u>Truppen- stärke 1914</u>	<u>Truppen- stärke 1918</u>	<u>Gefallene</u>	<u>Verwun- dete</u>	<u>Kriegsge- fangene</u>
Deutsches Reich	4.500.000	11.000.000	1.809.000	4.247.000	618.000
Österreich-Ungarn	3.000.000	7.800.000	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Osmanisches Reich	-	2.800.000	325.000	400.000	.
Bulgarien	-	1.200.000	.	.	.
Mittelmächte	7.500.000	22.800.000	3.334.000	8.267.000	2.818.000
Rußland	5.970.000	12.000.000	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Frankreich	4.020.000	7.900.000	1.280.000	2.813.000	446.000
Französische Kolonien	-	600.000	105.000	231.000	.
Großbritannien	980.000	6.704.000	705.000	1.395.000	192.000
Britisches Weltreich	-	2.296.000	242.000	727.000	.
Serbien	200.000	700.000	360.000	.	.
Italien	-	5.500.000	460.000	947.000	530.000
Rumänien	-	750.000	250.000	.	.
USA	-	1.400.000	115.000	206.000	5.000
Ententemächte	11.170.000	37.850.000	5.217.000	11.269.000	3.673.000
Gesamt	18.670.000	60.650.000	8.551.000	19.536.000	6.491.000

Deutsches Reich: Die provisorische Reichsregierung veröffentlicht am 11. November 1918 folgenden Erlaß (x243/20): >>Die Staatsbehörden und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet. ...<<

Österreich: Kaiser Karl I. geht am 11. November 1918 in die Schweiz ins Exil.

Der provisorische österreichische Staatsrat erklärt die Republik Österreich am 11. November 1918 zum Bestandteil der Deutschen Republik (x034/10).

Polen: Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgt am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).

Die Republik Polen

Der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 brachte für Polen große Gewinne an Land, Menschen und Wirtschaftskraft. Polen erhielt z.B. vom Deutschen Reich ca. 90 % der Provinz Posen und rd. 66 % der Provinz Westpreußen (x020/15). Polen bekam ferner Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen besaß große Kohlevorkommen), mußte der Tschechoslowakei aber einige Gebiete überlassen.

Im Oktober 1921 mußte die deutsche Reichsregierung, trotz der eindeutigen Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %), den Verlust der wertvollsten oberschlesischen Industriegebiete hinnehmen (der Schiedsspruch des Völkerbundes vom 20.10.1921 stellte zweifelsfrei einen Bruch des Versailler Friedensvertrages dar).

Der östlich Teil Westpreußens (Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen, mit dem

Regierungssitz Schneidemühl, und Teile der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder) blieb nach Volksabstimmung (Wahlergebnis von 1920 = 92,3 % bzw. 97,9 %) beim Deutschen Reich und wurde den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen zugeordnet.

Die preußische Provinz Ostpreußen wurde danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, durch den "Polnischen Korridor" (Küstenlänge = 137 km) vom Deutschen Reich abgeschnitten. Die bisherige westpreußische Hauptstadt Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil rd. 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.

Aufgrund der langen russisch-preußisch-österreichischen Besatzung (123-146 Jahre) herrschten in den polnischen Regionen sehr unterschiedliche wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensverhältnisse:

Ehemalige preußische Provinzen Westpreußen und Posen: Vorbildlich organisierte Landwirtschaft, dichtes Verkehrsnetz, zahlreiche kleine Industriebetriebe. Zentraler Mittelpunkt war Posen.

Ehemalige preußische Provinz Oberschlesien (der östlich Teil Oberschlesiens gehörte seit 1335 zum Deutschen Reich und zählte zu den ältesten Grenzlinien Europas): Zentraler Mittelpunkt war Kattowitz.

Ehemalige österreichische Provinz Galizien: Teilweise gut entwickelte Land- und Forstwirtschaft. Zentrale Mittelpunkte waren Krakau und Lemberg.

Ehemalige russische Provinz ("Kongreßpolen"): Rückständige Landwirtschaft, z.T. mangelhafte Verkehrswege. Zentrale Mittelpunkte waren Warschau und Lodz.

Minderheitenprobleme in Polen

In Polen mußten sich die Deutschen und andere nationale Minderheiten in den ehemaligen preußischen Provinzen spätestens ab 1923 entweder völlig unterordnen oder sie wurden vielfach gewaltsam gezwungen, ihre nicht selten uralten Heimatorte kurzfristig zu verlassen.

In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den Städten gelang es den Polen verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, der Angestellten und der Beamten zu brechen. Die meisten Deutschen konnten die systematischen Diskriminierungen nicht ertragen und wollten die unwürdigen Lebensumstände nicht hinnehmen.

Von 1919-1925 kehrten etwa 638.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück (x035/327). Die volksdeutschen Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen (465.500), Ostoberschlesien (90.000) und aus Kongreßpolen (82.500).

Werner Hilgemann (1921-2004) berichtet später im "Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918-68" über die Minderheitenprobleme in Polen (x024/38): >>Obwohl die polnische "Märzverfassung" von 1921 im Kapitel V den nationalen Minderheiten volle Gleichberechtigung und das Recht zur Pflege ihrer Nationalität, ihrer Sprache und Kultur zugestand, der Minderheitenschutzvertrag vom 28.6.1919 die deutsche und jüdische Bevölkerung schützen sollte und eine galizisch-ukrainische Autonomie am 26.9.1922 anerkannt worden war, kam es in Polen nicht zu einem Zusammenleben der Völker.

Ein unduldsamer polnischer Nationalismus verkannte ethnische und geographische Bedingungen und war bestrebt, Bedeutung und Einfluß der Minderheiten einzuschränken, indem er sie zu assimilieren bzw. polonisieren (Weißrussen, Ukrainer) oder zu verdrängen versuchte (Deutsche).<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Wiedererrichtung Polens (x051/447-448): >>Polen, östlicher Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit 388.390 km² und rund 32 Millionen Einwohnern (1930).

Das seit dem 18. Jahrhundert zwischen Preußen, Rußland und Österreich geteilte Polen entstand am 11.11.18 neu als Republik. Nach einer Phase der innen- ("Märzverfassung" vom 17.3.21) und außenpolitischen Konsolidierung führten wirtschaftliche Probleme nach politischer Destabilisierung schließlich zum Staatsstreich durch Pilsudski (12.5.26).

Eingeschlossen zwischen revisionistischen Mächten, blieb Polens Schicksal eng mit dem Deutschlands und der Sowjetunion und der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen verflochten. In enger Wechselbeziehung zu dieser Lage stand die Lösung politisch-ökonomischer Schwierigkeiten in dem durch den Krieg stark zerstörten und wirtschaftlich rückständigen Land:

1. Agrarreform u.a. als Waffe gegen den deutschen Großgrundbesitz in Westpolen;
2. Industrialisierung und Modernisierung im Schatten eines deutsch-polnischen Zollkrieges 1925-34;
3. Ausbau Gdingens als Konkurrenzhafen zum deutschen Freistaat Danzig;
4. restriktive Minderheiten- und Verdrängungspolitik besonders gegen die Deutschen (1921 rund 2,3 % der Bevölkerung).

Außenpolitisch erhob Polen Anspruch auf die Führungsrolle im "Dritten Europa" zwischen Ostsee und Adria (3.3.21 polnisch-rumänisches Bündnis), einem 1919 als Sperriegel gegen die Sowjetunion und Deutschland von Frankreich (19.2.21 polnisch-französisches Bündnis) aufgebauten "cordon sanitaire".

Die nach anfänglichen Präventivkriegsplänen Pilsudskis unerwartete Annäherung an Berlin (26.1.34 Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt), der Polnisch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag (25.7.32), das Vertrauen auf unüberbrückbare Differenzen zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus und auf eine zwar zahlenmäßig überlegene, aber militärisch-technisch und taktisch-strategisch unterlegene Armee verleiteten den polnischen Außenminister J. Beck (ab 1932 als "junger Mann" Pilsudskis) zu einer selbständigen Politik der Balance zwischen Ost und West. ...<<

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtet später (im Oktober 1989) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>Die Wunde gegenüber Polen

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...

I.

Der neue polnische Staat

1. Abgetrennte deutsche Gebiete

Polen war aus dem Ersten Weltkrieg als eigener Staat hervorgegangen. Seine Grenzen waren überall auf Kosten der Anrainer gezogen worden. Besonders schwer betroffen war das Deutsche Reich. Der Vertrag von Versailles gab Polen fast die gesamte Provinz Posen, ausgenommen einen schmalen Streifen im Westen, die Provinz Westpreußen, abgesehen von den rechts der Weichsel liegenden Kreisen, die Weichselniederung, die Kreise Flatow und Schlochau und Teile einiger Kreise in Ostpreußen und Niederschlesien. In einem Gebiet von ca. 43.000 km kamen beinahe drei Millionen Menschen an Polen, von denen etwa 1,1 Millionen Deutsche waren.

Danzig und ein kleines Territorium wurden zur Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erhoben, gleichzeitig aber Polen eine bevorzugte Stellung eingeräumt. In Südostpreußen, den vier westpreußischen Kreisen, die östlich der Weichsel lagen, und in Oberschlesien wurden Volksabstimmungen angesetzt. Polen hatte mithin in Versailles eine gewaltige Beute auf Kosten Deutschlands erhalten. Das Land war daher einer der heftigsten Verfechter des Versailler Vertrages und ein zuverlässiger Verbündeter der französischen Deutschlandpolitik.

2. Polnische Gewaltakte

Gegenüber Deutschland hatten die Polen mehrfach vollendete Tatsachen zu schaffen versucht und waren zu Gewaltunternehmen übergegangen. In Posen brach Ende Dezember 1918 ein

Aufstand aus, der die Polen an die Macht brachte. Im August 1919, im August 1920 und im Mai 1921 suchten polnische Aufständische Oberschlesien gewaltsam an Polen zu binden. In erbitterten Kämpfen wehrten deutsche Selbstschutzkräfte die Angriffe ab. Deutschland suchte die Weltöffentlichkeit über die brutale Haltung Polens zu unterrichten.

Vor allem trachtete die deutsche Regierung danach, den Heiligen Stuhl über die polnischen Gewalttaten in Oberschlesien aufzuklären und seine moralische Unterstützung bei der Abwehr der polnischen Übergriffe zu gewinnen. In diese Bemühungen war auch Kaas eingeschaltet. Im Jahre 1921 reiste er im Auftrag des deutschen Reichsaußenministers Friedrich Rosen (1856-1935) nach Rom, um Papst Benedikt XV. (1914-1922) über den deutschen Standpunkt bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien zu unterrichten. Spätestens seit dieser Zeit wandte Kaas dem deutschen Osten, vor allem Schlesien und den Deutschen in Polen, seine besondere Aufmerksamkeit zu.

3. Die Abstimmungen

Die Vorbereitungen zu den Volksabstimmungen arteten in regelrechte Kämpfe aus, bei denen begreiflicherweise der Klerus eine gewichtige Rolle spielte. Der Heilige Stuhl beobachtete das Geschehen durch den zunächst als Visitator, dann als Nuntius in Polen fungierenden Achille Rattill. Der Bischof von Breslau verbot am 21. November 1920 allen Geistlichen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet, sich politisch zu betätigen ohne Erlaubnis des Ortspfarrers. Den nicht in der Diözese Breslau inkardinierten Priestern untersagte er überhaupt jede politische Aktivität im Abstimmungsgebiet.

Er bewehrte seine Verbote mit der ipso facto eintretenden, dem Bischof zur Lossprechung vorbehaltenen Suspension. Der polnische Episkopat wandte sich gegen diesen Erlaß an den Papst, weil er angeblich die deutsche Seite begünstige. Der päpstliche Abstimmungskommissar Ogno Serra schwächte daraufhin in seinen Richtlinien vom 21. Dezember 1920 die Verordnung des Breslauer Bischofs dahin ab, daß er dem Klerus allgemein die politische Propaganda untersagte.

Die vom Versailler Frieden vorgesehenen Befragungen der Bevölkerung von Gebieten, die Polen für sich beanspruchte, fielen für Deutschland günstig aus. Die Abstimmung vom 11. Juli 1920 in Südostpreußen und Westpreußen erbrachte eine erdrückende Mehrheit für Deutschland. Die Abstimmung vom 20. März 1921 in Oberschlesien ergab knapp 60 % der Stimmen für Deutschland. In 664 Gemeinden gab es eine deutsche, in 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit.

Unzufrieden über dieses Ergebnis, entfachte Wojciech Korfanty (1873-1939) im Mai 1921 den dritten polnischen Aufstand. Freiwilligentruppen stellten in verlustreichen Kämpfen die Ordnung wieder her. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hätte Oberschlesien zur Gänze beim Deutschen Reich verbleiben müssen. Der Völkerbundsrat erstattete indes am 20. Oktober 1921 sein Gutachten über die ober-schlesische Frage, das auf die Teilung des Landes hinauslief.

Der Botschafterrat wies dementsprechend in seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1921 ein Viertel des Abstimmungsgebietes mit einer knappen Hälfte der Einwohner Polen zu. Dieser Beschluß war offenkundig ungerecht und parteiisch. Er beraubte Deutschland des wirtschaftlich wertvollsten Teils von Oberschlesien. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien verlief zickzackförmig und sprach jeder Vernunft hohn.

Die Animosität in Deutschland gegen Polen

1. Die Bestreitung des Existenzrechtes

Die unangemessene Aufblähung des neuen polnischen Staates auf Kosten des Deutschen Reiches und seine deutschfeindliche Politik riefen in Deutschland starke Erbitterung hervor. Rechtsstehende Kreise wollten sich mit der Existenz des polnischen Staates nicht abfinden. Als ihr Sprecher kann der General Hans von Seeckt gelten. Er bezeichnete am 20. Februar

1920 Polen als den "Todfeind Deutschlands, Geschöpf und Bundesgenosse Frankreichs, Räuber deutschen Bodens, Vernichter deutscher Kultur". Um dieses Land vor dem Bolschewismus zu retten, "darf sich keine deutsche Hand rühren, und will der Teufel Polen holen, wir sollten ihm helfen".

Mit der letzten Bemerkung spielte Seeckt auf die damals siegreich in Polen vordringende Rote Armee an. Sie wurde später mit französischer Hilfe zurückgeworfen. Seeckt aber blieb seiner Haltung treu. Er schrieb am 11. September 1922: "Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und es wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland - mit unserer Hilfe."

Seeckt glaubte nicht an eine lange Dauer des polnischen Staates. Er hielt ihn innerlich für wenig lebenskräftig, und er dachte daran, ihn durch deutsch-sowjetisches Zusammengehen zu beseitigen. Seeckts Auffassung war in Rechtskreisen weit verbreitet. Auch konfessionelle Motive wirkten bei dem Affront gegen Polen mit.

Für manche protestantische Kreise war Polen "ein konfessioneller Keil zwischen den beiden romfreien Ländern Rußland und Deutschland". Aber auch in der Zentrumspartei gab es unterschiedene Gegner Polens. Angeblich erklärte Josef Wirth am 24. Juli 1922: "Polen muß erledigt werden. Auf dieses Ziel ist meine Politik eingestellt."

2. Die Bejahung des Rechtes auf einen eigenen Staat

Kaas teilte diese Ansicht nicht. An dem Recht Polens, einen eigenen Staat zu bilden, hat er nie gerüttelt". Gewiß wollte er die Rechte der deutschen Minderheit in Polen gewahrt wissen. Aber "eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den polnischen Staat" lehnte er aus ethischen und praktischen Erwägungen ab. "Niemals haben wir daran gedacht, das Recht des polnischen Volkes auf eine eigene Staatlichkeit anzuzweifeln." Deutschland habe ja selbst an der Wiege des polnischen Staates gestanden".

Mit der letzteren Bemerkung spielte er auf die Vorgänge zur Gründung eines selbständigen Polens an, die ihm aus den Verhandlungen des zweiten Untersuchungsausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vertraut waren.

Die Mittelmächte hatten am 5. November 1916 das Königreich Polen ausgerufen und am 14. Januar 1917 in Warschau einen vorläufigen Staatsrat errichtet, der später durch einen Regenschaftsrat ersetzt worden war. Höchstwahrscheinlich kannte Kaas auch die harte Behandlung, die Preußen und Rußland ihren Untertanen polnischer Sprache jahrzehntelang hatten angedeihen lassen, und war der Ansicht, daß die Wiederherstellung Polens die verdiente Rehabilitation des geschundenen Volkes sei.

Die polnische Minderheitenpolitik

1. Der Versuch des Minderheitenschutzes

Polen war ein Nationalitätenstaat, der litauische, weißruthenische, ukrainische, tschechische, jüdische und deutsche Bevölkerungsanteile umfaßte. Eine im Jahre 1926 angestellte geheime Berechnung ergab, daß mehr als 35 % der Bevölkerung des Landes keine Polen waren". Um so dringender war der Schutz der kulturellen Eigenart, der wirtschaftlichen Existenz und der politischen Gleichberechtigung der Minderheiten.

Er sollte durch völkerrechtliche Vereinbarungen gewährleistet werden. Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen sicherte den völkischen Minderheiten in Polen unter der Garantie des Völkerbundes freie Ausübung ihres kulturellen Erbes und Chancengleichheit in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht zu.

Die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 gewährleistete den Deutschen in Oberschlesien die Errichtung von Minderheitsschulen und -klassen und regelte wirtschaftliche und Verkehrsfragen, die sich aus der willkürlichen Abtrennung Ostoberschlesiens an Polen ergaben. Zwei internationale Gremien, das "Schiedsgericht für Oberschlesien" und die "Gemischte Kommissi-

on", sollten über die Einhaltung der Bestimmungen wachen.

2. Polnische Übergriffe

Die beiden Abkommen wurden jedoch von den Polen in der Praxis fast überhaupt nicht beachtet. Die kleineren Volksgruppen wurden vielmehr von dem polnischen Staatsvolk brutal unterdrückt. Gegenüber den Deutschen bestand eine weitverbreitete Feindseligkeit, die sich häufig bis zum offenen Haß steigerte. Unterlegenheitsgefühle mischten sich in wunderlicher Weise mit Anmaßung und Großmannssucht. Der polnische Chauvinismus arbeitete rücksichtslos an der Beseitigung des Deutschtums.

Die Deutschen sollten entweder im Polentum aufgehen oder das Land verlassen". In der Tat wanderten aus Posen und Westpreußen von 1919 bis 1926 teils freiwillig, teils unter Druck etwa 600.000 Deutsche in das Deutsche Reich ab. Wer in Polen blieb und an seinem Deutschtum festhielt, hatte Nachteile bis zur Existenzvernichtung zu gewärtigen. Die deutsche Sprache und die deutsche Kultur wurden systematisch unterdrückt.

3. Deutsche Proteste

Die "Germania" beobachtete die beinahe unaufhörlichen polnischen Übergriffe peinlich genau. Auch Kaas verfolgte das Wüten des polnischen Chauvinismus mit Empörung und geißelte es in der Öffentlichkeit. Im Jahre 1926 kritisierte er die intransigente Politik Polens, vor allem "seine durch skandalöse Einzelheiten belegbare, bis in das Heiligtum der kirchlichen und religiösen Freiheit brutal hineingreifende Minderheitenpolitik" und "seine vertragswidrige Schulpolitik zu offenkundigem Nachteil der deutschen Minderheiten".

Damit spielte Kaas auf polnische Geistliche an, die in vielen deutschen Gemeinden keinen deutschen Gottesdienst und keinen deutschen Religionsunterricht duldeten, und auf die Behörden, welche die deutschen Schulen zu erdrosseln suchten. Die Rettung der polnischen Wirtschaft durch den Bergarbeiterstreik in England habe "vorläufig den wirtschaftlichen Zwang zur politischen Vernunft in Polen gemildert". Kaas schloß mit den Worten: "Keine deutsche Politik kann auf die Korrektur der deutsch-polnischen Grenzfragen verzichten."

Im Reichstag brandmarkte Kaas mehrfach das gegen Völker- und Menschenrecht verstößende Vorgehen Polens, aber auch Litauens gegen seine Minderheiten. Am 22. März 1927 sprach er von den Deutschen in Ostoberschlesien als einer "schwer bedrückten und durch eine gewalttätige Woiwodenpolitik in ihren natürlichen und vertragsmäßigen Rechten gehinderten ... Minderheit".

Am 23. Juni 1927 stellte Kaas im Namen der Regierungsparteien seine Befriedigung über "das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation (beim Völkerbund) zugunsten der in ihren statutarisch festgelegten Rechten verletzten Memeldeutschen" fest. Darin liege die Anerkennung des Reiches "als des naturgegebenen Anwalts für die Wahrung und Sicherung der Rechte seiner jenseits der deutschen Landesgrenzen wohnenden Volksgenossen".

Gegenüber Polen erschöpfte sich selbst die Geduld des so friedfertigen und versöhnlichen Kaas. Am 19. November 1928 stellte er fest, in der oberschlesischen Schulfrage versuche Polen immer mehr, "den deutschen Rechtsstandpunkt auszuhöhlen". Er empfahl dem Außenminister, bei künftigen Verhandlungen über die Minderheitsrechte der Deutschen in Polen "nicht mehr so kompromißwillig zu sein", wie er es früher gewesen sei.

"Ein weiteres Nachgeben auf diesem Gebiete würde eine Zerstörung, eine Kompromittierung deutschen Rechts und deutscher Zukunftsmöglichkeiten darstellen, das meine politischen Freunde und vor allem diejenigen, die diesen Verhältnissen besonders nahestehen, nicht verantworten können." Stresemann nahm diese Warnung von Kaas ernst. Auf der Tagung des Völkerbundsrates in Lugano im Dezember 1928 trat er wegen der Minderheitenfrage dem polnischen Außenminister scharf entgegen.

Kaas war auch erbittert über die Undankbarkeit der Polen. Auf dem Ostparteitag der Zentrumspartei in Breslau am 14. April 1929 erinnerte er bezüglich der Minderheitenpolitik dar-

an, wie sich gerade Männer des Zentrums in früherer Zeit teilweise heroisch für die Rechte der polnischen Minderheit eingesetzt hätten. Die Polen sollten jetzt ihrerseits die Rechte der deutschen Minderheit respektieren. In diesem Zusammenhang sprach Kaas die prophetischen Worte, "daß diese Minderheitenfrage der Angelpunkt des europäischen Friedens ist.

Entweder entschließen sich die durch den Krieg neu entstandenen Staaten dazu, großzügig zu sein gegen ihre Minderheiten, oder sie dürfen sich nicht wundern, wenn die so hervorgerufenen Explosivkräfte sich früher oder später gegen sie selbst wenden."

Die deutschen Delegierten beim Völkerbund und der deutsche Außenminister hätten die in den Genfer Abmachungen von 1922 festgelegten Rechte der deutschen Minderheit in Oberschlesien nicht rigoros geltend gemacht, sondern "mehr als einmal beachtliche Teile unseres geschriebenen Rechtes geopfert, um daran das Friedenskompromiß nicht scheitern zu lassen".

Wenn sich das deutsche Entgegenkommen nicht auszahlen sollte, dann müsse in Zukunft energisch gefordert werden, "daß der Buchstabe des Rechts erfüllt wird, weil wir dann die Hoffnung verloren haben, daß sein Geist noch respektiert wird".

In seiner großen programmatischen Rede "Nicht rückwärts - vorwärts!" bezeichnete Kaas als die dringlichsten Fragen der deutschen Außenpolitik die Reparationsregelung, die Abrüstungsfrage und den Schutz der nationalen Minderheiten. "Was bei den polnischen Wahlen unseren deutschen Minderheiten und anderen geschehen ist, ist ein Hohn auf die Kulturanschauungen des 20. Jahrhunderts."

Kaas war in seinen Äußerungen stets vorsichtig und überlegt. Wenn er gegenüber Polen so scharfe Wendungen gebrauchte, dann ergeben sich daraus die Ungeheuerlichkeit des polnischen Verhaltens ebenso wie sein eigenes leidenschaftliches Engagement in Sachen der deutschen Volksangehörigen in Polen.

IV.

Provozierende polnische Außenpolitik

1. Die Spannungen mit Deutschland

Die Außenpolitik des neuen polnischen Staates war von einem rücksichtslosen Nationalismus geprägt. Die weithin bestehende Unsicherheit gegenüber dem Deutschen Reich wurde durch provozierende Arroganz kompensiert. Von 1920 bis 1925 bestanden daher fortwährende Spannungen zwischen Deutschland und Polen. Aber auch nach 1925 besserten sich die Beziehungen der beiden Länder wenig. Kaas gab Polen die Hauptschuld an dieser Lage. Am 22. März 1927 sprach er von der "polnischen Intransigenz".

An Konfliktsherden zwischen Deutschland und Polen fehlte es nicht. Namentlich die Unklarheit der völkerrechtlichen Stellung Danzigs führte unaufhörlich Mißhelligkeiten herauf. Leonhard von Muralt nannte den Weichselkorridor und Danzig "das schwierigste, ja 'das' unlösbare Problem der Friedenspolitik. Frank Thiess sah in dem Status Danzigs und in der Existenz des "polnischen Korridors" "eine Wunde, die am Bluten gehalten wurde und, solange sie bestand, den Frieden gefährden mußte".

Polen betrieb gegenüber seinem westlichen Nachbarn eine Politik der Drohung und der Herausforderung. Es veranstaltete an den deutschen Grenzen Manöver, die der Einschüchterung und der Abschreckung dienen sollten, und erwog zeitweilig sogar einen Präventivkrieg. In den Jahren 1930 bis 1932 wurden in Polen immer wieder Erwägungen über militärische Operationen gegen das Deutsche Reich angestellt.

Die Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich blieben unter diesen Umständen während der gesamten Dauer der Weimarer Republik gespannt. Sie besserten sich nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht. Am 6. März und im April 1933 traf Polen erneut militärische Vorbereitungen. Hitlers Außenpolitik gegenüber Polen schlug einen anderen Weg ein, als man ihn in der Weimarer Republik gegangen war.

2. Die Bemühungen um Ausgleich

Kaas wollte den deutschen Rechtsstandpunkt gegenüber Polen gewahrt wissen, lehnte aber den Zustand eines permanenten Konfliktes ab. Er dachte in europäischen Zusammenhängen und fürchtete die Auswirkungen der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen auf Frankreich".

Er wußte, daß die öffentliche Meinung in Frankreich eine besondere Vorliebe für Polen hatte und heftig auf alles reagierte, was eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung der Würde und der Integrität seines östlichen Verbündeten war. Am 22. März 1927 sprach Kaas im Reichstag die polnische "Ausweisungspraxis" und die "Niederlassungsfrage" an. Den Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen eines ostoberschlesischen Ausweisungsfalles hielt er für eine überzogene Reaktion.

Zusammen mit der Bildung der neuen Regierung habe er "alle Geister des Mißtrauens im Ausland" geweckt. Er forderte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Einen "Handelskrieg mit Polen" lehnte er ab". Die Erwartung, Polen könne durch wirtschaftlichen Druck zur Grenzrevision veranlaßt werden, sei "eine Illusion".

Kaas ließ keinen Zweifel daran, daß seine Partei "an den grenzpolitischen grundsätzlichen Ansprüchen" gegenüber Polen, "an der Forderung der Korrektur des Unrechts, das in Oberschlesien, im Korridor und in Danzig geschehen ist", festhalte. Indes müsse zwischen dringlichen Gegenwartsfragen und zukünftigen Regelungen unterschieden werden.

Für jetzt seien friedliche Wirtschaftsbeziehungen und kulturelle Zusammenarbeit die beste Voraussetzung, um letztere zu erreichen. In der Behandlung der deutschen Minderheit müsse sich "nicht nur gesetzgeberisch, sondern auch in der bisher schikanösen Verwaltungspraxis" etwas ändern, wenn zwischen Polen und Deutschland ein gutnachbarliches Verhältnis hergestellt werden solle.

Diese emotionslosen Ausführungen von Kaas wiesen einen Weg, auf dem die ärgsten Spannungen ausgeräumt werden konnten. Man sollte miteinander verhandeln und wirtschaftliche Beziehungen pflegen; dadurch könne eine gewisse Annäherung erreicht werden. Die beiden Länder waren wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Der polnische Agrarexport nach Deutschland und der deutsche Industrieexport nach Polen vermochten sich in glücklicher Weise zu ergänzen.

Die Frage der Revision der deutschen Ostgrenze war zumindest im Augenblick unlösbar; sie war auch eine schwere Hypothek für die Zukunft. Daß Polen freiwillig einer Grenzkorrektur zugestimmt hätte, ist unwahrscheinlich. Auf dem Ostparteitag des Zentrums in Breslau am 14. April 1929 griff Kaas das Thema erneut auf.

Er wünschte von Polen "einen etwas verbindlicheren Verkehrston", als er bisher üblich gewesen sei. Er stehe "auf dem Boden der Bejahung des polnischen Rechts auf einen eigenen Staat". Aber die Wirtschaftsbeziehungen müßten sich bessern, denn so, wie sie jetzt seien, litten beide Nachbarn. "Wir wollen Wirtschaftsfrieden, aber nicht unter dem Preis des Lebens unserer Grenzlandwirtschaft."

Die versöhnlichen Worte, die Kaas an Polen richtete, wurden dort nicht honoriert. In der polnischen Presse schlug ihm vielmehr eine Welle von Beschimpfungen und Vorwürfen entgegen.

V.

Die Revision der deutschen Ostgrenze

1. Die Übereinstimmung der Regierungen und der Parteien der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik weigerte sich beharrlich, die deutsch-polnische Grenze als endgültig anzuerkennen. Die deutschen Regierungen sahen die in Versailles diktierte deutsche Ostgrenze für ebenso unannehmbar an wie den gesamten Friedensvertrag.

Walther Hubatsch hat richtig festgestellt, daß kein einziges Kabinett in der Zeit der Weimarer Republik die deutschen Ostgrenzen "hingenommen" hat, daß vielmehr "die revisionistische

Strömung gegen den Versailler Vertrag ... im Auslande auf keinem anderen Gebiet so stark gewesen (ist) wie auf dem der Grenzziehungen im Osten". Selbst der konziliante Stresemann hielt an der Revision der Ostgrenze als einer unbedingten Notwendigkeit fest.

Für ihn war die friedliche Grenzregulierung gegenüber Polen ein unverrückbares außenpolitisches Ziel. Auf der Locarno-Konferenz weigerte sich die deutsche Regierung, die ihr angebotene Garantie für die Ostgrenze abzugeben. Der Vertrag von Locarno gewährleistete daher die deutsch-polnische Grenze nicht. Die aus Angst, Haß und Erbitterung gemischte deutsch-feindliche Stimmung in Polen erklärt sich zum Teil von daher.

Die Haltung der deutschen Regierung war zum großen Teil von der Rücksicht auf die Einstellung im Volk bestimmt. Die meisten Deutschen ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung sahen die deutsch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Versailles geschaffen hatte, als unerträglich an. Die deutschen Parteien waren sich darin einig, daß die Ostgrenze revidiert werden müsse.

Es ist richtig festgestellt worden, daß es "in den außenpolitischen Fragen der Weimarer Republik wohl kein zweites Problem" gab, "worüber solche Einstimmigkeit aller Parteien im Reichstag herrschte". Die radikalen Parteien lehnten die Locarno-Verträge u.a. deswegen ab, weil sie ihrer Meinung nach die Revision der deutschen Ostgrenze ausschlossen. Bis zum Ende der Weimarer Republik wehrten sich Vertreter aller Parteien leidenschaftlich gegen ein "Ost-Locarno".

2. Die Stellung des Zentrums

Das Zentrum machte in der Frage der Revision der deutschen Ostgrenze keine Ausnahme. Seine Sprecher drückten sich in dieser Hinsicht eindeutig aus. Ulitzka sah in der deutsch-polnischen Grenze ein Provisorium, das bereinigt werden müsse". Ebenso bezeichnete Brüning am 24. Mai 1932 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags eine Garantie der polnischen Westgrenze als "für uns untragbar".

Kaas teilte diese Ansicht. Am 9. Mai 1927 erklärte er in Köln, eine "Locarnisierung der Ostgrenze" wäre "ein schreiendes Unrecht gegen die Existenz- und Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes". Die deutsch-polnische Grenze stelle "eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit" dar. Diesen Feststellungen setzte Kaas aber die Aufforderung bei, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu einer erträglichen Zusammenarbeit mit Polen zu kommen. Er forderte beiderseitiges christliches Entgegenkommen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu überwinden.

Die letzte Bemerkung zeigt, daß Kaas unter der Tatsache litt, daß zwei christliche Völker es nicht vermochten, zu einem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben zu finden. Allerdings spielte die dem Zentrum vergleichbare Partei der "Christlichen Demokratie" im politischen Leben der polnischen Republik keine große Rolle. Im übrigen wurde der Katholizismus dort zwar aus politischen Gründen betont; aber christliche Maximen wurden in der Praxis kaum beachtet.

Auf dem Ostparteitag der DZP in Breslau am 14. April 1929 sagte Kaas, die Grenzziehung im Osten sei "ein wirtschaftlicher Nonsens, ein Experiment mit explosiven Möglichkeiten". Nicht durch kriegerische Maßnahmen, sondern durch die Waffe des Rechts kämpfe Deutschland um eine Änderung dieses Zustands. An die "Möglichkeit einer naheliegenden Grenzkorrektur" glaube er nicht. Gewaltanwendung komme nicht in Frage.

Das waren mutige Worte. Denn sie stießen auf eine gerade im deutschen Osten besonders starke Animosität gegen Polen, die nicht selten mit dem Gedanken spielte, die verlorenen deutschen Gebiete durch Kampf zurückzuholen. Kaas appellierte gegenüber dieser leidenschaftlichen Ablehnung an die Vernunft und an das Recht.

Zwei Jahre später hob Kaas seinen Standpunkt erneut mutig hervor. Am 10. Februar 1931 sagte er im Reichstag in bezug auf den östlichen Nachbarn des Reiches: "Aber gegenüber der

Grenzen, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat in Versailles teilweise auch zum Schaden seiner eigenen wohlverstandenen Interessen gefunden hat, haben wir sachliche Bedenken, und wir müssen uns das Recht wahren, festzustellen, wo die Mindestgrenze deutschen Rechtsanspruches verläuft."

Diese Forderung brauche "nicht zu hindern, daß man auch schon in der Gegenwart versucht, zu einem nachbarlichen Verhältnis zu kommen und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine förderliche Weiterbehandlung der zwischen den beiden Staaten hängigen Dissonanzen überhaupt erst möglich wird". Man sieht, daß bei Kaas die Anmeldung des Revisionsanspruchs stets mit dem Appell, erträgliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, gekoppelt war.

Auch im Ausland machte Kaas kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß Deutschland im Osten verlorene Gebiete zurückerhalten müsse. Als französische Parlamentarier in Genf ihn nach dem Verhältnis Deutschlands zu Polen befragten, antwortete er, Deutschland bejahe zwar "die Existenz und Unabhängigkeit des polnischen Staates als eine europäische Notwendigkeit"; aber "die friedliche Revision" der polnischen Westgrenze sei "ebenfalls eine europäische Notwendigkeit".

Nach Kaas hätten die französischen Parlamentarier für diesen Standpunkt volles Verständnis gehabt. In der Tat gab es nicht wenige ausländische Stimmen, die den deutschen Revisionsanspruch als berechtigt anerkannten. Eine Erfüllung war ihm nicht beschieden. Als Hitler daran ging, das Problem der deutschen Ostgrenze gewaltsam zu lösen, stolperte er in den Zweiten Weltkrieg hinein. Als seine Folge verlor Deutschland mehr Gebiet im Osten, als es bei einer Revision der deutsch-polnischen Grenze hätte zurückgewinnen können. ...<<

12.11.1918

Deutsches Reich: Die provisorische deutsche Regierung (Vorsitz: Friedrich Ebert) verkündet am 12. November 1918 (x128/102-103): >>An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährleistet. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. ...
9. Die seit Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Forderungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar wird der 8stündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. ... Die Wohnungsnot wird durch die Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater, sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht aufgrund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20

Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht. ...<<

Österreich: Die provisorische österreichische Nationalversammlung nimmt am 12. November 1918 ein neues Verfassungsgesetz an.

Artikel I der vorläufigen österreichischen Verfassung lautet (x063/525): >>Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. ...<<

Spätere Volksabstimmungen ergeben überwältigende Mehrheiten für den Anschluß an das Deutsche Reich.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich (x051/25-26): >>Anschluß ... Der Anschlußgedanke reichte zurück bis in die Freiheitskriege (1813/15) und meinte die Vereinigung der deutschsprachigen Gebiete Österreichs mit Deutschland.

Ihr standen Partikularinteressen, Bismarcks kleindeutsche Politik und der Vielvölkercharakter der habsburgischen Monarchie lange entgegen. Erst nach deren Untergang im 1. Weltkrieg rückte ein Anschluß politisch in greifbare Nähe, gefördert noch durch wirtschaftliche Existenzsorgen des deutsch-österreichischen Rumpfstaates nach der Niederlage.

Die provisorische österreichische Nationalversammlung nahm am 12.11.18 ein Verfassungsgesetz an, das Deutsch-Österreich einschließlich des Sudetengebietes zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärte; am 12.3.19 einstimmig bestätigt.

Der Friedensvertrag von Saint-Germain aber untersagte selbst die Bezeichnung Deutsch-Österreich, machte eine Änderung der österreichischen Selbständigkeit von der Zustimmung des Völkerbundes abhängig und damit vorerst illusorisch; in der österreichischen Bundesverfassung vom 10.10.20 fehlte daher ein Anschlußpassus, und aus der Weimarer Verfassung mußte auf Druck der Alliierten am 22.9.19 der Artikel 61 gestrichen werden, der Österreich bis zum Anschluß (eine) beratende Stimme im Reichsrat gewährte.

Diese massive Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts trug nicht unwesentlich zur Diskreditierung der Friedensverträge bei und sicherte der Anschlußagitation weit über nationale Kreise hinaus Aufmerksamkeit. Wie wirksam sie war, zeigen die immer neuen, v.a. französischen Forderungen, Österreichs Selbständigkeit festzuschreiben: 1922 mußte Wien für 20 Jahre auf einen Anschluß verzichten, um eine Völkerbundsanleihe zu bekommen, 1931 wurde eine deutsch-österreichische Zollunion von den Großmächten torpediert, 1932 im Lausanner Protokoll eine Anleihe erneut vom Anschlußverzicht abhängig gemacht.

Das führte zu erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten, weil fast alle österreichischen Parteien im Programm auf den Anschluß festgelegt waren. Erst nach Hitlers Machtergreifung im Reich strichen Christlich-Soziale wie Sozialdemokraten entsprechende Forderungen; auch die katholische Kirche wandte sich vom Anschlußgedanken ab und förderte die österreichische Eigenstaatlichkeit. Das Feld der Anschlußpolitik blieb der Großdeutschen Volkspartei und den österreichischen Nationalsozialisten überlassen.

Und das in zweierlei Sinn: Auch Hitler nämlich stellte zunächst Anschlußforderungen aus taktisch-außenpolitischen Gründen zurück, da die Redlichkeit seiner Friedensbeteuerungen nicht zuletzt am politischen Verhältnis zu seinem Heimatland gemessen werden würde; die Presse erhielt Anweisung, das Wort "deutsch-österreichischer Anschluß" zu meiden (22.6.33). Das änderte allerdings nichts an dem schon in "Mein Kampf" gleich einleitend formulierten Ziel: "Deutsch-Österreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande", eine Kernforderung nicht nur im Rahmen der Revisionspolitik, sondern auch weltanschaulich: "Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich." ...<<

13.11.1918

Österreich: Die Sudetendeutschen erklären am 13. November 1918 den Anschluß an

Deutsch-Österreich (x184/19).

14.11.1918

Afrika: In Deutsch-Ostafrika schließen die letzten deutschen Truppen (Kommandeur: Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck, 1870-1964) am 14. November 1918 eine Waffenstillstandsvereinbarung.

Während der Kämpfe um die deutschen Kolonien (vom 7.11.1914 bis zum 14.11.1918) setzten die Briten und Japaner über 120.000 Soldaten gegen das zahlenmäßig schwache deutsche Ostafrika-Korps ein (nur 155 deutsche Soldaten und rund 4.200 ostafrikanische Soldaten). Die deutschen Truppen verteidigten sich jedoch äußerst geschickt. Bis zum Kriegsende konnten die überlegenen Angreifer das deutsche Ostafrika-Korps, daß von tapferen und treuen afrikanischen Hilfstruppen unterstützt wurde, nicht entscheidend besiegen (x041/67).

16.11.1918

Deutsches Reich: Die "Deutsche Bergwerkszeitung" berichtet am 16. November 1918 (x034/11): >>Die Totengräber des alten Reiches haben ihr Werk vollendet, aber die Erde, die sie bewegten, hat sie selbst mitbegraben. Die Drahtzieher Erzberger, Gothein, Gröber, Trimborn und wie sie alle heißen, ... sind verweht wie der Spreu in alle Winde. Ihre Exellenzherrlichkeit war von arg kurzer Dauer.<<

Ungarn: Am 16. November 1918 erfolgt die Gründung der Ungarischen Republik.

Die Republik Ungarn

Infolge der "Friedensbedingungen" von Trianon (04.06.1920) verlor Ungarn rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (einschließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn mußte die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.

Im Jahre 1920 lebten im restlichen Ungarn 7.980.143 Einwohner (x008/1E): 89,6 % Ungarn, 6,9 % Deutsche, 1,8 % Slowaken und 1,7 % Rumänen, Kroaten, Serben, Ukrainer sowie sonstige Völker.

1930 wohnten rd. 479.000 Ungarn-Deutsche in folgenden Siedlungsgebieten: Schwäbische Türkei (Komitate Baranya, Tolna und Somogy) = 171.000, Budapest und Umgebung = 146.000, Westungarn = 56.000, Banat und Batschka (Restgebiete) = 54.000, deutsche Siedlungen zwischen Bakonywald und Donau = 45.000 und andere Streusiedlungen = 7.000.

Konfessionsgliederung der Ungarn-Deutschen: 81,8 % römisch-katholisch, 15,7 % evangelisch-lutherisch, 2,1 % israelitisch und 0,2 % andere Konfessionen.

Nach dem Einfall der Rumänen, die von August bis November 1919 sogar die ungarische Hauptstadt Budapest besetzten, wurde Miklos von Horthy im Jahre 1920 zum "Reichsverweser" gewählt. In den Zwanziger Jahren setzten sich in Ungarn feudale und halbfeudale Gesellschaftsschichten (wie z.B. Adel und Großgrundbesitzer) und rechtsradikale Parteien durch. Danach wütete jahrelang der "Weiße Terror", der sich hauptsächlich gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden richtete.

Die einflußreiche nationalistische Pfeilkreuzler-Partei (Führung: Ferenc Szalasi) unterschied sich nur unwesentlich von der 1920 gegründeten NSDAP. Von Horthy sorgte jedoch dafür, daß die ungarischen Nationalisten nicht zu stark wurden. Der ungarische Reichsverweser ließ die radikalen Parteien mehrmals auflösen und ihre Führer inhaftieren.

Der ungarische Ministerpräsident und Kriegsminister Gyula Gömbös von Jákfa war später der erste ausländische Minister, der Hitler offiziell besuchte.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über das Deutschtum in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg (x008/3E-21E): >>... Siedlungsgebiete.

Ungarn in seinen Grenzen von 1937 - in der Literatur als Trianon-Ungarn, Rest- oder Rumpf-

ungarn bekannt - umfaßte nach der amtlichen Volkszählung von 1930 eine Bevölkerung von 8.688.319 Seelen.

Der am 4. Juni 1920 unterzeichnete Vertrag von Trianon hatte das alte Königreich Ungarn mit seinen Nebenländern Kroatien-Slawonien - die zusammengefaßt eine Bevölkerungszahl von 20.886.487 Menschen aufwiesen - durch radikale Gebietsbeschneidungen auf ein Kernland beschränkt, dessen Bewohner mit Ausnahme der kleinen deutschsprachigen Minderheit, die nur 6,9 %, und einiger slawischer Splittergruppen, die zusammen mit den wenigen Rumänen 3,5 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, Madjaren waren.

Bei der staatlichen Neuordnung des Südostraums sollten vor allem die Ansprüche der von den Siegermächten unterstützten Nachfolgestaaten befriedigt werden. Es wurden daher auch die zahlreichen Gebiete mit Mischbevölkerung, die sich durch die außerordentlich starke Verzahnung der einzelnen Nationalitäten ergaben, von Ungarn abgetrennt und damit das verkleinerte Rumpfungarn von Randstaaten mit madjarischen Minderheiten umgeben.

Rücksicht auf deutsches Volkstum, das in größeren und kleineren Sprachinseln einen erheblichen Prozentsatz der Bevölkerung des alten Königreichs Ungarn ausgemacht hatte, wurde dabei nur in einem Fall, der Aufrollung der Burgenlandfrage, genommen.

Ein Teil Westungarns fiel als neuer Verwaltungsbezirk Burgenland an Österreich; ein schmaler Streifen mit deutschen Mehrheitsgemeinden, vor allem die Hauptstadt der Landschaft, Ödenburg, verblieb bei Ungarn, da sich hier in einer erzwungenen und von den ungarischen Behörden vorbereiteten Abstimmung 65 % der Bevölkerung für das Verbleiben im alten Staat entschieden hatten.

Die übrigen Grenzziehungen beachteten deutsches Siedlungsgebiet nicht, und wenn z.B. die Siebenbürger Sachsen als geschlossene Gruppe dem rumänischen Staat zufielen, so verdankten sie dies nur der Tatsache, daß Siebenbürgen als rumänisches Siedlungsgebiet angesehen wurde.

In anderen Fällen liefen die neuen Grenzen mitten durch Gebiete mit deutscher Mehrheit. Landschaften, die als zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet angesehen werden mußten, wurden unter die Staatshoheit von zwei oder gar drei der neugeschaffenen Länder gestellt. Das Banater Deutschtum gehörte jetzt zu ungefähr zwei Dritteln zu Rumänien, der linke Uferstreifen der Theiß zu Jugoslawien und die nördlichen Ausläufer zu Ungarn.

Die reiche Batschka, ebenfalls deutsches Siedlungsgebiet, fiel in der Masse an Jugoslawien, die nördlichen Bezirke blieben bei Ungarn. Auch von der Schwäbischen Türkei, die Ungarn in der Mehrheit erhalten blieb, wurde das Gebiet im Winkel zwischen der Donau und dem Unterlauf der Drau - das Baranyadriek - abgetrennt und zu Jugoslawien geschlagen.

Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, wie weit die neuen Grenzziehungen etwa vom Standpunkt historischer Überlieferung, geographischer Zusammengehörigkeit oder des Nationalitätsprinzips als berechtigt erschienen und ob sich günstigere Lösungen hätten finden lassen.

Aus dem kurzen Überblick geht aber hervor, daß wie für die Madjaren, so auch für die "Schwaben" die Friedensschlüsse des ersten Weltkrieges eine staatliche Aufspaltung bedeuteten und daß Bezeichnungen wie "Banater Schwaben" oder "Batschka-Deutsche" nur als siedlungsgeographischer Begriff anzuwenden sind und die staatliche Aufteilung nicht berücksichtigen.

Da Ungarn durch die beiden Wiener Schiedssprüche von 1938 und 1940 sowie durch die Besetzung der Karpato-Ukraine im Frühjahr 1939 im Norden und Osten und 1941 nach der Besetzung Jugoslawiens auch im Süden weite Gebiete an sich ziehen konnte und da alle diese Annexionen mit dem Zusammenbruch 1944/45 wieder annulliert wurden, ist es notwendig, um Mißverständnisse zu vermeiden, in dieser Betrachtung vom Staatsgebiet Ungarns zu einem bestimmten Zeitpunkt als regionaler Einheit auszugehen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich, soweit es nicht ausdrücklich anders vermerkt wird, ausschließlich auf das Ungarn in seinem Umfang von 1920-1937, d.h. in den im Vertrag von Trianon festgelegten Grenzen. Ausdrücke wie Batschka oder Westungarn bezeichnen damit auch immer nur den bei Restungarn verbliebenen Teil dieser Landschaften.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die durch die Gebietserwerbungen zwischen 1938 und 1941 unter ungarische Herrschaft gekommenen deutschen Volksgruppen die politischen und militärischen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges ganz oder größtenteils innerhalb des ungarischen Staatsverbandes erlebten.

Das ungarländische Deutschtum bewohnte als Ganzes nicht einen in sich geschlossenen Siedlungsbereich, sondern verteilte sich über den ganzen Süden und Westen des Staates in nicht genau abgegrenzten, aber doch in sich zusammenhängenden Gebieten verschiedener Größe und Struktur.

Es ist auch geschichtlich gesehen nicht einheitlich, sondern entstammt im wesentlichen zwei Siedlungsphasen: während das Deutschtum an der Westgrenze Ungarns schon im Zuge der großen Südostbewegung des bayrisch-österreichischen Stammes diese Siedlungsgebiete erreicht hatte und damit auf das 12. und 13. Jahrhundert, in den Anfängen vielleicht sogar auf die Karolingerzeit zurückgeht, läßt sich die deutsche Bevölkerung im übrigen Ungarn geschichtlich auf die große "Impopulation" und wirtschaftliche Entwicklung Ungarns nach der Befreiung von den Türken zurückführen.

So sind die meisten deutschen Ansiedlungen im 18. Jahrhundert zwischen dem Frieden von Passarowitz (1718) und der Regierungszeit Josephs II. (1780-90) mit den Mitteln staatlich gelenkter, zum geringeren Teil grundherrschaftlicher Kolonisation entstanden.

Als größtes und geschlossenstes Siedlungsgebiet erstreckte sich in dem Winkel zwischen Donau und Drau, dicht an die Donau angelehnt und in einem Bogen um die Komitatstadt Fünfkirchen (Pécs) herum nach Norden und Westen auslaufend, die "Schwäbische Türkei", eine, wie der schon im 19. Jahrhundert gebräuchliche Name aussagt, durch ihren "schwäbischen" Charakter bestimmte Landschaft. Verwaltungstechnisch gesehen gehörte sie zu den Komitaten Baranya im Donau-Drau-Winkel, Tolna, das nördlich angrenzte, und Somogy, das das weite Tiefland im Westen bis zum Plattensee einschloß.

Ostwärts der Schwäbischen Türkei schloß sich am linken Donauufer das Komitat Bács-Bodrog mit der Restgruppe der bei Ungarn verbliebenen Batschkadeutschen an, die sich hauptsächlich in den beiden Bezirken Baja und Bácsalmás an der jugoslawischen Grenze sammelndrängten.

Noch weiter nach Osten, entlang der rumänischen Grenze, fanden sich in dem Komitat Csánád-Arad-Torontál eine Reihe von Gemeinden mit deutschsprachiger Bevölkerung, die dem Banater Deutschtum zugehörten; sie wirkten im ungarischen Staatsverband wie eine Splittergruppe, da die Staatsgrenzen sie von ihren Landsleuten im jugoslawischen und rumänischen Banat abschnitten.

Eine zweite große deutschsprachige Gruppe hatte sich um Budapest angesiedelt; besonders die westlichen Vororte der Landeshauptstadt - Großgemeinden mit einem wohlhabenden Bauerntum - beherbergten eine fast rein deutsche Bevölkerung. Das Deutschtum bildete hier eine Sprachinsel, die sich besonders vom Süden und Westen her eng um die ungarische Hauptstadt herumlegte; verwaltungsmäßig gehörte sie zum Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskún.

Im gleichen Komitat, das fast den gesamten Raum zwischen Donau und Theiß nördlich der Batschka einschloß, fanden sich noch einzelne deutsche Siedlungen, teils in rein madjarischer Umgebung wie Ceglédbercel oder donauaufwärts Harta, teils in unmittelbarer Nachbarschaft der Batschka, wie Hajos.

Von Budapest aus nach Norden in den Komitaten Nógrad, Hont und Esztergom (Gran) und nach Westen hin, im Schildgebirge und daran anschließend in dem nach Südwesten sich hin-

ziehenden Bakonywald bis an das nördliche Ufer des Plattensees in den Komitaten Komárom, Fejér (Weißenburg) und Veszprém, dehnte sich eine weite deutsche Streusiedlung aus.

Sie hatte wohl unmittelbaren Anschluß an das Budapester Deutschtum, unterschied sich aber dadurch von ihm, daß die einzelnen deutschen Gemeinden - häufig auch hier noch deutsche Mehrheitsgemeinden - keine geschlossene Sprachinsel mehr bildeten, sondern in größeren und kleineren Zusammenballungen weit über das Land verteilt und erheblich stärker als das Kerngebiet der "Schwäbischen Türkei" oder die westlichen Vororte Budapests mit madjarischen Siedlungsgruppen durchsetzt waren.

Deutlich abgesetzt von den deutschen Streusiedlungen nördlich des Plattensees zog sich entlang der ungarisch-österreichischen Grenze ein verhältnismäßig schmaler und häufig unterbrochener Streifen alten deutschen Siedlungsgebietes hin. Es war der Teil des westungarischen Deutschtums, der bei der Abtretung des Burgenlandes an Österreich im alten Staatsverband verblieben war.

Diese einzelnen größeren oder kleineren Splittergruppen konnten also, genau wie das Banater oder Batschka-Deutschtum, nicht eigentlich als Streudeutschtum bezeichnet werden, sondern sie stellten einzelne Ausläufer des bayrisch-österreichischen Siedlungsraumes dar, von dem sie durch die Grenzziehung von 1919/21 getrennt worden waren. Die stärkste dieser Gruppen bildete das Deutschtum in der Komitatstadt Ödenburg (Sopron) und ihrer näheren Umgebung, eines Gebietes, das wie eine Halbinsel nach Österreich hineinragt.

Nach Süden schlossen sich noch einige Orte mit größerem oder kleinerem deutschen Bevölkerungsanteil an, so vor allem die Städte Güns (Köszeg) und Steinamanger (Szombathely) und mehrere Dörfer im Bezirk Szentgotthárd (Sankt Gotthard an der Raab) des Komitats Vas. Zum westungarischen Deutschtum sind auch noch einige deutsche Mehrheitsgemeinden im sog. "Heideboden" zu rechnen, der im Norden an die Donau angrenzte und im Osten sich bis zu den Städten Wieselburg (Moson) und Ungarisch Altenburg (Magyaróvár) ausdehnte.

Das im übrigen Ungarn verstreute Deutschtum hatte keine regionalen Schwerpunkte.

Bevölkerungszahl.

Die Deutschen Ungarns bewohnten also einen weit ausgedehnten und nicht oder als Ganzes nur sehr locker zusammenhängenden Siedlungsraum. Dazu kommt, daß selbst die einzelnen Wohngebiete keine geschlossenen Einheiten bildeten, sondern oft mit Madjaren und kleinen slawischen Splittergruppen durchsetzt waren und daß nicht nur in der Streusiedlung, sondern auch in den deutschen Kerngebieten die sogenannte "Mehrheitsgemeinde" vorherrschte und in der Regel nicht die national homogene deutsche Gemeinde.

Das Zusammenwachsen zu einer einheitlichen deutschen Volksgruppe ist zweifellos durch diese landschaftliche Streuung, die das Ergebnis der Siedlungsgeschichte ist, erschwert worden.

Weit stärker als die regionale Aufteilung wirkte sich aber in dieser Richtung die jahrzehntelange intensive Madjarisierungspolitik aus. Sie höhlte den geschlossenen Kern der deutschsprachigen Minderheit aus und förderte die Bildung einer zahlenmäßig starken, wenn auch schwer zu erfassenden Zwischenschicht, die wohl ein schwaches Bewußtsein ihrer deutschen Abstammung behielt, auch noch Schwäbisch sprach, die sich aber nicht nur politisch wie auch kulturell zu Ungarn bekannte, sondern auf dem Wege war, volksmäßig im Madjarentum aufzugehen.

Bei der Ermittlung der Zahl des ungarländischen Deutschtums mußte man daher zu erheblich voneinander abweichenden Ergebnissen kommen, je nachdem, welcher Maßstab für die Bestimmung von Volkstum und Nationalität zugrunde gelegt wurde.

Nach der amtlichen ungarischen Volkszählung vom Jahre 1941 umfaßte Restungarn 490.449 Personen deutscher Muttersprache = 5,2 % der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Deutschsprachigen hatte sich allerdings in den letzten fünfzig Jahren trotz der natürlichen Zunahme

der Gesamtbevölkerungszahl kontinuierlich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt vermindert und war lediglich von 1930-41 annähernd konstant geblieben.

Die Verringerung war indessen nicht in einem echten Bevölkerungsrückgang - etwa bedingt durch Geburtenrückgang oder Auswanderung - sondern in einer Umschreibung in der Sprachenspalte der Zählungsbogen begründet. Es wurde bei den Volkszählungen nämlich nach der Muttersprache des Einzelnen gefragt, und zwar mit der erklärenden Definition, nach der Sprache, die der Befragte "als die Seinige einbekennt und am besten und am liebsten spricht".

Damit wurde der Begriff der Muttersprache mit dem der Umgangssprache identifiziert und Volksdeutsche, die aus noch zu schildernden Gründen vornehmlich Madjarisch sprachen, auch als "Madjaren" gezählt, eine Tatsache, die in wachsendem Maße ins Gewicht fiel.

Die Volkszählungsergebnisse zeigen, daß sich die Position des Deutschtums in den einzelnen Teilen des Siedlungsgebietes in verschiedenem Grade verschlechtert hat. So verringerte sich z.B. die Gesamtzahl der Mehrheitsgemeinden fast gleichmäßig, aber für die einzelnen Komitate ergaben sich doch erhebliche Unterschiede.

Während nämlich die Mehrheitsgemeinden in Komitaten mit relativ geschlossenem deutschen Siedlungsgebiet und mit größtenteils bäuerlicher Bevölkerung - also besonders in der Baranya, aber auch in Sopron (Ödenburg) und Tolna - erhalten blieben oder nur geringfügige Einbuße erlitten, wiesen die Komitate mit deutscher Streusiedlung - Veszprém, Esztergom (Gran) - oder mit städtischer Industriebevölkerung, wie das rund um Budapest gelagerte Pest-Pilis-Solt-Kiskún, ganz erhebliche Verluste auf.

Ebenso waren die Randbezirke der deutschen Siedlungsgebiete stärker dem madjarischen Druck ausgesetzt als die Ortschaften innerhalb der vom "schwäbischen" Volkstum bestimmten Landschaften.

Noch sichtbarer als in den ländlichen Gebieten wird die Bevölkerungsumschichtung in den Städten. Hier spielte neben der weit schnelleren und radikaleren Assimilierung auch die Unterwanderung durch die Madjaren eine wesentliche Rolle. Das wohl eindrucksvollste Beispiel für die madjarische Unterwanderung einer ursprünglich deutschen oder zum mindesten deutschbestimmten Stadt stellt Ödenburg (Sopron) dar, das noch im alten deutschen Siedlungsraum an der westungarischen Grenze lag.

Bis 1920 hielt sich dort die deutschsprechende Einwohnerschaft absolut in fast gleicher Stärke, im Verhältnis zur schnell anwachsenden madjarischen Bevölkerung sank ihr Anteil dagegen von 73,7 % im Jahre 1880 auf 48,0 % im Jahre 1920 ab.

Entscheidend für diese ins Auge fallende Verminderung der deutschen Stadtbevölkerung in Ungarn war aber im ganzen gesehen nicht so sehr die Unterwanderung als vielmehr der starke Sog des Madjarentums, der sich in der Stadt weit intensiver auswirkte als in den dörflichen Gemeinden und zu einer ständig weitergreifenden Assimilierung führte. In keiner ungarischen Stadt ist das deutschsprachige Element nach den Daten der einzelnen Volkszählungen trotz wachsender Bevölkerungszahl prozentual mitangestiegen.

In Budapest sank sogar die Zahl der Deutschen in zehn Jahren von 60.503 auf 38.460, in Raab von 1.389 auf 801. Da auf der anderen Seite das Verhältnis zwischen Madjarisch- und Deutschsprechenden in den Landgemeinden im großen gesehen konstanter blieb, inmitten dichter deutscher Siedlungsgebiete sich sogar eine für das Deutschtum günstige Tendenz zeigte, hielt sich der Verlust auf ganz Ungarn berechnet noch in mäßigen Grenzen. Immerhin betrug er in dem einen Jahrzehnt von 1920-1930 13,2 %, eine Zahl, die die Intensität des Madjarisierungsprozesses durchaus erkennen läßt.

Das Gefährliche war die Stetigkeit des Vorganges über Jahrzehnte hin; dabei brauchte es nicht zu großen Siegen und ausgesprochenen Augenblickserfolgen zu kommen, es sei denn, die Zählungsergebnisse wurden von den übereifrigen Zählern frisiert, um eine madjarische Mehrheit vorzutäuschen.

Derartige Unkorrektheiten bei der Durchführung der Befragung waren nicht selten und sie veranlaßten nicht-madjarische Kreise in Ungarn, schon für die Zählung von 1920 eine zusätzliche Auswertung der amtlichen Sprachkenntniserhebung durchzuführen. Von ihr wurden alle Ungarn erfaßt, die neben Madjarisch noch andere Sprachen - Deutsch, Kroatisch, Slowakisch, Serbisch - beherrschten und aus diesem Grunde dem entsprechenden Volkstum als ursprünglich zugehörig betrachtet wurden.

Im großen und ganzen war dieses Vorgehen bei den einzelnen slawischen Minderheiten gerechtfertigt, bei der deutschen allerdings nur mit Einschränkung, da auf Grund der früheren engen Verbindung mit Österreich nicht wenige echte Madjaren, besonders der höheren Schichten, auch Deutsch sprachen.

Außerdem gab ein großer Prozentsatz der 600.000 Juden in Ungarn Madjarisch und nicht das ihnen ebenso geläufige Deutsch als Muttersprache an. Bleiben die Ergebnisse der amtlichen Volkszählung auch weit hinter den wirklichen Verhältnissen zurück, so würde es daher doch entschieden zu hoch gegriffen sein, wenn man die durch die Sprachenkenntniserhebung gewonnene Zahl von 1.398.729 Deutschsprechenden (551.211 Deutschsprechende + 808.029 neben Madjarisch- auch Deutschsprechende) für das Deutschtum in Anspruch nehmen wollte. Eigene Erhebungen der deutschen Volksgruppe ergaben für 1930 eine Zahl von 648.546, Aufstellungen der Volksgruppenführung auf Grund der Volkszählung von 1941 nannten die Zahl von weit über 800.000 Deutschen in Ungarn.

Demgegenüber hielt die ungarische Regierung die amtlichen Zahlen für die deutsche Bevölkerung ihres Staates so niedrig wie nur möglich und schreckte dabei vor ungesetzlichen Manipulationen nicht zurück, wie aus den Beschwerden und Beanstandungen der Minderheiten, nicht nur der deutschen, hervorgeht. Andererseits ist aber auch nicht zu verkennen, daß ein zahlenmäßig nicht genau bestimmbarer Teil der deutschen Bevölkerung an der Zurechnung zum Deutschtum nicht interessiert war und die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit ablehnte, seitdem sich diese politisch zu organisieren begann.

Zu ihm gehörten einmal die deutschsprechenden Juden, darüber hinaus alle diejenigen, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Identifizierung mit der damaligen deutschen Volksgruppenpolitik zu vermeiden suchten. Bei der amtlichen Volkszählung 1941 bekannten sich 490.449 Personen zur deutschen Muttersprache, dagegen etwa 300.000 zur deutschen Nationalität.

Allerdings ist die Frage nach der "Nationalität", die 1941 zum ersten und einzigen Male gestellt wurde und neben dem objektiven Merkmal der Sprache das subjektive Bekenntnis zu ermitteln suchte, von einem großen Teil der Volksdeutschen offensichtlich nicht erfaßt worden, da besonders für den bäuerlichen Volksdeutschen die Begriffe Nationalität und Staatszugehörigkeit zusammenfielen und diese irrige Annahme noch von der madjarischen Propaganda bestärkt wurde.

Wägt man alle Faktoren gegeneinander ab, so kommt man zu dem Ergebnis, daß für die Jahre 1937-45 Schätzungen von 500.000 bis 600.000 Volksdeutschen in Ungarn eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sind. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß diese Schätzungen, ohne auf die subjektive Entscheidung des Einzelnen einzugehen, die Summe aller derjenigen erfassen, die ihrem Herkommen und ihrer Sprache nach, also nach objektiven Merkmalen, als Deutsche anzusprechen waren.

Soziale und konfessionelle Struktur des ungarländischen Deutschtums.

Im 18. Jahrhundert waren die deutschen Siedler zunächst durch die feudalen Grundherren und die Kirche, dann in späteren Jahren im Zuge der "Kameral-Kolonisierung" durch Maria Theresia und ihren Sohn Joseph II. als Bauern ins Land gerufen und zur Kultivierung der während der langen Türkenherrschaft verödeten und von Menschen entblößten Landstriche angesetzt worden. Sie sind diesem Beruf in den meisten Fällen treu geblieben; Klein- und Mittelbauern

bildeten die Mehrzahl der ungarländischen Deutschen.

Während das alte Königreich Ungarn in Siebenbürgen und der Batschka ein wohlhabendes deutsches Großbauerntum aufgewiesen hatte, gab es in Rumpfungarn nur in einzelnen Gebieten, wie z.B. in der Restbatschka, größere Bauernhöfe. In den dörflichen Siedlungen und Landstädten bildete sich daneben auch ein bäuerliches Handwerk, z.B. Tischler, Maurer, Schmiede, Schuhmacher. Deutsche Handwerker, beispielsweise Friseure, aber auch Kaufleute machten sich außerdem in den größeren Städten, in erster Linie in Budapest, seßhaft.

Weiter schuf die Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert Möglichkeiten, den ländlichen Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen; es war dabei besonders günstig, daß sich das Hauptindustriegebiet im Raume deutscher Siedlungen, z.B. der Großgemeinden mit erheblicher deutscher Mehrheit rund um Budapest, entwickelte.

So entstand ein volksdeutsches Arbeitertum. Im Gegensatz dazu war der Anteil der Deutschen am Großgrundbesitz, Großhandel und an der Großindustrie, am Beamtentum des höheren Dienstes bemerkenswert gering, er lag jedenfalls statistisch erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Die deutsche Bevölkerung scheint also nicht im gleichen Maße wie die madjarische an allen Schichten und Ständen beteiligt, sondern überwiegend auf die Schichten des Arbeiters und Bauern bis zum Handwerker und Kaufmann beschränkt gewesen zu sein.

Doch trügen die statistischen Angaben, aus denen dieser Eindruck zu gewinnen ist, in mancher Hinsicht. Das betrifft sicher nicht den Großgrundbesitz, der tatsächlich so gut wie ausschließlich im Besitz des ungarischen Adels war. In den übrigen gehobenen Ständen und Berufen jedoch war der Anteil des ungarländischen Deutschtums viel stärker als die Sprachenstatistik es erscheinen läßt; das gilt besonders für die Lehrberufe, für Kunst und Wissenschaft, für Klerus, Verwaltung und Politik.

Nur müssen alle deutschstämmigen Angehörigen dieser Intelligenzschicht in der Regel zu den Assimilierungswilligen gerechnet werden, d.h. sie gaben bei den Volkszählungen nicht Deutsch, sondern Madjarisch als Muttersprache an und wurden damit statistisch als Madjaren erfaßt. Wollte man also die soziale Struktur des ungarländischen Deutschtums in einer geometrischen Figur darstellen, so bestand diese in Wahrheit und im Gegensatz zu dem offiziellen statistischen Diagramm nicht in einer abgeschnittenen, sondern in einer vollen Pyramide.

Die Spitze dieser Pyramide erschien in dem Ergebnis der amtlichen Volkszählungen aber als madjarisch, da die Sprachenstatistik vornehmlich die gehobene oder sich emporarbeitende Schicht für das Madjarentum reklamierte. Das Madjarische galt schlechthin als die Sprache der Gebildeten, als die staatliche Hochsprache, deren Beherrschung für den sozialen Aufstieg unumgänglich notwendig war.

Jeder, der aus der unmittelbaren bäuerlichen Umgebung herauswuchs, übernahm es wie selbstverständlich als Umgangssprache, während der Gebrauch des "Schwäbischen" auf die familiäre oder engnachbarliche Sphäre beschränkt blieb, wenn man nicht überhaupt ganz darauf verzichtete.

Besonders in den Städten war die sprachliche Umstellung selbstverständlich, denn nicht nur alle Beamten, sondern auch die freien Berufe - Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Gewerbetreibende in nicht-deutscher Umgebung - vervollkommneten sich im eigenen Interesse in der Staatssprache und sahen darauf, daß auch ihren Kindern aus der mangelnden Beherrschung des Madjarischen kein Hindernis für eine künftige Berufswahl erwuchs.

Diese Schicht gab ganz bewußt Madjarisch als Umgangssprache an, nicht zuletzt, um damit zu dokumentieren, daß sie der bäuerlichen Herkunft entwachsen war. Ebenso brachte die Namensmadjarisierung den Einzelnen selten in Gewissenskonflikte, wenn auch hierbei Traditions- und Familiensinn oftmals hemmend gewirkt haben mögen.

Ein zweiter Grund für die fortlaufende Assimilierung des ungarländischen Deutschtums durch die Staatsnation lag darin, daß ihm die Voraussetzungen dafür fehlten, sich vom Madjarentum

als kulturelle oder religiöse Sondergruppe bewußt abzusetzen.

Ganz im Gegensatz zu den sich ihrer großen historischen Vergangenheit und ihres Volksgruppencharakters wohl bewußten Siebenbürger Sachsen, die mit dem Vertrag von Trianon der rumänischen Staatshoheit unterstellt wurden, bildeten die Schwaben in Restungarn tatsächlich nur eine sprachliche Gemeinschaft, deren Kulturgut sich auf Trachten, Volksbräuche und Volkslieder und eben die schwere bäuerliche Sprache beschränkte, die einem Vergleich mit dem Hochmadjarischen nicht standhielt.

Die eigene geschichtliche Überlieferung erwies sich gegenüber der Anziehungskraft des geschichtlich und kulturell selbstbewußten Madjarentums als nicht stark genug. Alte Bindungen politischer oder kultureller Art zum Deutschen Reich gab es so gut wie gar nicht.

Das Verhältnis zu Österreich, zu dem bis 1918 die keineswegs zu unterschätzende dynastische Verbindung des gemeinsamen Herrscherhauses bestanden hatte, litt anfangs unter den Nachwirkungen der Abstimmungskämpfe im Burgenland, später unter den außenpolitischen Rücksichten, die Wien auf Ungarn zu nehmen hatte und die ihm jede Beschützerrolle für das Deutschtum in Ungarn verboten.

Auch die Konfessionszugehörigkeit verband eher das ungarländische Deutschtum mit dem madjarischen Staatsvolk, als daß sie es von ihm trennte, da das katholische Element bei beiden ganz erheblich überwog. Es ergaben sich daher auf Grund der konfessionellen Gliederung im allgemeinen keine Differenzen, im Gegenteil, die alle nationalen Gruppen vereinigende Kirche konnte Spannungsmomente und Gegensätze der Nationalitäten ausgleichen.

Sicherlich vollzog sich dieser Ausgleich im wesentlichen zugunsten des Staatsvolkes, wenn auch die katholische Kirche in Ungarn keineswegs den Assimilierungsbestrebungen des Madjarentums bewußt Vorschub geleistet hat. Sie hat vielmehr durch Erhaltung von Konfessionsschulen, in denen grundsätzlich in der Muttersprache der Schüler unterrichtet wurde, wesentlich dazu beigetragen, daß das schwäbische Deutsch in den dörflichen Gemeinden nicht ausstarb.

Außerdem waren bekannte schwäbische Volkstumsführer wie Ladislaus Pintér oder auch der Jesuitenschüler Jakob Bleyer der Kirche eng verbunden. Aber als eine das ungarländische Deutschtum gegen die Madjarisierungstendenzen sammelnde und führende Kraft wie in anderen Ländern konnte die katholische Kirche, schon wegen ihrer engen Verbindung zum ungarischen Staat, nicht angesehen werden.

Gegen den Assimilierungsvorgang der aufstrebenden Schicht und der städtischen Bevölkerung hat sie kein Gegengewicht gebildet. Auf einem anderen Blatte steht es, daß sie sich Ende der dreißiger Jahre ganz betont gegen die nationalistische Überspitzung des Volkstumskampfes, wie sie unter dem Einfluß des reichsdeutschen Nationalsozialismus zustande kam, gewandt hat.

Madjarisierung und ungarische Schulpolitik.

Es liegt auf der Hand, daß die Assimilation von den Madjaren selbst bewußt gefördert wurde. Das Madjarentum, seines Wertes und seiner geschichtlichen Sendung bewußt, glaubte, den "Schwaben" zu sich emporzuheben, wenn er Madjare wurde, und es gewährte ihm bereitwillig alle Vorteile eines Gleichberechtigten, es forderte nur eins: die unbedingte Bereitschaft zur Assimilation.

Der Gebrauch der madjarischen Sprache, die Madjarisierung des Namens galten als natürliche und selbstverständliche Treuebeweise; sie beruhten theoretisch auf freiwilliger Entscheidung, wurden den Schwaben aber zur Erleichterung ihres sozialen und politischen Aufstiegs als unabweisbare Notwendigkeit nahegelegt. So konnte zum Beispiel der einfache Mann den erstrebenswerten Beruf eines Beamten der Staatsbahn oder der Post nur dann erreichen, wenn er einen madjarischen Namen trug.

Dasselbe galt für die Aufnahme in den Vitéz-Orden. Den Offizieren mit nichtmadjarischen

Namen wurde 1930 vom damaligen Verteidigungsminister Gömbös die Namensänderung nahegelegt. Im öffentlichen Leben, in allen Berufszweigen, besonders in den Intelligenzberufen und in der Wirtschaft, überall war ein Aufsteigen sehr viel leichter, wenn der Minderheitenangehörige schon durch seinen madjarischen Namen beweisen konnte, daß er zu den "Treuen" gehörte.

Nicht eigentlich die Gesetzgebung, sondern eher die administrative Praxis der ungarischen Behörden war es also, die den Rückgang der deutschen Minderheit herbeigeführt hat.

Etwas anders liegen die Dinge auf dem Gebiete der Schulpolitik, die es verstanden hat, die Zahl der deutschsprachigen Schulen im Laufe von fünfzig Jahren auf ein Minimum einzuschränken. Ihre radikale Verminderung, die dann in den zwanziger Jahren zum Halten gebracht und von einer allerdings recht langsam anlaufenden Vermehrung abgelöst wurde, ist zum großen Teil, wenn auch nicht ausschließlich, aus den gesetzgeberischen Maßnahmen zu erklären, wie sie nach dem "Ausgleich" von 1867 einsetzten.

Das Schulgesetz von 1879, das Madjarisch als Pflichtfach in allen Schulen einführte, und dann besonders die scharfe Lex Apponyi von 1907, die neben anderen einschränkenden Verfügungen das Beherrschen des Madjarischen in Wort und Schrift als Unterrichtsziel des 4. Schuljahres forderte, ließen der deutschsprachigen Schule kaum noch Raum. Gab es 1869 im Königreich Ungarn noch 1.232 deutschsprachige (und 957 gemischtsprachige) Schulen, so verminderte sich der Bestand bis 1880 auf 867 (und 919) und bis 1913 auf 447 deutschsprachige Schulen, von denen der weitaus größte Teil in Siebenbürgen lag; Rumpfungarn wies 1920 noch 14 deutschsprachige Schulen auf.

Eine Madjarisierung der Schulsprache in diesem Ausmaße war allerdings nur bei den "Schwaben" Rumpfungarns möglich, nicht bei den anderen fremdsprachigen Bevölkerungsgruppen und auch nicht bei den Siebenbürger Sachsen, da hier besondere Umstände vorlagen. Das Nationalitätengesetz von 1868 gab der griechisch-katholischen Kirche, der ein Teil der Rumänen, und der griechisch-orthodoxen Kirche, der Rumänen und Serben angehörten, die Autonomie, ebenso der evangelischen Landeskirche der Siebenbürger Sachsen.

Damit hatten diese Volksgruppen in ihrer Kirche einen sehr fühlbaren Rückhalt und verloren nur einen geringen Teil ihrer eigensprachigen Schulen. Das übrige ungarische Deutschtum genoß keinen solchen Schutz, darin trat auch nach 1918 keine Besserung ein.

Der Passus zum Schutz der Minderheiten im Vertrag von Trianon, ebenso wie das theoretisch immer noch gültige Nationalitätengesetz von 1868 garantierten wohl allen anderssprachigen Untertanen ihre individuellen Rechte auf den Gebrauch ihrer Muttersprache, auf ihr religiöses Bekenntnis, auf volle Gleichberechtigung, und die madjarische Literatur hat nicht versäumt, immer wieder auf diese Tatsache hinzuweisen; dessen ungeachtet aber trat gegenüber der Vorweltkriegszeit keine Änderung ein.

Die madjarische Schulpolitik erreichte es vielmehr, daß um 1940 nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der ungarischen Schwaben die deutsche Schriftsprache beherrschte. Der Volksdeutsche in Ungarn konnte, obgleich Deutsch seine Umgangssprache war, sich schriftlich in dieser Sprache meist nur in einer Art phonetischer Umschrift seines Heimatdialektes, der mit einer Fülle von Hungarismen durchsetzt war, ausdrücken.

Die politische Struktur des ungarländischen Deutschtums.

Das Deutschtum Rumpfungarns hat sich bis in die neueste Zeit hinein, d.h. bis in die Tage kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, niemals um eine Sonderstellung als Gruppe oder gar um volle Autonomie in irgendeiner Form bemüht. Es wurden wohl deutschstämmige Abgeordnete, unter ihnen hier und dort auch einmal ein schwäbischer Bauer in das ungarische Parlament gewählt, aber nicht als Vertreter des Deutschtums, sondern als Angehörige einer allgemeinen ungarischen Partei, meist der Regierungspartei.

Es kam ebenso vor, daß einer dieser Abgeordneten oder ein Kommunalpolitiker deutscher

Herkunft sich dafür verwandte, die in der Verfassung garantierte staatsbürgerliche Gleichberechtigung seiner deutschen Wähler zu sichern, aber darüber hinaus gingen die Bemühungen nicht - ein Ausdruck der Staatsloyalität des ungarländischen Deutschtums.

Sicher spielte auch die Tatsache mit, daß diesem eine ausreichende Intelligenzschicht fehlte, trotz einiger Versuche, schon vor dem Ersten Weltkrieg eine solche zu schaffen. Die Abtrennung der politisch und kulturell aktiveren deutschen Volksgruppen von Ungarn, wie sie durch die Grenzziehungen von 1919 vorgenommen wurde, hat diese Ansätze wieder unterbrochen.

So fand sich das Deutschtum in Trianon-Ungarn nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im neuen madjarischen Nationalstaat ohne politische Tradition und Führungsschicht und sah sich dem Druck des madjarischen Nationalismus ausgesetzt, der durch den für Ungarn unglücklichen Weltkriegsausgang und die großen Gebietsverluste sich gegenüber früher noch erhitzt hatte.

Das vorhandene landsmannschaftliche oder stammhafte Gefühl, zum "Schwabentum" zu gehören, reichte nicht aus für ein eigenes politisches Programm, wie es schon die Siebenbürger Sachsen vorweisen konnten. Jakob Bleyer, die zweifellos bedeutendste Persönlichkeit des ungarländischen Deutschtums seit dem Ersten Weltkrieg, erkannte am schärfsten diesen Mangel und suchte in den 20er Jahren das ungarländische Deutschtum durch bewußte Volkstums- und Kulturpflege geistig zu sammeln und seine im Vertrag von Trianon garantierten Minderheitsrechte vor allem im Schulwesen zu verteidigen.

Der auf seine Initiative 1923 gegründete "Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein" (UDV) setzte sich zum Ziel, durch Bildung von Ortsgruppen in deutschsprachigen Gemeinden, durch Errichtung von Bibliotheken, Veranstaltung von Volks- und Trachtenfesten, Musik- und anderen kulturellen Wettbewerben, Herausgabe von deutschem heimatgebundenen Schrifttum das kulturelle Zusammengehörigkeitsgefühl der ungarländischen Deutschen zu stärken.

Der Wirkungsbereich des Volksbildungsvereins darf allerdings nicht überschätzt werden, so sehr er für die reine Volkstumspflege Gutes stiftete und von ihm auch mittelbar Anregungen ausgingen. Die passive Resistenz, vor allem der oft stark nationalistischen örtlichen Behörden, setzte seinem Bestreben, an die gesamte deutschsprachige Bevölkerung heranzukommen, Grenzen.

So blieb der Kreis der Anhänger und Mitglieder des "Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins" Jakob Bleyers immer begrenzt; in der Zeit seiner größten Entfaltung zwischen 1938-40 wird seine Mitgliederzahl nicht über 15 000 hinausgegangen sein.

Hier trat geradezu eine Tragik in den Bemühungen Bleyers zutage, denn seine deutsche Volkstumspolitik wollte gerade nicht an der Zugehörigkeit des ungarländischen Deutschtums zu Ungarn, ja zur ungarländischen Staatsnation rütteln: "Das Deutschtum in Ungarn", schrieb er in einem über die Grenzen Ungarns hinaus bekanntgewordenen Aufsatz, "ging von jeher gerne auf die historische und juristische Terminologie des Ungarntums ein und so bekannte es sich in der Vergangenheit und bekennt sich auch in der Gegenwart ohne Umstände zur einheitlichen, politischen, ungarischen Nation.

Hier schwingen gerade bei dem Deutschtum hohe Gefühle und inhaltsschwere Erlebnisse mit: Die Erinnerung an eine vielhundertjährige, gemeinsame Vergangenheit, die Liebe zur schweißgedüngten Heimat, die Treue zum gemeinsamen blutgetränkten Vaterland, die innige Verwachsenheit nicht nur mit der deutschen Volkskultur, sondern auch mit der so vielfach deutsch beeinflussten ungarischen Staatskultur, wie diese sich im politischen, staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben seit ungezählten Generationen herausgebildet hat.

All dies läßt den Deutschen aus Ungarn überall in der Welt sich Ungar oder doch Deutsch-Ungar nennen. Jedenfalls war es unter den Deutschen Ungarns nie Brauch, sich zur "deut-

schen Nation" zu bekennen und täten sie es, so kämen sie nicht nur mit dem Wortlaut der ungarischen Gesetze in Widerspruch, sondern würden auch bei dem Ungarntum durch Verneinung seiner eingewurzeltesten Ideen Mißtrauen, ja offenes Ärgernis hervorrufen. ...

Bei aller Zugehörigkeit zur "ungarischen Nation" sind wir natürlich - dieses "natürlich" im ursprünglichsten Sinne verstanden - gleichgeartete und gleichwertige Mitglieder des "deutschen Volkes". Es wäre niedrige Heuchelei und käme der Selbstverachtung gleich, wenn wir uns zu dieser unabänderlichen und unbestreitbaren Tatsache nicht frank und frei bekennen würden." Bleyer, der die deutsche "Nationalität" innerhalb der ungarischen Nation zusammenführen wollte, glaubte, damit ebenso der Erfüllung des ungarischen Staatsgedankens wie der Pflicht gegenüber dem gottgewollten Volkstum dienen zu können.

Mit Nachdruck trat er für einen Volksgedanken ein, der sich an objektiven Merkmalen, vor allem an der Muttersprache orientierte. Im Bereiche des Volkstums nahm er Gegebenheiten an, "die durch kein Bekenntnis und durch keine Absage verschwinden gemacht werden können".

Mit diesem Programm, das sich vor leeren Verallgemeinerungen hüten und die besonderen geschichtlichen Verhältnisse Ungarns zum Richtmaß nehmen wollte, ist Bleyer im wesentlichen gescheitert. Gescheitert einmal an den Schwierigkeiten, für seine Volkstumsidee in ihrem Verhältnis zu Staat und ungarischer Nation die Bereitschaft unter seinen Landsleuten zu wecken, gescheitert aber mehr noch an den Gegenkräften des madjarischen Nationalismus, der selbst die Minderheits-Nationalität im Sinne Bleyers ablehnte.

So hatte Jakob Bleyer selbst gegen Ende seines Lebens, noch vor dem nationalsozialistischen Umbruch in Deutschland, das Vertrauen an die Möglichkeit aufgegeben, "daß Ungarn von sich heraus die deutsche Frage lösen soll und lösen wird. Ich baute zu sehr auf das Recht und die Gerechtigkeit, auf die Einsicht und auf die nüchterne Erfassung der eigenen Interessen. In diesem Sinne und diesem Glauben habe ich viele Jahre lang gekämpft und gearbeitet.

Diesen Glauben habe ich vollständig verloren. Ungarn wird nie die deutsche Frage lösen, nämlich nicht aus sich selbst heraus. Die Madjarisierung war nie so rücksichtslos, so zielbewußt und so durchgreifend wie heute. Das ist eine Tatsache, über die gar nicht diskutiert werden kann." ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Verhältnisse in Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg (x051/592): >>Ungarn, Staat in Südosteuropa mit 93.073 km² und rund 8,7 Millionen Einwohnern (1930). Nach republikanischen Anfängen (16.11.18) und kommunistischer Räterepublik unter Béla Kun (22.3.-1.8.19) etablierte Horthy als "Reichsverweser" ein Königreich Ungarn bei Thronvakanz.

Drei Themen bestimmten nach dem Frieden von Trianon (4. 6.20) Ungarns Politik:

Revision des Friedensvertrages (2.11.38: 1. Wiener Schiedsspruch, 14.3.39: Besetzung der Karpato-Ukraine, 30.8.40: 2. Wiener Schiedsspruch, April 41: Wiedereingliederung jugoslawischer Gebiete),

Restauration der Habsburger Monarchie (1921 vergebliche Versuche einer Rückkehr Kaiser Karls), schwere soziale Spannungen (dominierender feudaler Großgrundbesitz, Landhunger der Kleinbauern, Aufstieg eines rechtsradikalen, antisemitischen "neuen Mittelstands").

Während die liberalkonservative Gruppierung um den Grafen Bethlen (Ministerpräsident 4.4.22-19.8.31) für außenpolitische Selbständigkeit, einen maßvollen Revisionismus und innere Konsolidierung eintrat, suchten die Exponenten des mittelständischen Antisemitismus und eines radikalen Irredentismus gegen die Kleine Entente um Gömbös (Ministerpräsident 30.9.32-6.10.36) ideologisch und außenpolitisch sowie aus Gründen einer immer stärkeren Abhängigkeit vom deutschen Markt enge Anlehnung an Faschismus und Nationalsozialismus; Entstehung einer von Berlin unterstützten nationalsozialistischen Pfeilkreuzler-Partei unter Szálasi. ...<<

18.11.1918

Letland: Nach dem Sieg der deutsch-lettischen Landwehren gegen die Bolschewisten gründet man am 18. November 1918 die Republik Lettland (Hauptstadt = Riga).

Lettland wird aus den russischen Provinzen Kurland und Südlivland gebildet. Im Jahre 1935 beträgt die Bevölkerung rd. 1.939.000 Einwohner (75,0 % Letten, 13 % Russen, 5 % Juden, 4 % Deutsche, 3 % Polen). Konfession: Überwiegend Protestanten (x019/138).

Bekannte Städte sind z.B.: Riga, Rositten, Windau, Paulshafen, Libau, Dünaburg.

Polen: Ein Dekret der polnischen Regierung vom 18. November 1918 für die Wahl des polnischen Parlaments umfaßt bereits Teile Ostpreußens (Masuren und Ermland) Westpreußen, Posen und Oberschlesien (x070/147).

18.11.1918

Rumänien: Die rumänische Nationalversammlung vereinbart in Karlsburg (Alba Julia) am 18. November 1918 die sog. Karlsburger Beschlüsse.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Karlsburger Beschlüsse (x007/123E-124E): >>... Die Karlsburger Beschlüsse.

Die Beschlüsse der rumänischen Nationalversammlung in Karlsburg (Alba Julia) vom 18. November 1918.

I. Die Nationalversammlung aller Rumänen aus Siebenbürgen, dem Banat und Ungarn, die durch ihre beglaubigten Vertreter am 18. November (1. Dezember) 1918 in Karlsburg versammelt sind, beschließen die Vereinigung dieser Rumänen und aller von ihnen bewohnten Gebiete mit Rumänien. Die Nationalversammlung verkündet insbesondere das unveräußerliche Recht der rumänischen Nation auf den ganzen Banat, eingeschlossen von den Flüssen Maros, Theiß und Donau.

II. Die Nationalversammlung behält allen oben genannten Gebieten die provisorische Autonomie bis zum Zusammentritt der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Konstituanten vor.

III. Im Zusammenhang mit dieser als dem Grundprinzip für die Gestaltung des neuen rumänischen Staates verkündet die Nationalversammlung das folgende:

1. Die volle nationale Freiheit für alle mitbewohnenden Völker. Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Personen aus seiner Mitte erhalten, und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung im Verhältnis der Zahl seiner Volkangehörigen haben.

2. Gleichberechtigung und volle autonome konfessionelle Freiheit für alle Konfessionen im Staate.

3. Volle Verwirklichung eines rein demokratischen Regimes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Allgemeines, gleiches, geheimes, gemeindeweises Proportionalwahlrecht für beide Geschlechter im Alter von 25 Jahren für die Vertretung in Gemeinde, Bezirk oder Parlament.

4. Vollständige Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit volle Gedankenfreiheit.

5. Durchgreifende Agrarreform. Aufstellung eines Katasters über den gesamten Grundbesitz und insbesondere über die großen Landgüter. Es soll auf der Grundlage dieser Kataster durch Auflösung der Majoratsgüter und das Recht, die großen soweit notwendig zu verkleinern, den Bauern ermöglicht werden, wenigstens so viel Land (Ackerland, Weide und Wald) zu erwerben, wie sie mit ihren Familienangehörigen bearbeiten können. Das leitende Prinzip dieser Agrarpolitik ist das des sozialen Ausgleichs bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion.

6. Sicherstellung derselben Rechte und Vorteile für die Industriearbeiter, wie sie durch die Gesetzgebungen in den meisten fortschrittlichen Staaten des Westens gewährleistet wird.

IV. Die Nationalversammlung gibt ihrem Wunsche Ausdruck, der Friedenskongreß möge die Gemeinschaft der freien Nationen in solcher Weise zustande bringen, daß das Recht und die

Freiheit für alle Nationen, groß und klein, in gleicher Weise gesichert sei und daß in Zukunft der Krieg als Mittel für die Regelung der internationalen Beziehungen ausgeschaltet sei.

V. Die in der Nationalversammlung versammelten Rumänen begrüßen ihre Brüder aus der Bukowina, die von dem Joch Österreich-Ungarns befreit und mit dem Mutterland Rumänien vereinigt worden sind.

VIII. Für die weitere Führung der Angelegenheiten der rumänischen Nation aus Siebenbürgen, dem Banat und Ungarn beschließt die Nationalversammlung die Einsetzung eines großen rumänischen Nationalrates, der die volle Berechtigung haben wird, die rumänische Nation wann immer und überall allen Nationen der Welt gegenüber zu vertreten und alle Verfügungen zu treffen, die er im Interesse der Nation für notwendig halten wird.<<

25.11.1918

Deutsches Reich: Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, erklärt am 25. November 1918 auf der Reichskonferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin (x243/20): >>Wir (die sechs Volksbeauftragten) mußten, nachdem wir die politische Macht in die Hand genommen hatten, dafür Sorge tragen, daß diese Maschine weiterläuft, um unsere Ernährung und Wirtschaft aufrecht erhalten zu können. ... Dazu brauchen wir die erfahrene Mitarbeit der Fachleute. ...<<

26.11.1918

Deutsches Reich: Hugo Haase (Vorsitzender der USPD und neben Friedrich Ebert Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) schreibt am 26. November 1918 in einem Brief an seinen Sohn (x149/34): >>Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Notwendigkeit der überstürzten Demobilisierung, das Detail der Ernährungspolitik erheischen mehr als sonst die Aufrechterhaltung des eingearbeiteten Verwaltungsapparats.

Die alten Beamten, die sich mit der Revolution abgefunden haben, ... sind im Innern radikalen Neuerungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet nicht geneigt, als bloße Techniker sind sie dennoch nicht zu entbehren.

Die Scheidemänner haben aber Bürgerliche auch in wichtigen politischen Stellungen gelassen. ... Ich würde allein mit meinen Freunden die Regierung ergriffen haben, wenn nicht die Soldaten fast einmütig darauf bestanden, daß wir mit Ebert die Gewalt teilen sollten, und wenn nicht ohne Ebert ein erheblicher Teil der bürgerlichen Fachmänner Sabotage treiben würde.

So müssen wir manches in Kauf nehmen, was uns ... (gegen den Strich) geht. Der revolutionäre Elan wird stark gedämpft. ...<<

28.11.1918

Niederlande: Kaiser Wilhelm II. dankt im holländischen Exil am 28. November 1918 ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautet wie folgt (x979/...): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. (x1.035/...): >>Friede oder Hohenzollern?

Deutschland im Herbst 1918

Die Ereignisse, die im Herbst 1918 zum Thronverzicht und schließlich zur Abdankung von Kaiser Wilhelm II. führten, sind in der geschichtspolitischen Propaganda der letzten 100 Jahre zu einem Prozeß umgedeutet worden, der etwas längst Überfälliges vollzogen hätte.

Da der Kaiser und das kaiserliche Deutschland im Versailler Vertrag als Alleinschuldige am Ersten Weltkrieg benannt wurden, konnte es keinen anderen Weg geben. Das Kaiserreich habe sich als historischer Irrweg erwiesen, den die Deutschen im November 1918 endlich verlassen hatten.

Dabei tritt in den Hintergrund, daß das Kaiserreich am Vorabend des Weltkrieges glänzend dastand, und daß es auch am Ende des Weltkriegs - anders als in Rußland - kaum ernsthafte Bestrebungen gab, den Kaiser zu beseitigen, wenn Deutschland nicht vor die Alternative gestellt worden wäre: Friede oder Hohenzollern?

Das Schicksal Wilhelms II. war längst mit dem Kriegsausgang verknüpft

Durch den Ersten Weltkrieg hatte sich die öffentliche Wahrnehmung des Kaisers zweifellos geändert. War er vor dem Krieg die anerkannte Instanz über dem Parteienstreit gewesen, mußte er sich jetzt praktisch als Führer in der Not bewähren. Hatte man ihm damals harmlose Marotten lächelnd nachgesehen, wog jetzt jede kleinste Verfehlung doppelt schwer.

Kaiser Wilhelm II. 1918

Die von ihm ausgewählten und durchgesetzten Heerführer versagten, und es entstand ihm in der Person des Feldmarschalls Paul von Hindenburg ein Konkurrent, der dem Kaiser in der Öffentlichkeit allmählich den Rang ablief. Bereits durch den Sieg bei Tannenberg Ende August 1914 war Hindenburg von der Aura des Siegers umgeben. Die Geländegewinne im Osten schrieb man ihm gut, während der - zunehmend als sinnlose Schlächtereie empfundene - Stellungskrieg im Westen das Konto des Kaisers belastete.

Daher war dem Kaiser schon im April 1917 klar, daß es in diesem Krieg auch um seine Krone gehen würde. Auch in der nächsten Umgebung des Kaisers und bei ihm durchaus gewogenen Leuten gab es diese Auffassung.

Der Bankier und Staatssekretär Karl Helfferich glaubte nach dem Zeugnis von Admiral von Müller, dem Chef des Marinekabinetts beim Kaiser, schon am 2. Oktober 1918 nicht mehr, daß der Kaiser "noch über Weihnachten hinaus regieren werde, und über den Kronprinzen (den ältesten Sohn Wilhelms II. als dessen Nachfolger] würde das Volk erst recht hinweggehen. Es sei gar nicht unwahrscheinlich, daß die Entente das Abtreten Wilhelms II. als Friedensbedingung fordern werde..."

Zuspitzung der Ereignisse im Oktober 1918: der Notenwechsel mit US-Präsident Wilson

Für die Abdankung des Kaisers ist dann tatsächlich der Notenwechsel mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson entscheidend geworden. Er hat sich im nachhinein als Sargnagel der Monarchie erwiesen.

Vorausgegangen war dem Notenwechsel das Eingeständnis der Obersten Heeresleitung um Hindenburg und Ludendorff, daß das Halten der Front nicht länger garantiert werden könne. Über die wirkliche Lage an der Front und auch über den Zustand der alliierten Truppen ist viel gestritten worden. Offenbar schätzten die Alliierten den Kampfwert der deutschen Truppen wesentlich höher ein und rechneten nicht mehr damit, daß der Krieg 1918 beendet werden würde. Da auf deutscher Seite in der Annahme gehandelt wurde, daß Gefahr im Verzug sei, sind diese Spekulationen für die Anbahnung des Friedens letztlich unwichtig. Sie werden erst später wieder interessant, als es um die Frage des "Dolchstoßes" ging.

US-Präsident Woodrow Wilson 1918

In Bezugnahme auf die 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson, die dieser am 8. Januar 1918

verkündet und in der Folge immer weiter ausgebaut hatte, richtete der neue Reichskanzler Max von Baden, der extra deshalb ins Amt gekommen war, am 5. Oktober 1918 das Ersuchen an Wilson, die Herstellung eines Friedens in die Hand zu nehmen. Die Berufung auf die 14 Punkte war nicht unproblematisch, da sie so vage gehalten waren, daß sich daraus fast jede Forderung, insbesondere die sofortige Räumung der von den Deutschen besetzten Gebiete, ableiten ließ. Wilson ließ seinen Staatssekretär Robert Lansing am 8. Oktober daraufhin drei Fragen bzw. Bedingungen übermitteln.

Er ließ fragen, ob die Bitte um Frieden die Annahme der Bedingungen beinhalte, so daß im Anschluß nur noch Formalien zu klären seien und forderte als Bedingung die Räumung der besetzten Gebiete im Westen. Den entscheidenden Hinweis auf die Stoßrichtung, die sich in der Folge immer deutlicher herausstellen sollte, gibt die abschließende Frage, "ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben".

In ihrer Antwortnote, die nicht mehr vom Reichskanzler, sondern vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dem Außenminister, Wilhelm Solf, unterzeichnet war, bejahte die deutsche Regierung am 12. Oktober die erste Frage mit dem Zusatz, daß man davon ausginge, daß sich auch die Feinde an die 14 Punkte Wilsons halten würden, und versprach den Räumungsvorschlägen zu entsprechen. Zum heiklen letzten Punkt heißt es:

"Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes."

US-Regierung: "Regime Change" in Deutschland als Friedensbedingung

Diese viel- und nichtssagende Versicherung genügte der amerikanischen Seite nicht, da die neue Regierung zwar auf parlamentarischer Basis gebildet, der Kanzler jedoch vom Kaiser bestimmt worden war. In der Note vom 14. Oktober wurde man daher deutlicher, indem man die Friedensbedingungen, denen sich das Deutsche Reich zu unterwerfen habe, mit dem Zitat einer Rede Wilsons vom 4. Juli 1918 präziserte.

Die Forderung lautete: "Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit." Weiter heißt es in der Note: "Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern." Ausdrücklich nennt die Note diesen Sachverhalt als die Bedingung, die dem Friedensschluß vorausgehen muß. Daher verlangte der US-Präsident entsprechende Bürgschaften in dieser "grundsätzlichen Frage".

Am 21. Oktober antwortete Solf mit dem Hinweis auf die auf den Weg gebrachten Gesetze, die das Deutsche Reich in eine konstitutionelle Monarchie verwandeln würden und betonte den grundsätzlichen Wandel, der sich bereits vollzogen habe. Die Mitwirkung des Reichstags sei sichergestellt, und die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag werde ausgebaut.

"Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahingehend beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes."

Nachdem bislang der deutsche Kaiser nicht ausdrücklich erwähnt worden war, obwohl jedem Leser klar sein mußte, wessen Kopf hier gefordert wurde, ging die amerikanische Seite in ihrer Note vom 23. Oktober noch einen Schritt weiter. Da diese entscheidenden Passagen oft nur erwähnt werden, seien sie hier ausführlich zitiert:

"Der Präsident (Wilson) fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht - und zwar in mög-

lichst klarer Form - betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so erscheint es doch nicht, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden.

Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als eine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß es sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben."

Konstitutionelle Monarchie nur als Zwischenschritt

Auch wenn diese hinterhältigen Forderungen von der Obersten Heeresleitung abgelehnt wurden, liefen die politischen Konsequenzen doch auf deren Erfüllung hinaus. Die Regierung hatte schon Anfang Oktober eine zaghafte Verfassungsänderungsinitiative gestartet, die Mitte Oktober um eine weitergehende ergänzt worden war, um die konstitutionelle Monarchie Realität werden zu lassen. Beide Gesetze wurden nach Änderung durch den Reichstag von diesem in seiner letzten Sitzung am 25. und 26. Oktober angenommen.

Am 26. Oktober war Ludendorff entlassen und Groener zu seinem Nachfolger berufen worden. Dementsprechend konnte Solf in einer abschließenden Note an Wilson Vollzug melden: "Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt." Formellen Abschluß fand diese Verfassungsänderung durch die Zustimmung des Bundesrates und die Unterzeichnung des Kaisers am 28. Oktober 1918.

Die Spekulationen über die konkreten Forderungen der Alliierten schossen in der öffentlichen Debatte ins Kraut, weil es in jedem Land eine gemäßigte und eine radikale Seite gab, von denen unklar war, wer sich durchsetzen würde. In Deutschland war man sich einig, daß man nicht jede Forderung akzeptieren würde. Beispielsweise erklärte selbst der radikale Sozialist Georg Ledebour im Reichstag, daß man niemals auf Danzig verzichten würde.

Wenn der Preis der Kaiser war, wollte man diesen allerdings zahlen, weil die Deutschen hun-

gerten und Ruhe brauchten. "Durch alle Bevölkerungsschichten hindurch zog sich der eine gemeinsame Wunsch nach Frieden, und das hieß zum einen: Abdankung des Kaisers, der dem Frieden im Weg zu stehen schien (bedingt durch die amerikanischen Forderungen); und zum anderen: parlamentarische Demokratie, denn nichts war im Augenblick der Niederlage gewisser als die Schuld des alten Systems", so der Historiker Hagen Schulze.

Der Kaiser verläßt Deutschland

Dieser Situation war der Kaiser nicht gewachsen. Er entzog sich diesen Forderungen, indem er Berlin verließ und sich ins Große Hauptquartier, nach Spa in Belgien, begab. Er ist offenbar der Überzeugung gewesen, daß er sich auf das Heer weiter verlassen würde können und mit ihm gemeinsam Gegenmaßnahmen ergreifen könne. Die Möglichkeiten, die erwogen wurden, reichen vom Gedanken, die Heimat durch eine Operation des Feldheeres wieder zu erobern, bis hin zu der Überlegung, sich an der Spitze seiner Truppen im Kampf gegen den Feind zu opfern.

Die erste Variante verwarf der Kaiser, weil er Deutschland den Bürgerkrieg ersparen wollte. Die zweite Variante wurde ihm, wie auch die Überlegung, nach geschlossenem Waffenstillstand an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückzukehren, von General Groener mit den berühmten Worten ausgedrückt: "Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät!"

9. November: das Ende der Monarchie in Deutschland

Diese realitätsferne Debatte dringt gerüchteweise nach Berlin und heizt die Stimmung dort, wo die Mehrheitssozialisten noch versuchen, die Abdankungsdebatte klein zu halten, noch zusätzlich an. Max Weber, der allerdings immer zu den Gegnern Wilhelm II. zählte, war sogar der Meinung, daß der Kaiser "durch die Desertion aus der Hauptstadt und Spielen mit dem Staatsstreich die Revolution geradezu provoziert" habe.

Schließlich begann am 8. November das Waffenstillstandsdictat in Compiègne; am nächsten Tag erreichte die Revolution, die zunächst nur in Kiel und Bayern ausgebrochen war, Berlin. Der Reichskanzler Max von Baden erklärte ohne Rücksprache mit Wilhelm dessen Thronverzicht. Mit den Worten: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik!", rief der Staatssekretär und Sozialist Philip Scheidemann die Republik aus. Der Kaiser floh auf Anraten Hindenburgs in die neutralen Niederlande.

Daß die Deutschen den Kaiser für den Frieden opferten, kann man ihnen in der damaligen Situation nicht verdenken. Allerdings muß man aus der heutigen Perspektive zwei Dinge ergänzen. Zum einen bedeutete die Lossagung vom Kaiser für alle Beamten und Offiziere einen Bruch des Treueids, was für die Weimarer Republik eine nicht zu unterschätzende Hypothek darstellte. Zum anderen führte die Abdankung des Kaisers, die nach dem überstürzten Thronverzicht am 28. November formal nachgeholt wurde, keineswegs zum Frieden.

Schließlich blieb die Hungerblockade der Alliierten bestehen, Deutschland war den Feinden hilflos ausgeliefert, mußte im Osten gegen den Bolschewismus kämpfen und fand erst nach einem Bürgerkrieg zu einem fragilen Frieden, der durch einen neuen Weltkrieg, der schon im Versailler Vertrag angelegt war, sein Ende fand. Es war also nicht nur Naivität, sondern auch Hilflosigkeit, die zu den Ereignissen von 1918 führte.

Der Krieg zweier Weltanschauungen

Zum Schluß bleibt die Frage, warum die Alliierten, insbesondere Wilson, unbedingt die Abdankung des Kaisers wollten. Die Amerikaner brauchten ein Symbol für den Sieg des Guten, und das war die Demokratisierung Deutschlands. Der Reeder und Kaiser vertraute Albert Ballin hatte Anfang September gegenüber dem Kaiser den "brennenden Wunsch Wilsons (der allein heute, weil die Arbeiterparteien der Westmächte ihn als Sachwalter betrachten, den

Schlüssel zum Haustempel hat), den Krieg nicht militärisch, sondern ideologisch zu enden", noch als Trumpf Deutschlands bezeichnet, dabei aber unterschätzt, zu welchen harten Konsequenzen vor allem ein Ideologe vom Schlage Wilsons fähig sein würde.

Der Krieg war kein "normaler" Krieg mehr, in dem man den Unterlegenen weiterleben läßt, sondern einer, in dem der Feind von alliierter Seite nicht als Gegner, sondern als Krimineller, den es unschädlich zu machen und zu bestrafen gilt, betrachtet wurde. Die Amerikaner waren, insbesondere in der Person des außenpolitischen Beraters von Wilson, Oberst House, zudem der Überzeugung, daß dieser Krieg zwischen Demokratien und Autokratien ausgefochten wurde. Allerdings waren die Regierungssysteme ganz offensichtlich nicht entscheidend.

Auch wenn heute die Ansicht verbreitet ist, daß der Erste Weltkrieg zwischen den Monarchien in Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen und den alliierten Demokratien auf der anderen Seite geführt wurde, war das jeweilige Regierungssystem kein Grund für Koalitionen. Das demokratische Frankreich war mit dem zaristischen Rußland verbündet, das aus Sicht der Alliierten viel besser zu Deutschland gepaßt hätte.

"Die Sanduhr läuft ab." Daß es um grundsätzlicheres ging, hatte der Kaiser ebenfalls erkannt, wenngleich er es anläßlich seines 30jährigen Regierungsjubiläums anders zuspitzte. Es handelte sich bei dem Weltkrieg in seinen Worten "nicht um einen strategischen Feldzug, es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, in Ehre bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Die beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden..."

Auch wenn Max Weber in dieser Zuspitzung die Ursache für die alliierten Forderungen nach Abdankung sehen wollte, weil Wilhelm den Krieg zu seiner persönlichen Fehde gemacht habe, handelt es sich bei diesen Worten um eine richtige Einsicht.

Es ging um einen Weltanschauungskrieg, der entsprechend geführt wurde. Das Symbol für "Recht, Freiheit, Ehre und Sitte" mußte daher abdanken. Es war nur unklug, diese Gedanken so offen zu äußern. Über sein Schicksal haben diese Worte sicherlich nicht entschieden. Sie stehen aber symptomatisch für ein Problem, das letztendlich ursächlich für die Abdankung gewesen ist. Der Kaiser und die Deutschen waren der alliierten Propaganda, die den Gegner verteufelte und selbst für die gute Sache der Menschenrechte zu streiten vorgab, nicht gewachsen. Die Deutschen lernten im Laufe der vier Jahre am eigenen Leib kennen, was sich hinter der alliierten Heuchelei verbarg, z.B. durch die englische Hungerblockade. Der Kaiser lebte zunehmend in seiner eigenen Welt und verlor damit die Verbindung zur Wirklichkeit, die sich gerade in diesen Jahren grundlegend wandelte. ...<<

29.11.1918

CSR: In Mährisch Trübau werden am 29. November 1918 fünf deutsche Demonstranten (3 Frauen und 2 Schüler) durch tschechische Sicherheitskräfte erschossen (x206/26).

November 1918

Deutsches Reich: Der Schriftsteller Friedrich Lienhart begrüßt die heimkehrenden deutschen Soldaten im November 1918 mit dem folgenden Gedicht (x267/326):

>>Wir können nicht, du tapferes Heer,
mit Glockenschlag dich lohnen –
Wir haben keine Glocken mehr,
sie wurden zu Kanonen.
Doch ein Wunsch tönt wie Glockenhall
empor aus allen Gauen:
Helft uns mit eurem Feldmarschall
ein würdig Deutschland bauen!<<